

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 20. August 1985 - D \*\*\*

Nr. 192 - 34. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 04, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Belgien 38,00 Bfr, Dänemark 8,00 Dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 105 Dr.

TAGESSCHAU

POLITIK

Anklage: Generalbundesanwalt Rebmann hat gegen den sogenannten Tornado-Spion...

Parteiendem: Die Bonner Staatsanwaltschaft ermittelt nach eigenen Angaben gegen keinen der Bonner Politiker...

Medien: Die Haltung Hessens, keine privaten Rundfunkanbieter zuzulassen, verstößt nach Auffassung des Rechtsprofessors Detlef Meren gegen das Grundgesetz...

Arbeits: Der saarländische FDP-Vorsitzende Rehberger hat die SPD-Regierung aufgefordert, ihr gutes Verhältnis zur IG Metall zu nutzen...

Nicaragua: US-Präsident Ronald Reagan hat nicht die Absicht, den Sturz der Regierung in Managua zu unterstützen...

Terror: Bei einer Bombenexplosion in Amman hat US-Unterstaatssekretär Murphy auch eine lange, bisher geheimgehaltene Unterredung mit General Saïd Ben Shakr...

Waffenbesitz: Während seines Aufenthaltes in Amman hat US-Unterstaatssekretär Murphy auch eine lange, bisher geheimgehaltene Unterredung mit General Saïd Ben Shakr...

Uganda: Der neue Staatschef und Vorsitzende des regierenden Militärrates, General Tito Okello, ist an der Spitze einer Delegation gestern überraschend zu einem Besuch in der kenianischen Hauptstadt Nairobi eingetroffen.

ZITAT DES TAGES



Die Befriedung des Demonstrationsgeschehens hat wesentlich dazu beigetragen, daß Berlin aus den Negativschlagzeilen heraus ist und von vielen Seiten günstige Entwicklungsprognosen erhält.

Berlin: Innenminister Heinrich Lummer (CDU) bei der Vorstellung der Demonstrationbilanz für das erste Halbjahr 1985.

WIRTSCHAFT

Entwicklungspolitik: Für eine grundlegende Korrektur plädiert das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer jetzt vorgelegten Studie...

Selbständige: Eine wirtschaftspolitische Wende in der Bundesrepublik Deutschland hat für Kleinbetriebe (bis 20 Beschäftigte) aus Handel, Handwerk und Industrie nach Ansicht des Europaverbandes der Selbständigen (BVD) 'nicht stattgefunden'.

Bahn: Die Reise mit dem Zug ist offenbar attraktiver geworden. Die Zahl der Fahrgäste im Fernverkehr stieg in den ersten sieben Monaten dieses Jahres auf 36,36 Millionen...

Börse: Bei schleppendem Geschäft haben die Kurse an den Aktienmärkten durchweg nach. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 197,06 (198,15). BHP-Rentenindex 104,824 (104,772). Performance Index 105,676 (106,593). Dollarkurs 2,7647 (2,7630) Mark. Goldpreis 340,90 (335,40) Dollar.

KULTUR

'Solidarität': Westliche Wissenschaftler und Publizisten haben sich bemüht, den verschiedenen Hintergründen des Phänomens der polnischen Gewerkschaft auf die Spur zu kommen. Jetzt gibt es erstmals eine Darstellung aus polnischer Sicht in deutscher Übersetzung: 'Solidarität - Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen', ein Buch des Historikers Jerzy Holzer.

Oper: Das Wagnis von Siegfried Heinrich, dem Organisator und musikalischen Leiter der Festspielkonzerte und Opernaufführungen in Bad Hersfeld Beethoven 'Fidelio' aufzuführen, wurde befohlen. Die Inszenierung in der Südtiroler Oper zum größten Publikumserfolg der letzten zehn Jahre. Für die nächsten Jahre steht jetzt sogar der 'Parfisi' auf Heinrichs Wunschliste.

SPORT

Tennis: Die Heidelbergerin Steffi Graf verlor beim Grand-Prix-Turnier in amerikanischen Mahwah im Finale gegen Kathy Rinaldi (USA). Claudia Kohde unterlag im Doppel-Finale (S. 8).

Fußball: Der Bremer Norbert Meier gehört zum vorläufigen Kader für das Freundschaftsspiel der deutschen Nationalmannschaft am 28. August in Moskau gegen die UdSSR (S. 8).

AUS ALLER WELT

Flüssigkeit: Im Zusammenhang mit dem Nudelkandall kündigte Gesundheitsminister Geißler (CDU) erneut einen Vorstoß zur Änderung der EG-Verordnung über die Verwendung angebrüteter Eier zur Lebensmittelherstellung an. Danach sollen bebrütete Eier grundsätzlich nicht mehr als Lebensmittel Verwendung finden (S. 18).

Anrufe: Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland haben 1983 rund 25 Milliarden Telefonate geführt, geht aus einer internationalen Fernsprechstatisik hervor. Durchschnittlich telefonierte jeder Einwohner 410mal. Ein Amerikaner kommt dagegen auf rund 1600 Anrufe.

Wetter: Bewölkt. 20 bis 22 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen: Das 100-Milliarden-Spiel - Leitartikel von Hans-Jürgen Mahnke S. 2
Forschung: Wenn Heizer flüssige Kohle bunkern - Kohlestaub für Dieselmotoren? S. 7
Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7
Fernsehen: Von Anfang an dabei (5) - Bernhard Grzimek mit animalischen Gästen im Studio S. 8
US-Banker: BankAmerica verliert Spitzenstellung - Liste der 200 größten Geldinstitute S. 11
Aus aller Welt: Die Scepterchen von der Costa del Sol - Von Rolf Götz S. 18

Kanzler würdigt sowjetische Haltung in Genfer Runde

Bonn registriert bei Gorbatschow „Anzeichen für mehr Realismus“

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat der Sowjetunion bescheinigt, sie habe sich während der vergangenen Genfer Verhandlungsrunde „mehr als bisher sachlich und nüchtern“ mit der amerikanischen Weltraumforschung (SDD) auseinandergesetzt...

bisherigen Gespräche, meinte Teltchik.

Diese optimistische Einschätzung, die Kohl in seinem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ auch auf den im November bevorstehenden Gorbatschow-Reagan-Gipfel und - in vorsichtiger Form - auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen und besonders auf das innerdeutsche Verhältnis ausdehnte, ist nach Angaben aus Regierungskreisen nicht et-

SEITE 10: Der amerikanische Standpunkt

wa die Folge neuer sowjetischer Informationen. Vielmehr beruht sie auf einer Bewertung des jüngsten Genfer Verhandlungsverlaufs und der allgemeinen Ost-West-Entwicklung unter Berücksichtigung der vom Kanzler beim sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow mit gewissen Vorbehalten registrierten „Anzeichen für mehr Realismus“.

Die Unterredung über die Gespräche des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse am Rande der KSZE-Jubiläumstagung

Greenpeace: Paris signalisiert Härte

Neue Spekulationen über die Rolle des Geheimdienstes bei der Versenkung der „Rainbow Warrior“

H. WEISSENBERGER, Paris

Der französische Staatspräsident François Mitterrand hat am Sonntagabend die Streitkräfte des Landes angewiesen, alle Versuche zu unterbinden, französische Atomtests zu stören. „Wenn notwendig“, müsse ein Eindringen Unbehüteter in französische Hoheitsgewässer oder in den französischen Luftraum - gemeint ist das Gebiet um das Atomversuchszentrum Mururoa im Pazifik - „mit Waffengewalt“ verhindert werden.

hindern, seit Anfang der 70er Jahre besteht. Die französische Marine gibt bei mehreren Anlässen nicht gerade zierlich mit den Nukleargegnern von „Greenpeace“ um, die es trotzdem versuchten.

Zeitpunkt und Tenor der Anweisung sind wohl damit zu erklären, daß am Sonntag ein Schiff von „Greenpeace“ aus dem Hafen Amsterdam auslief. Der 1600 Tonnen große Schlepper nimmt Kurs auf Mururoa, wo im September eine Serie von Atomtests beginnen soll.

Für die französischen Militärs ist diese Kundgebung der Festigkeit des Präsidenten eine Genugtuung in Anbetracht der harten Kritik, die sich der französische Geheimdienst nach dem Fiasco des Anschlags auf die „Rainbow Warrior“ ausgesetzt sieht.

Mitterrand läßt weder an der Nuklearverteidigung rütteln, noch läßt er das Militär fallen, auch wenn er sich in den nächsten Tagen gezwungen sehen könnte, Verteidigungsminister Charles Hernu, den Chef des Geheimdienstes Admiral Coste und vielleicht noch einige hohe Offiziere

wegen der Affäre „Rainbow Warrior“ in die Wüste zu schicken.

Der Geheimdienst, der möglicherweise den Anschlag auf die „Rainbow Warrior“ am 10. Juli in dem neuseeländischen Hafen Auckland verübte, hält „Greenpeace“ für eine kommunistisch unterwanderte und vom sowjetischen Geheimdienst KGB manipulierte Organisation. Mitterrand kann sich der Zustimmung der Generale und seiner Geheimdienste sicher sein, wenn er der Marine Anordnungen gibt, notfalls auf die „Greenpeace“-Schiffe zu schießen. Allerdings gilt das nicht für seine Sozialistische Partei, die mit „Greenpeace“ sympathisiert.

Über die Rolle des DGSE bei dem Anschlag kursiert mittlerweile eine neue Version: Unter Berufung auf „dem DGSE nahestehende Kreise“ berichteten französische Journalisten, drei von der neuseeländischen Polizei verhaftete und für internationale Haftbefehle gesuchte Franzosen seien zwar vom Geheimdienst beauftragt worden, die „Rainbow Warrior“ zu überwachen, hätten aber mit dem Anschlag nichts zu tun.

Papst entbietet Islam den Friedensgruß

Schulterschuß zur Abwehr des Materialismus / Treffen mit König Hassan von Marokko

ROLF GÖRTZ, Rabat

„Ich grüße die Söhne des Islam“, rief Papst Johannes Paul II. im Olympia-Stadion von Casablanca vor Tausenden von Christen und jungen Moslems. Bei seiner Reise in sieben Länder des Schwarzen Kontinents bemühte sich Papst Johannes Paul II., der Welt eine „autochthone Kirche in Afrika“ vorzustellen. Auch dort, wo die Mission noch nicht auf Europäer verzichtet kann, arbeiten diese bereits unter schwarzen Bischöfen. Die Selbständigkeit afrikanischer Diözesen soll die bisherige Assoziation mit der kolonialen Vergangenheit ablösen.

Die jüngsten Friedensbemühungen im Nahen Osten tragen auch die Handschrift des marokkanischen Monarchen, der als Gastgeber der letzten arabischen Gipfelkonferenz verschiedene Strömungen des arabischen Lagers in ihrem Verhältnis zu Palästina und Israel zu vereinen sucht.

Zu Hassans Bemühen um die „politische Nutzung“ geistiger Gemeinsamkeiten gehörte eine Symposium, das christliche jüdische Historiker und Rabbiner im März auf marokkanischen Boden über Maimonides (1135-1204) abhielten. Der jüdische Gelehrte, der zur Zeit der islamischen Herrschaft in Spanien in Cordoba aufwuchs, stellt ebenso wie der mohammedanische Gelehrte und Zeitgenosse Averroes (1126-1191) die Schriften des Aristoteles in das Zentrum einer neuen Denkschule. Über Thomas von Aquin sollte diese Schule die politische Denken auch im christlichen Europa beeinflussen.

Wie der Papst, so ist auch König Hassan II. - zugleich Emir aller Gläubigen - seines Landes - ein orthodoxer Vertreter seines Glaubens.

Boeing und JAL auf Kollisionskurs

„Hochziehen, hochziehen“ waren seine letzten Worte. Nach Angaben von Überlebenden war in den ersten acht Minuten der Katastrophe ein Knall aus dem Heckteil zu hören.

Die bisherige Untersuchung der Unglücksursache hat Experten veranlassen, daß es einen Schaden an der Druckwand gab, die den Passagierraum vom Heck der Maschine trennt. Diese Wand, die einen Durchmesser von 4,50 Meter hat und wie ein großer Regenschirm aussieht, war 1978 zum Teil ersetzt worden, nachdem die Unglücksmaschine bei einer mißglückten Landung auf dem Flughafen Osaka beschädigt worden war. Der plötzliche, explosionsartige Druckausgleich könnte das Leitwerk und die hydraulischen Systeme beschädigt haben. Aufzeichnungen von Funkverkehr und Radar deuten nach Angaben der JAL darauf hin, daß zum bekannten Schaden am Seitenruder dazu kam, daß auch das Höhenruder nicht mehr funktionierte. Der JAL-Wartungschef sagte, nach

dem bisherigen Stand der Ermittlungen sei der Absturz nicht von einem Riß in der Druckwand ausgelöst worden. Ein anderer Sprecher der Fluggesellschaft betonte, an der äußeren Hubwand von drei Maschinen gleichen Typs festgestellte Risse seien auf Konstruktionsfehler und nicht auf einen zu großen Kabinendruck zurückzuführen. Gleichzeitig erklärte der JAL-Sprecher, der amerikanische Konstrukteur habe zu keiner Zeit angedeutet, daß diese Risse auf den Kabinendruck zurückzuführen sein könnten.

Experten der Herstellerfirma Boeing bezweifel indes, daß ein Bruch der Druckwand im Heck die Katastrophe ausgelöst haben könnte. Nichts deutete darauf hin, daß die an der Wand festgestellten Schäden von etwas anderem herrührten als vom Aufprall selbst. Man erörterte deshalb auch eine zweite Theorie, wonach das Seitenruder durch „Druck von außen“ beschädigt worden sein könnte.

DER KOMMENTAR

Machtwort

JÜRGEN LIMINSKI

Das Schwert ist die Achse der Welt, meinte de Gaulle. Sein sozialistischer Nachfolger Mitterrand ist offenbar derselben Meinung. Seine schneidige Anweisung an die Streitkräfte des Landes, alle Störenfriede außerhalb des Sperrgebiets französischer Atomversuche zu halten, notfalls mit Waffengewalt, ist klassischer Gaullismus. Mitterrand will sich nicht am nuklearen Fortepée fassen lassen.

Angesichts der Aufregung um den „Greenpeace“-Fall dürfte er mit dieser Haltung die Mehrheit der Franzosen beruhigt und hinter sich geschart haben, auch wenn die veröffentlichte Meinung dies besser zu wissen glaubt. Aber die sogenannte vierte Gewalt verfügt in Frankreich im Unterschied zu anderen Staaten, beispielsweise den Vereinigten Staaten von Amerika oder der Bundesrepublik Deutschland, nicht über die Durchschlagskraft, um die Souveränität einer Regierung und des Staates in der Substanz zu treffen.

Solange eine Beteiligung der Regierung oder der französischen Geheimdienste an dem Attentat auf das „Greenpeace“-Schiff „Rainbow Warrior“ nicht erwiesen ist, so lange bleibt es eben nur beim unterhaltsamen Hauch von Watergate. Und so lange wird die Nation aus ihrem Feriendomizil

das Pariser Sommertheater interessiert verfolgen und geduldig warten, bis der von Mitterrand zur Klärung dieser Frage beauftragte ehemalige Generalsekretär de Gaulles im Elysée, Bernard Tricot, seinen Bericht vorgelegt hat. In Frankreich funktioniert die Gewaltenteilung noch.

Ganz gleich, wie Tricots Bericht ausfällt, ob er die Vorverurteilungen der Presse bestätigt oder widerlegt, zum Mururoa-Atoll bekommt „Greenpeace“ keinen Zutritt. Es ist dabei auch relativ unerheblich, ob „Greenpeace“ sowjetisch unterwandert ist oder nicht. Am Atoll haben Unfug und Unbehagen nichts zu suchen. Und „Greenpeace“ ist unbehugt. Auch wenn es sich durch Interviews und lautes Umweltschreien den Schein einer sachlich und populär begründeten Legitimität verleihen will.

Und Amerika? Wie wird Washington entscheiden, wenn „Greenpeace“ seine Anklage gegen die Schiffe auch in die Gewässer um das Atoll von Kwajalein zu entsenden, um dort gegen die Raketenversuche der USA zu protestieren? „Greenpeace“ ist für manche Aktion und Überraschung gut. Ein Glück, daß wir Deutschen kein Atoll haben und in der Südsee allenfalls in der Sonne liegen.

Frau Lüneburg - Mitterrand trifft der Name wird genau geprüft Kohl an der Côte d'Azur

gba, Bonn

Regierungssprecher Friedhelm Ost hat gestern in Bonn den Verdacht auf einen Identitätswechsel der verschwundenen früheren Chieftälerin und Sachbearbeiterin im Bundeswirtschaftsministerium, Sonja Lüneburg, bestätigt. Der zuständige Unterabteilungsleiter im Bundeskanzleramt sei von diesem Verdacht der Sicherheitsbehörden am Wochenende in Kenntnis gesetzt worden, sagte Ost. Wie die WELT gestern berichtet hatte, war eine Sonja Lüneburg 1966 von Berlin nach Colmar in Frankreich abgemeldet worden. Später tauchte eine Sonja Lüneburg - im Sprachgebrauch der Sicherheitsbehörden wird beim Namen Lüneburg bereits mit den Zusätzen „alt“ und „neu“ gearbeitet - wieder in der Bundesrepublik Deutschland auf. Sie brachte es über Posten in der FDP bis zur ersten Sekretärin bei Wirtschaftsminister Bangemann (WELT v. 19.8.).

Co, Bonn

Sieben Stunden lang werden Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand am kommenden Samstag auf dem Sommeritz des Präsidenten an der Côte d'Azur im weiten Toulon internationale und bilaterale Fragen erörtern. Das Treffen geht nach Angaben des Bonner Regierungssprechers Friedhelm Ost auf eine von Mitterrand seit schon auf dem Mailänder Europa-Gipfel ausgesprochene Einladung zurück.

Auf Vorschlag des Präsidenten soll eingehend über den für Anfang Oktober geplanten Besuch des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow in Paris gesprochen werden. Dabei will Kohl die Haltung Bonn zu den West-Ost-Beziehungen und zum Abrüstungsdialog darlegen. In diesem Zusammenhang betonte Ost noch einmal die Bereitschaft des Kanzlers, noch vor dem sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen in Genf nach Washington zu fliegen, um US-Präsident Ronald Reagan die deutschen Positionen zu erläutern.

Mitterrand und Kohl wollen an der Côte d'Azur auch eingehend über die Vorbereitung der in Mailand beschlossenen Regierungskonferenz zur Vorbereitung weiterer Schritte in Richtung auf die Europäische Union diskutieren. Der Bonner Regierungssprecher hob das gemeinsame Interesse Deutschlands und Frankreichs hervor, noch vor dem Luxemburger Europa-Gipfel Anfang Dezember zu einer Einigung über den von Bonn und Paris gemeinsam vorgelegten Vertragsentwurf für eine Politische Union zu kommen.

CDU-Politiker für kritische Diskussion mit Südafrika

Kirchen enttäuscht über Botha / Sanktionen abgelehnt

DW, Pretoria

Nach einer Begegnung mit dem südafrikanischen Staatspräsidenten Pieter Botha haben Vertreter von neun englischsprachigen christlichen Kirchen in Pretoria Enttäuschung darüber geäußert, daß Botha ihre „Botschaft nicht verstanden hat“. Die Christen hatten Botha aufgefordert, ein Zeichen zum Abbau der Apartheid zu setzen.

könnten Sanktionen nur schädlich wirken.

Wie Hornhues berichtete, hat die Rede Bothas in der vergangenen Woche - die Hornhues selbst auf dem Parteikongreß in Durban hörte - gerade bei sprachbehinderten Schwarzen, aber auch bei südafrikanischen Wirtschaftlern und sogar bei Abgeordneten der Nationalpartei Enttäuschung ausgelöst, weil Botha in der Bereitschaft zum Ausgleich nicht weit genug gegangen sei.

BERNT CONRAD, Bonn

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Kad-Heinz Hornhues hat sich nach einem Besuch in Südafrika dafür ausgesprochen, den „konstruktiven kritischen Dialog“ mit der südafrikanischen Regierung zu intensivieren und Pretoria zu weiteren Schritten in Richtung auf eine Überwindung der Apartheid zu drängen.

Wirtschaftliche Repressalien lehnte Hornhues ab. „Gerade die gegenwärtige Lage ist für Sanktionen am ungeeignetsten“, sagte er. Denn wenn die südafrikanische Regierung und die schwarze Opposition wirklich zu Verhandlungen bereit sein sollten, die Unruhen in Südafrika seien von außen gesteuert, als falsch zurück.



Die gläserne Akte

Von Peter Gillies

Daß alles in diesem Staate faul ist - Nachrichten-Magazine und gewisse gesellschaftliche Kleinbiotope ausgenommen - ist ein weithin vertrautes Gefühl. Der Skandal als Normalzustand, wöchentlich angebrütet, aber mindestens so schwer verdaulich wie Spätzle mit Flüssigel und Frostschutzweim.

Vorweg: Rechtsbrüche gehören geahndet. Ob es sich um Steuerhinterziehung, Verstoß gegen Gesetze oder Meldepflichten handeln mag, die Behörden haben ohne Ansehung der Person kühl zu ermitteln. Aber Verdächtige haben Rechte, beispielsweise auf Gehör und faires Verfahren.

Daß nicht alle Politiker den feinen Nerv für dieses klebrige Thema haben, ist zu beklagen und auch ein geeignetes Thema der öffentlichen Debatte. Aber niemand sollte unterschlagen, daß der rechtliche Charakter von Spenden im Straf- und Finanzrecht noch ungeklärt ist; auch das gehört zur Diskussion.

Ein Demokrat darf bei den wirklichen und vermeintlichen Skandalen aber auch ein Quentchen Genugtuung empfinden. In Diktaturen pflegt man sie diskret unter den Teppich zu kehren, wenn Machthaber betroffen sind; bei uns sind sie ein öffentlicher Vorgang. Diesem Selbstreinigungszweck, den es nur in Demokratien gibt, haben sich die pluralistischen Interessen zu stellen. Abzugsbescheinigungen gibt es dafür nicht.

Vom Tisch gedrängt

Von Günther Bading

Nun wird es also doch zwei „Dreier-Runden“ im September geben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat sich durchgesetzt; die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) wird am 5. September an der ersten Konferenz mit Regierung, Gewerkschaftern und Arbeitgeber-Vertretern an einem Tisch seit dem Ende der Konzentrierten Aktion 1977 nicht teilnehmen.

Das sollte eigentlich alle Gewerkschaftsbünde angehen. Zumindest jene, die handfeste Tarifarbeit machen, also auch Weichen stellen können für die Verbesserung der Rahmenbedingungen, sollten am Tisch sitzen. So dachte der Einheitsgewerkschaftler Arbeitsminister Blum, ging - nicht-öffentlich - daran, den DGB zu überzeugen, daß er den kleinen Bruder DAG am selben Tisch sitzen lassen möge.

In vertraulichen Gesprächen kann von einem erfahrenen Politiker oder Gewerkschafter (Blum ist beides) viel bewegt werden. Also mußte die Angelegenheit in die Öffentlichkeit. Und da spielte der Pressedienst „ppp“ mit. Der natürliche Profilierungswunsch des an die Spitze der DAG drängenden zweiten Vorsitzenden Issen ließ ihn - auf Anfrage - in diesem Dienst die Forderung nach Beteiligung am September-Gespräch öffentlich erheben.

Ein Blick für Kinder

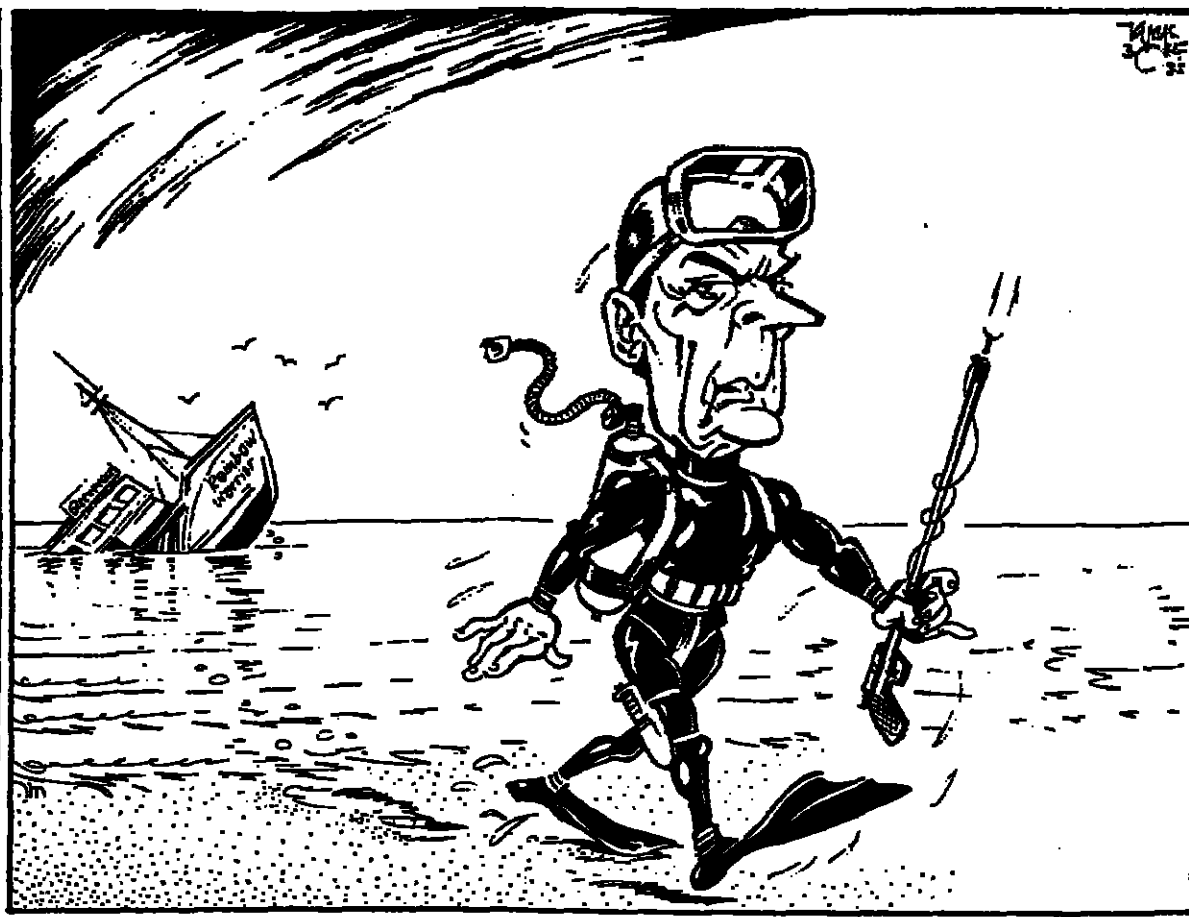
Von Heinz Horrmann

Es ist einer der verhängnisvollsten Fehler, im alltäglichen Straßenverkehr zu glauben, daß sich Kinder auf der Straße verkehrsgerecht verhalten. Nach einem Unfall, bei dem ein fünfjähriges Mädchen getötet wurde, entschuldigte sich der Autofahrer fassungslos, er habe gehopt, als die Kleine am Straßenrand stand. Das Kind müsse ihn doch gesehen oder zumindest gehört haben. Dennoch ist es vor das Auto gerannt.

Unverständlich ist diese Aussage nicht, aber erschreckend falsch. Der Fahrer wußte nicht, daß Kinder ein um ein Drittel engeres Blickfeld haben als Erwachsene. Und was die Kinder hören, interpretieren sie nicht immer zuverlässig. Bis zu einem Alter von sieben Jahren reagieren die Kleinen nur spontan - nicht bewußt regelgerecht. Bei einer Untersuchung des Münchener Unfallforschers Professor Max Danner, die sich mit Unfällen mit Kindern befaßte, stellte sich heraus, daß jeder zweite Autofahrer kaum eine Vorstellung hat, zu welchem Fehlverhalten Kinder fähig sind.

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat in diesen Tagen erstmals entschieden, daß eine Fahrerin die Alleinschuld an einem Unfall hat, obwohl sie nicht gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen hatte. Ein siebenjähriger Junge war scheinbar grundlos von Bürgersteig auf die Fahrbahn geradelt und dort erfaßt worden. Das Kind erlitt lebensgefährliche Kopfverletzungen. Das Urteil des Sechsten Zivilsenats des BGH: Ein Autofahrer muß immer bremsbereit fahren, wenn er auf einem schmalen Bürgersteig Kinder auf Fahrrädern entgegenkommen sieht. Er hob damit den Spruch der Vorinstanz auf, der von einem Mitverschulden des Kindes ausgegangen war. Eine Forderung in der Urteilsbegründung sollte sich jeder Kraftfahrer merken: daß stets besondere Vorkehrungen verlangt werden können, wenn das Verhalten von Kindern Auffälligkeiten zeigt, die zu gefährlichen Situationen führen können.

Um die in den letzten Jahren allgemein gesunkenen Unfallzahlen weiter abzubauen, ist es unumgänglich, daß Auto- und Motorradfahrer grundsätzlich vom Gas geben, wenn Kinder im Blickfeld auftauchen. Die Erwachsenen müssen lernen, für die Kleinen mitzudenken und kritische Situationen praktisch vorzuziehen.



„Mais non - ich bin nur Sporttaucher!“

KLAUS BÖHLE

Das 100-Milliarden-Spiel

Von Hans-Jürgen Mahnke

Wenn Unbehagen und Unmut grassieren, dann gibt es in der Politik zwei Methoden, damit fertig zu werden: Entweder man schweigt, oder man spricht ständig darüber und sichert Abhilfe zu - demnächst jedenfalls. Letzteres beherrscht die Auseinandersetzung um die Subventionen.

Der Bundesregierung kann man abnehmen, daß sie die Eingriffe in den marktwirtschaftlichen Prozeß reduzieren möchte, auch wenn in den letzten Jahren das Gegenteil eingetreten ist. Rechnet man alle Vergünstigungen für die Bauern hinzu, so sind allein die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes zwischen 1983 und 1985 um 4,6 auf 32,8 Milliarden Mark angewachsen.

Und dieses ist bei weitem noch nicht alles. Wissenschaftler veranschlagen die Gesamthöhe der Subventionen in der Bundesrepublik: was von Ländern und Gemeinden, über die Europäische Gemeinschaft oder an die Bundesbahn gewährt wird, rund dreimal so hoch. Der Streit darüber, wieviel es nun genau ist, ist müßig, da es bisher keinen allgemein verbindlichen Subventionsbegriff gibt.

Mit dem Abbau von Subventionen soll nun im nächsten Jahr begonnen werden. Glaubt man dem neuen Subventionsbericht, an dem noch gearbeitet wird, sollen mehr als eine Milliarde Mark gespart werden. Auf den ersten Blick kann sich diese Summe sehen lassen. Nur: Der Löwenanteil von 787 Millionen Mark entfällt auf die Hilfen für die Stahlindustrie, die nach einer Brüsseler Vereinbarung in allen EG-Staaten von 1986 an aus der Staatskasse nicht mehr alimentiert werden soll. (Hoffentlich bleibt es dabei.) Um rund 350 Millionen sollen die Hilfen für die Kohle gekürzt werden, weil dies die Weltmarktpreise zulassen. Auch an die Beträge für die Luftfahrttechnik und für den Schiffbau soll herangegangen werden. Allerdings formiert sich dagegen bereits Protest.

Überhaupt: Der eigentliche Kraftakt steht noch bevor, nämlich die generelle Überprüfung aller Subventionen. Allgemeine Forderungen lassen sich einfach aufstellen, wenn es jedoch konkret wird, dann formiert sich der Widerstand. Denn es ist ja nicht so, daß Subventionen grundlos eingeführt wurden. Für jeden Betrag liefert der Subventionsbericht auch heute noch eine Rechtfertigung, selbst wenn sie Verwunderung auslöst, wie die Steuerbefreiung für Salz, die 1988 eingeführt wurde.

Aber hier zeigt sich nicht nur Beharrungsvermögen, sondern auch der Umstand, daß von einer Streichung fast jeder betroffen ist, und nicht nur irgendwelche anonymen Unternehmungen. Würden die Vergünstigungen entfallen, so stiege entweder der Preis - oder die heimischen Anbieter würden durch Importe aus dem Markt gedrängt, was Arbeitsplätze kosten könnte. Das gilt für die Subventionen für den sozialen Wohnungsbau, für das Wohngeld und für Wert- und Schiffahrtshilfen. Isoliert betrachtet, hat fast jede Maßnahme etwas für sich: Wenn andere ihre Stahlindustrie künstlich aufpumpen, dann fällt es schwer, absteigend zu stehen, weil dann die Existenz der heimischen Betriebe gefährdet wird. Oder: Wenn die eigene Kohle das Rückgrat der Energieversorgung bilden will, aber teurer ist als andere Energieträger, dann kostet das eben. Natürlich gibt es auch Widersinniges, so etwa die Gasöl-Betriebsbeihilfe für Landwirte, wenn gleichzeitig Energie gespart werden soll. Aber selbst wer daran rührt, erntet Protest.

Notwendig ist der politische Mut der Verantwortlichen, und der würde sich auszahlen. Denn der Beweis, daß gesamtwirtschaftlich die Nachteile der staatlichen Eingriffe ihren Nutzen überwiegen, ist wiederholt geführt worden. Die Masse der Subventionen behindert nun einmal den Strukturwandel. Sie halten künstlich am Leben, was dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Bundesrepublik nicht mehr entspricht, wobei die Versorgung durch Einführen kein Problem darstellt. Es werden knappes Kapital oder qualifizierte Kräfte gebunden, die wir an anderer Stelle brauchen.

Den Preis zahlen die Verbraucher, weil sie tiefer in die Tasche greifen müssen, oder alle Steuerbürger. Nach einer Berechnung des Instituts für deutsche Wirtschaft in Köln muß der Bund in diesem Jahr auf neun Prozent seiner Steuereinnahmen wegen der Gewährung allein von Steuervergünstigungen verzichten. Damit ist - dazu kommen noch die Finanzhilfen - zumindest die Dimension abgesteckt. Zweitens hat sich der Staat zuviel aufgetrieben.

Nun kann es nicht darum gehen, alles mit einem Federstrich zu beiseite zu räumen. Das würde zu Verwerfungen führen, die angesichts der hohen Arbeitslosigkeit nicht verkraftbar wären. Es geht jetzt um eine Strategie, die einen stufenweisen Abbau der Subventionen ermöglicht. Es gibt verschiedene Vorschläge. So dürfte der politische Widerstand bei der Resonanzmethode, also der Kürzung aller Hilfen um einen bestimmten Prozentsatz, am leichtesten zu überwinden sein. Aber diese ließe sich nur auf Finanzhilfen und nicht auf Steuervergünstigungen anwenden. Überdies gibt es Subventionen, die (etwa für Forschung, Entwicklung und Innovation im Mittelstandsbereich) nach dem Willen der Bundesregierung noch steigen sollen.

Aus diesem Dilemma wird die Regierung nur herauskommen, wenn sie alle Subventionen vorurteilslos überprüft - möglicherweise durch unabhängige Sachverständige - und dabei ihre eigene wirtschaftspolitische Maßlinie anlegt: nämlich Abbau des Staatseinflusses und größerer Freiraum für die Privatinitiative. Zu den notwendigen Spielregeln gehört mindestens, daß alle Subventionen zeitlich befristet werden müssen, so daß eine regelmäßige Überprüfung gewährleistet ist.

All das wurde im Grundsatz schon manches Mal beschworen. Jetzt muß es in die Tat umgesetzt werden. Die wirtschaftliche Entwicklung etwa in der Automobilindustrie und der Chemie, in Bereichen, in denen der Staat nicht so stark engagiert ist, sollte Mut machen.



Subventionen und kein Ende FOTO: MANFRED VOLLMER

IM GESPRÄCH Fernando Cardoso

Intellektueller des Jahres

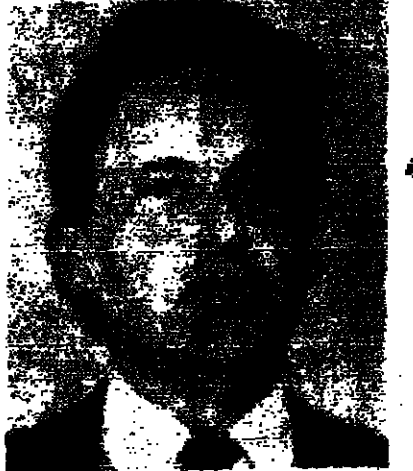
Von Manfred Neuber

Im demokratischen Brasilien nach dem Militärregime strebt ein international bekannter Gelehrter, der seinen Elfenbeinturm verließ und schnell zum Fraktionschef der Regierungspartei im Senat avancierte, das höchste Staatsamt an. Die erste Etappe auf dem Wege ins Präsidenten-Palais in Brasilia soll für Fernando Henrique Cardoso (54) sein Einzug ins Rathaus der Millionen-Stadt São Paulo werden.

Die Posten des Gouverneurs und des Oberbürgermeisters dieses Ballungsgebietes gelten als gutes Sprungbrett für größere Aufgaben. São Paulo zählt mit zehn Millionen Einwohnern zu den fünf größten Städten der Erde. Hier liegt das Pro-Kopf-Einkommen doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt, und von dort kommt nahezu ein Viertel der Einnahmen des Fiskus.

Zum ersten Male seit Jahrzehnten werden bei den bevorstehenden Kommunalwahlen die Oberhäupter der 23 Hauptstädte brasilianischer Bundesstaaten direkt gewählt. Cardoso konnte sich keinen besseren Auftakt für seinen Wahlkampf wünschen. Er wurde kürzlich zum „Intellektuellen des Jahres“ in Brasilien gekürt und von Präsident José Sarney öffentlich ausgezeichnet.

Der Soziologe Cardoso war federführend beteiligt, als lateinamerikanische Wissenschaftler in den sechziger Jahren die These von der „Dependenz“ der Dritten Welt aufstellten, wonach ihre Abhängigkeit von den Industrienationen zunimmt - die Schuldenkrise der Entwicklungsländer scheint ihnen recht zu geben. Sein politisches Debüt hatte Cardoso erst vor zwei Jahren. Anstelle von Franco Montoro, dem Gouverneur von São Paulo, rückte er für die damalige Opposition in den Senat nach. Tancredino Neves, der Anfang dieses Jahres gewählt und vor der geplanten Amtsübernahme verstorbenen Präsident, machte ihn zum „Lider“ im Kongress. Auch Neves' Nachfolger im



Will Präsident von Brasilien werden: Cardoso FOTO: AP

Planalto-Palast hält große Stücke auf den Senkrechtstäter.

Obwohl Gouverneur Montoro ein Rivale für die Präsidentschaftskandidatur heranzüchtete, unterstützt er Cardoso, seinen Parteifreund. Denn das Rathaus von São Paulo soll - geht es nach ihm - am 4. November auf keinen Fall an den linken Populisten Jânio Quadros (68) fallen, der 1961 sieben Monate lang Präsident Brasiliens war und nun in dieser Stadt für die Arbeiterpartei ein Comeback plant. Quadros zählt auf die Stimmen der Slum-Bewohner.

Wie der Wissenschaftler Cardoso beim „kleinen Mann“ ankommt, muß sich erweisen. Ein Prinzipienreiter ist er nicht. Für flexibel hält man ihn im eigenen Lager, und auch von der Gegenseite wird Cardoso Integrität bescheinigt. Er lehrte in Princeton (USA), schrieb ein Dutzend Bücher und leitet die Internationale Gesellschaft der Soziologen.

Seine Ambitionen, nach der Übergangsregierung Sarney gewählt Präsident zu werden, werden allerdings durch täglich größer werdende Zerwürfnisse in der Koalition beeinträchtigt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

General-Anzeiger

Die Bonner Zeitung schreibt vom CDU-Freitag in Fiedersloh:

Schon haben Kenner ausgerechnet, daß die Nordrhein-Westfalen auf künftigen Bundesparteitagen einen Stimmenblock von rund 40 Prozent einsetzen können. Allein diese Zahl kann weder das Konrad-Adenauer-Haus noch die anderen Landesverbände glücklich stimmen. Ohne NRW geht dann nämlich auf Parteitag so gut wie nichts mehr. Noch interessanter wird die bislang verabschiedete Personalauswahl sein. Wer wird Chef des größten CDU-Landesverbandes? Schafft es Kurt Biezkopf, dann kann sich der Pfläzler Kohl keineswegs beständig darauf verlassen, daß ihm mit Nordrhein-Westfalen eine solide Hausmacht zur Verfügung steht.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Wie meint man Paul Lüneburg:

Was immer das Stöchern im jüngsten Spionagedeckicht zutage bringen wird, eine Bonner Panne zeichnet sich jetzt schon ab. Die Sicherheitsüberprüfung von Frau Lüneburg dürfte höchst unzulänglich gewesen sein. Ein altes Problem, das stets von neuem Ärger auslöst. Gut in Erinnerung ist noch die jüngste Geheimdienstschändung im Fall Rotsch, der als mutmaßlicher KGB-Agent beim Münchner MBB-Konzern nach Expertenmeinung jahrelang nicht überprüft worden sein und so die Sowjets mit Flügen über das NATO-Flugzeug Tornado regelrecht bombardiert haben soll. Pikanterie am Rande: Demals hatte Bangemann als der für die Abwehr von Industriespionage zuständige Minister Versäumnisse seines Hauses eingestuft. Fazit: Sein-

WIESBADENER KURIER

Er kritisiert den Papst:

Was den Papst ausgerechnet auf seiner Reise durch den am meisten unter Hunger und Überbevölkerung leidenden Kontinent Afrika zur ständigen Wiederholung des alttestamentarischen Wortes „Seid fruchtbar und mehret euch“ veranlaßt, läßt angesichts seines sonstigen Engagements für die Menschenwürde unerfindlich. Wer in Kenia, dem Land mit dem stärksten Bevölkerungswachstum in der Welt, Verhütungsmittel so halbgenötigt ablehnt, erregt nicht nur gegenüber der Regierung in Nairobi politisches Argernis - wozu die Kirche, wenn es ihre Lehre verlangt, unweilfahrig berechtigt wäre -, der erregt auch moralisches Argernis, gemessen an den eigenen Maßstäben des christlichen Ethik.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung läßt die Geheimnisse eines „Tischgespräch“ mit dem Demokratien:

Die Sabotage der „Rainbow Warrior“ hat erneut gezeigt, daß man nichts mit Handlungen gewinnen kann, die im Widerspruch zu den Prinzipien stehen, die man verkündet. Was für ein schöner Sieg, ein Boot versenkt und einen Mann getötet zu haben, wo doch gestern ein neues Greenpeace-Schiff den Hafen von Amsterdam verlassen hat! Bedenken es, unsere weitere Präsenz in dieser wichtigen Region zu begründigen, wenn man die Politik Frankreichs im Pazifik gegenüber Australien und Neuseeland kompromittiert - wo es doch nach dem internationalen Recht begründet ist und wir die Mittel haben, uns Respekt zu verschaffen!

Nur Keuschheit während der Fruchtbarkeitszyklen

Die katholische Kirche und die Geburtenregelung / Von Friedrich Meichsner

Während seiner gestern zu Ende gegangenen dritten Afrikareise hat Papst Johannes Paul II. mehrfach die traditionelle katholische Lehre in der Frage der Geburtenregelung bestätigt. Er bezog indirekt gegen die heute weitverbreitete These Stellung, daß vor allem die Bevölkerungsexplosion für Hunger und Elend in den Entwicklungsländern verantwortlich sei und daß die Unterentwicklung nicht zuletzt durch Geburtenregelung bekämpft werden müsse.

Die Lehre der katholischen Kirche, die zuletzt in dem apostolischen Schreiben „Familiaris consortio“ 1981 zusammengefaßt worden ist, sieht unter Bezugnahme auf die Schöpfungsgeschichte in der Weitergabe des Lebens das oberste Gebot des menschlichen Dienstes am Leben überhaupt. Sie verweist dabei auf die Worte des Ersten Buches Moses: „Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde und machet sie euch untertan.“

In Afrika mit seinen traditionellen Fruchtbarkeitskulten findet dieses Gebot sowieso weithin Beachtung - und dies nicht nur im katholischen Bereich. Die Worte des Papstes scheinen fast eher an diejenigen Menschen in den hochentwickelten Industriestaaten gerichtet zu sein, von deren Hilfe die Überlebenschancen vieler afrikanischer Kinder abhängen.

Die Kirche, so hieß es in dem zitierten apostolischen Schreiben, sei sich „der zahlreichen und vielschichtigen Probleme“ bewußt, „vor denen heute in vielen Ländern die Eheleute bei ihrem Auftrag, das Leben verantwortl. weiterzugeben, stehen“. Sie erkenne „das schwere Problem der Bevölkerungszunahme“. Aber sie wisse, daß es durch eine „lebensfeindliche Haltung“, die dem Willen Gottes widerspreche, nicht gelöst werden könne.

Nach der durch Paul VI. in der Enzyklika „Humanae vitae“ zuletzt formulierten, von Johannes Paul

II. bestätigten Lehre muß jede Ehe offen sein für die Fruchtbarkeit. Künstliche Geburtenregelung wird als menschlicher Eingriff in den Plan Gottes abgelehnt. Zu den verbreiteten Bestrebungen, die Bevölkerungsexplosion durch Geburtenkontrolle zu stoppen, heißt es in „Familiaris consortio“:

„Gegen Pessimismus und Egoismus, die die Welt verdunkeln, steht die Kirche auf der Seite des Lebens... Deshalb verurteilt die Kirche als schwere Beleidigung der menschlichen Würde und der Gerechtigkeit alle Aktivitäten von Regierungen oder anderen öffentlichen Autoritäten, die in irgendeiner Weise die Freiheit der Ehegatten, über Nachkommenschaft zu entscheiden, zu beschränken versuchen. Dementsprechend ist jede gewaltsame Maßnahme dieser Autoritäten zugunsten der Empfängnisverhütung oder gar der Sterilisation und der Abtreibung völlig zu verurteilen und mit aller Kraft zurückzuweisen.“ Es sei auch „ein

schweres Unrecht“, wenn Wirtschaftshilfe zur Förderung der unterentwickelten Völker von Programmen zur Empfängnisverhütung, Sterilisation und Abtreibung abhängig gemacht werde.

„In keinem Punkt“, so hatte Paul VI. erklärt, dürfe die Kirche „Abstriche an der Heillehre Christi“ machen. Sie könne deshalb nur eine „sittliche“ Geburtenregelung durch Keuschheit während der Fruchtbarkeitszyklen der Frau gutheißen. Dazu heißt es in „Humanae vitae“: Die Lehre der Kirche „beruht auf der untrennbaren Verbindung der zweifachen Bedeutung des ehelichen Aktes, die von Gott gewollt ist und die der Mensch nicht eigenmächtig aufgeben kann, denn die liebende Vereinigung und die Fortpflanzung.“ Diese beiden göttlichen Sinngehalte der sexuellen Vereinigung dürften nicht durch Empfängnisverhütung auseinandergerissen werden.

Daß diese Lehre von einem Großteil der Katholiken nicht be-

folgt wird, ist ein offenes Geheimnis. Selbst eine Mehrheit in der Theologiekommision, die Paul VI. zur Vorbereitung von „Humanae vitae“ eingesetzt hatte, sprach sich seinerzeit für die „Pille“ aus und hielt den Antipillen-Rigorismus nicht für theologisch zwingend.

Die Methode der natürlichen Geburtenregelung durch periodische Enthaltensamkeit wird von vielen Katholiken in der entwickelten Welt nicht nur aus sexueller „Willkür“, sondern auch wegen ihrer Unsicherheit abgelehnt. Für die Dritte Welt ist sie nach Überzeugung der meisten Bevölkerungspolitiker schon deshalb kaum brauchbar, weil ihre einigmaßen zuverlässige Anwendung einen Informationsstand voraussetzt, der noch nicht gegeben ist. Er könnte nur allmählich im Zuge der Entwicklung dieser Völker vermittelt werden, einer Entwicklung, die wiederum nicht zuletzt durch die Bevölkerungsexplosion behindert wird.



# Geburtstag in Gabun - oder Ein afrikanisches Poker

Fünfundzwanzig Jahre Unabhängigkeit, das ist für den westafrikanischen Staat Gabun ein Grund zu feiern. Das ist Gelegenheit für die Franzosen, ihren Einfluß zu demonstrieren; das ist Gelegenheit für die Deutschen, Geschäfte zu machen.

Von JÜRGEN LIMINSKI

Das Bankett sollte um 20 Uhr beginnen. Aber die rund 600 Staatsgäste im Präsidentenpalast, so ziemlich alle, was Gabun an Hautevolee zu bieten hat, mußten noch lange warten. Erst um 21.50 Uhr erschien Präsident El Hadj Omar Bongo mit seinem Gefolge. Zehn Minuten später, sicherlich durch Walky Talkies der Diplomaten informiert, erschien der französische Außenminister Dumas. Zehn Minuten, das ist genau die Zeit, die man vom Flughafen bis zum Präsidentenpalast braucht.

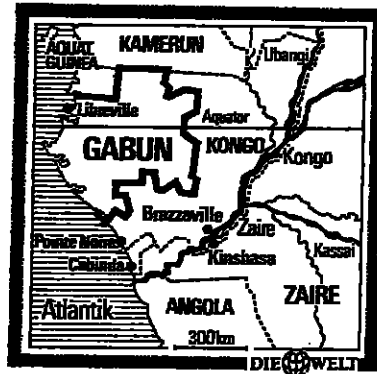
"Afrikanisches Poker", kommentiert ein westlicher Geschäftsmann den Vorfälle. "Wer zuletzt kommt, ist der wichtigste, weil alle anderen auf ihn warten." Und gepokert muß werden, denn zwischen der ehemaligen französischen Kolonie, die am 17. August 1960 die Unabhängigkeit erlangte - Grund für ausgedehnte Feierlichkeiten bis zum Bankett mit Feuerwerk am Äquatorhimmel - und dem nach wie vor sehr einflussreichen einstigen Mutterland herrscht leichte Verstimmung.

Grund: In Paris erschien ein Buch über die Liebeschaften des Präsidenten. Bongo weiß, daß dies in einem Land mit freiem Pressewesen nicht zu verhindern ist. Er konterte mit einem Kommuniqué, in dem er die öffentlichen Aktivitäten der oppositionellen Exil-Regierung als Grund für eine Bewältigung am sonst strahlenden Himmel der französisch-gabunesischen Beziehungen vorschob. Auch zeigte er sich verärgert, daß Paris keinen Minister zur Jubiläumfeier entsenden wollte.

In Paris aber sah man keinen Grund für Aufgeregtheit. Man erhöhte den Einsatz und entsandte den relativ unpolitischen Wissenschaftsminister Curien. Das war Bongo nicht genug. Um die Franzosen zu locken, verkündete er eine Amnestie für alle politischen Häftlinge. Die letzten sechs Oppositionellen, die noch in Haft waren, jetzt war Paris wieder an der Reihe: Sie schickten Außenminister Dumas; er kam, aber als letzter. Solche Pokerspiele sind eine gute

Gelegenheit für nicht-französische Geschäftsleute, rasch einige Verträge anzuhandeln. Voraussetzung ist, daß sie, zum Beispiel von Diplomaten, unterrichtet werden und zur Stelle sind. Dabei half auch der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, der im Namen der Bundesrepublik schon tags zuvor ein Grufschreiben des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker an den „großen und guten Freund Omar Bongo“ nebst einer 50 000-Mark-Spende für die Bibliothek der einheimischen Forstschule überreicht hatte. Er konnte an der Tafel der Ehrengäste getrost das Pokerspiel beobachten. Er hatte seine politischen Gespräche mit Bongo bereits hinter sich und deutsche Geschäftsleute neue Verträge unter Dach und Fach.

Gabun wird aus Deutschland schlüsselfertig einen Supermarkt und eine große Brauerei bekommen. In einem Jahr wird angepflanz. Eine eigene Viehzucht soll mit deutscher Hilfe



DIE WELT

begonnen und die Erschließung der reichen Bodenschätze (Uran, Mangankupfer, Gold, Diamanten, Eisenerze) erleichtert werden. Auch von zivilen Hubschraubern war die Rede. Die Deutschen können in Gabun, bei aller vorübergehenden Verstimmung zwischen Libreville und Paris, freilich nur einige Fußbreit Boden gewinnen.

Großes Interesse haben die Gabunesen an deutscher Bautechnik. Die deutschen Bauunternehmen Philipp Holzmann und Bilfinger & Berger sind bereits mit 17 Prozent (etwa 420 Millionen Mark) am Bau der Transgabun-Eisenbahn beteiligt, eine der größten Eisenbahn-Baustellen der Welt. Die Bahn soll in den neunziger Jahren, wenn die Öresserven des Opec-Landes langsam zur Neige gehen, den Zugang zu den Uran-, Eisen- und Mangankonzessionen sowie den Abtransport von Edelhölzern erleichtern.

Auch an Ölkonzessionen sind

deutsche Firmen beteiligt. Das Land fördert 180 000 Barrel pro Tag und bestreitet mit den Exporten 60 Prozent des Haushalts. Gesucht werden Firmen für den Ausbau eines Hafens für etwa 60 Millionen Mark, den Bau einer Fischfangflotte oder auch einer Fabrik zur Verarbeitung von Milchpulver zu Butter, Joghurt und Käse.

Insgesamt ist der deutsche Anteil an dem Investitionsvolumen eher gering. Auch die deutschen Exporte schlagen mit weniger als sechs Prozent der Einfuhren Gabuns kaum zu Buche. Das ist erstaunlich. Denn die Regierung Bongo ist überaus deutschfreundlich. Sie ist auch bestrebt, den französischen Anteil an Leben und Wirtschaft im Land zu reduzieren und die französischen Importe auf 90 Prozent der Gesamteinfuhren zu drücken.

Wie schwierig das ist, läßt sich an einer Zahl ablesen. Rund 27 000 Franzosen leben in Gabun, das sind neunmal mehr als zur Kolonialzeit. Gabun hat etwa 800 000 Einwohner. Französische Experten sitzen in der öffentlichen Verwaltung, in den Ministerien, in der Luftfahrtgesellschaft, in Polizei und Armee. Ohne sie läuft nichts. Die deutsche Kolonie dagegen zählt gerade 90 Seelen.

Auch eine andere Szene macht den alles dominierenden Einfluß deutlich: Während die Musikkapelle vor der Diplomatentribüne fröhlich mit der Weise „Wir sind die lustigen Holzhackerbaum“ aufspielt, erscheint der Präsident zur großen Jubiläumsparede; federnd springen die Leibwächter von den Tribünen des Konvois, postieren sich fächerförmig und mustern mit scharfem Blick die harmlose Diplomatenmenge auf der Tribüne und die begeistert bläsenden Musiker. Inmitten der Leibwächter ein Franzose. Mit kurzen Handbewegungen dirigiert er die kleine Schutztruppe.

Ohne sie hätte Bongo sich wohl keine 18-Pro-Kopf der Macht halten und das Pro-Kopf-Einkommen des Landes stetig auf die Höhe von 4000 Dollar pro Jahr - nach Libyen das höchste in Afrika - schrauben können. Seine Diversifikationsbestrebungen haben sich zwar auch auf die Leiwächter ausgedehnt. Vor seinem Amtszimmer sitzen vier Marokkaner, auch Südkoreaner sind bisweilen im prachtvollen Präsidentenpalast zu sehen. Für das Kommando der Schutztruppe aber kommt Diversifikation nicht in Frage. Frankreich bietet hier noch die besten Garantien, trotz aller möglichen Konsequenzen für Politik und Wirtschaft.

Die Japaner und Amerikaner ficht die dominierende Stellung Frankreichs im Opec-Land am Äquator nicht an. In den großzügig aufgemachten Publikationen zum 25. Jahrestag sind sie mit Anzeigen üppig vertreten. Sie wissen die politische Stabilität zu schätzen. In der Bongo-Ära hat es bisher nur einen Putschversuch gegeben. Solch friedliche Verhältnisse sind in Afrika selten. Präsident Bongo will, wie die Parolen der Parade verkünden, das Land weiter auf liberalem Wirtschaftskurs und in westlichem Fahrwasser halten.

Unter den Amerikanern, die von ihm zum Unabhängigkeitstag mit Orden bedacht wurden, sind auch zwei Deutsche: der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß und der Afrikanische Experte Hans Schneider. Strauß ist nun Großoffizier des gabunesischen Verdienstordens, Schneider Kommandeur. Jetzt wartet Bongo auf Antwort aus Deutschland.



Donald Regan: Stabschef des Weißen Hauses FOTO: POLY-PRESS



Robert McFarlane: Sicherheitsberater des Präsidenten FOTO: DPA

# Ein Washingtoner Intrigenspiel

Ein beliebtes Sommerspiel in Washington ist es, darüber zu spekulieren, wer gerade in der Gunst des Präsidenten ganz oben steht und wer nicht. Diesmal heißt die Frage: Ist es Donald Regan oder Robert McFarlane?

Von FRITZ WIRTH

Die Nachricht war kurz und schien den Leser aus dem tiefsten Sommerloch anzugähnen: Donald Regan, der Stabschef des Weißen Hauses, war bei einem Mittagessen mit dem einseitigen Sicherheitsberater Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, gesehen worden. „Intensive Diskussionen“ wurden zwischen beiden beobachtet.

Im Treibhaus Washington reicht das, daraus eine politische Intrige zu schmieden: Warum war Robert McFarlane, der Sicherheitsberater Ronald Reagans, nicht mit am Tisch? War diese Begegnung eine öffentliche Provokation Donald Reagans gegenüber McFarlane, Signal einer wachsenden Kluft und Verstimmung zwischen diesen beiden mächtigsten und einflussreichsten Männern in der Umgebung des Präsidenten?

Falsch. In Wahrheit war es nichts anderes als die letzte Episode eines mehr oder minder subtilen Intrigenspiels, das - über alle Sommerföcher hinweg - Washington in Ägen hält. Es ist ein verwirrendes Wechselspiel von Huldigung und Verdammnis, Lobpreisung und Kritik, von Karriereklub und Karrieretremse.

Die Faustregel dieses Spiels: Sobald jemand sich in Washington zu profilieren beginnt, herausragt, gute Zensuren erhält, Macht an sich zieht und Macht ausstrahlt, trifft ihn unweigerlich der Hammer der Gleichmacher. In dieser Stadt, in der mehr Macht versammelt ist als anderswo in der Welt, gedeiht zugleich mehr Mißtrauen gegenüber der Macht als anderswo.

Dagegen ist nichts einzuwenden, ließen sich in diesem Spiel rationale Gründe, Fairness und Vernunft erkennen. Das aber ist nicht immer der Fall. Die Folge: Dieses oft künstlich geförderte oder imaginäre Auf und Ab der Karrieren weckt den Eindruck, als sei diese Stadt von politischen Neurosen heimgesucht, die das Establishment schütteln. Das aber ist schlicht nicht der Fall.

Dies ist vielmehr eine Stadt poli-

tisch bemerkenswert hart arbeitender Beamter, Berater und Zulieferer, deren politische Produkte nicht immer jene scharf umrandeten Etikette tragen, die man sich in den Staatskanzleien dieser Welt gern wünscht. Die aber dennoch eher von selbstsicherer Gelassenheit denn nervöser Karrierefurcht gekennzeichnet sind.

Bleiben wir beim Fall McFarlane. Seit einem knappen halben Jahr feiern ihn die „White House-Watcher“ der amerikanischen Presse als die stille, aber unaufhaltsam aufsteigende graue Eminenz der amerikanischen Politik. Die „New York Times“ widmete ihm im Mai in ihrer Sonntagsbeilage eine zehnzeilige Huldigung, die ihn als den wichtigsten, einflussreichsten und mächtigsten Berater des Präsidenten auswies. Sichtbares und symbolhaftes Zeichen seines Aufstiegs: Er durfte in diesem Frühjahr sein Büro aus den Kellerräumen des Weißen Hauses in die Präsidenten-Etage in Reichweite des „Oval Office“ verlagern.

Seit einem Monat jedoch ist dieser Aufstieg angeblich abrupt beendet. Ein Machtkampf zwischen Stabschef Donald Regan und McFarlane tobe im Weißen Haus, so suggerieren die „White House-Watcher“ und schrieben McFarlane in die Schmollecke ab. Donald Regan sei der Mann des Augenblicks, er habe das Ohr des Präsidenten, weil es mehr Gemeinsamkeiten zwischen ihm und dem Präsidenten gebe, als sie sich jemals zwischen McFarlane und Ronald Reagan entwickeln könnten. Beide seien irischer Abstammung, beide seien Selfmade-Millionäre, und beide lägen im Alter nicht weit auseinander.

## Im Krankenhaus hatte Regan die Nase vorn

Diese Regan-Renaissance und dieser angebliche McFarlane-Abfall speisen sich aus spärlichen Fakten. Der wichtigste: Während Donald Regan nach der Krebsoperation des Präsidenten im Krankenhaus praktisch das Vorzimmer zur Suite des Präsidenten besetzte und ungehinderten Zugang hatte, dauerte es drei Tage, bis Robert McFarlane zu ihm vorgekommen wurde.

So karg und burlesk diese Signale der Präsidenten-Bild sein mögen - sie sind vor allem falsch. In Wahrheit

hat es diesen angeblichen Machtkampf zwischen Regan und McFarlane niemals gegeben, weil sich ihre fachlichen und politischen Wege zu selten kreuzen. Reagans Stärke sind das Management, die politische Koordinierung sowie innen- und finanzpolitische Probleme.

Außen- und Sicherheitspolitik dagegen sind nicht seine Stärken. Er überläßt dieses Feld deshalb klaglos McFarlane, und deshalb ist dieser angeblich abgleitende Sicherheitsberater, der im übrigen niemals die Absicht und den Ehrgeiz hatte, die Rolle eines Henry Kissinger im Weißen Haus zu spielen, nach wie vor die unbestrittene Schlüsselfigur bei der Vorbereitung des Genfer Gipfels zwischen Reagan und Gorbatschow und - zusammen mit Paul Nitze - der „Wachmeister“ der Genfer Abrüstungsgespräche.

Nachdem nun also Donald Regan von der Presse so eindeutig auf den Siegersockel gehoben wurde, zeigen sich in den letzten Tagen deutliche Zeichen des Unwohlseins. Man beginnt den sogenannten „Haig-Effekt“ an diesem Mann zu entdecken. Soll heißen: Regan hat sich angeblich während der Krebsoperation - ähnlich wie Alexander Haig vor vier Jahren nach dem Präsidenten-Anschlag - etwas zu stürmisch an die Macht gedrängt und muß nun den Preis dafür zahlen. Man beginnt die ersten Launen an den Sockel dieses Mannes zu legen.

Schlachtfeld dieses Grabenkriegs der Karrieren ist in erster Linie die Presse, die jedoch nicht in jedem Falle ihre Munition aus überinterpretierten Gesten und Randbegebenheiten bezieht, sondern zuweilen auch nur Instrument interministerieller oder ideologischer Kleinkämpfe ist und von internen Quellen eingespeist wird.

Das hat am schmerzhaftesten Außenminister George Shultz zu spüren bekommen. Shultz war nach zwei programmatischen Reden in San Francisco und New York im letzten Herbst zu einer der stärksten und bedeutendsten Figuren der Reagan-Administration geworden. Der Grund dafür lag im sachlich-strategischen Bereich. Die Außenpolitik - und hier besonders der Dialog mit Moskau - sollte in der zweiten Amtszeit Reagans einen neuen Stellenwert erhalten. Das wertete automatisch die Position von Shultz auf, weckte zugleich aber Mißtrauen auf dem neo-

konservativen Flügel der Republikaner. Er begann sich auf Shultz einzuschließen, meinte in Wahrheit jedoch den Präsidenten und seine neuen außenpolitischen Prioritäten.

Aus der gleichen Ecke wurde im übrigen das „Duell der beiden Richards“ - Richard Perle aus dem Pentagon und Richard Burt aus dem State Department - gespeist. Beide personifizierten das Für und Wider der Rüstungskontrollgespräche mit Moskau. Burt wurde als der Sieger betrachtet (der er persönlich niemals war, denn gesiegt hat in diesem Duell der Wunsch des Präsidenten nach einem neuen Verhältnis zu Moskau). Burt wurde später aus der Kampflinie abgezogen und zum Bonner Botschafter gemacht.

## Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg

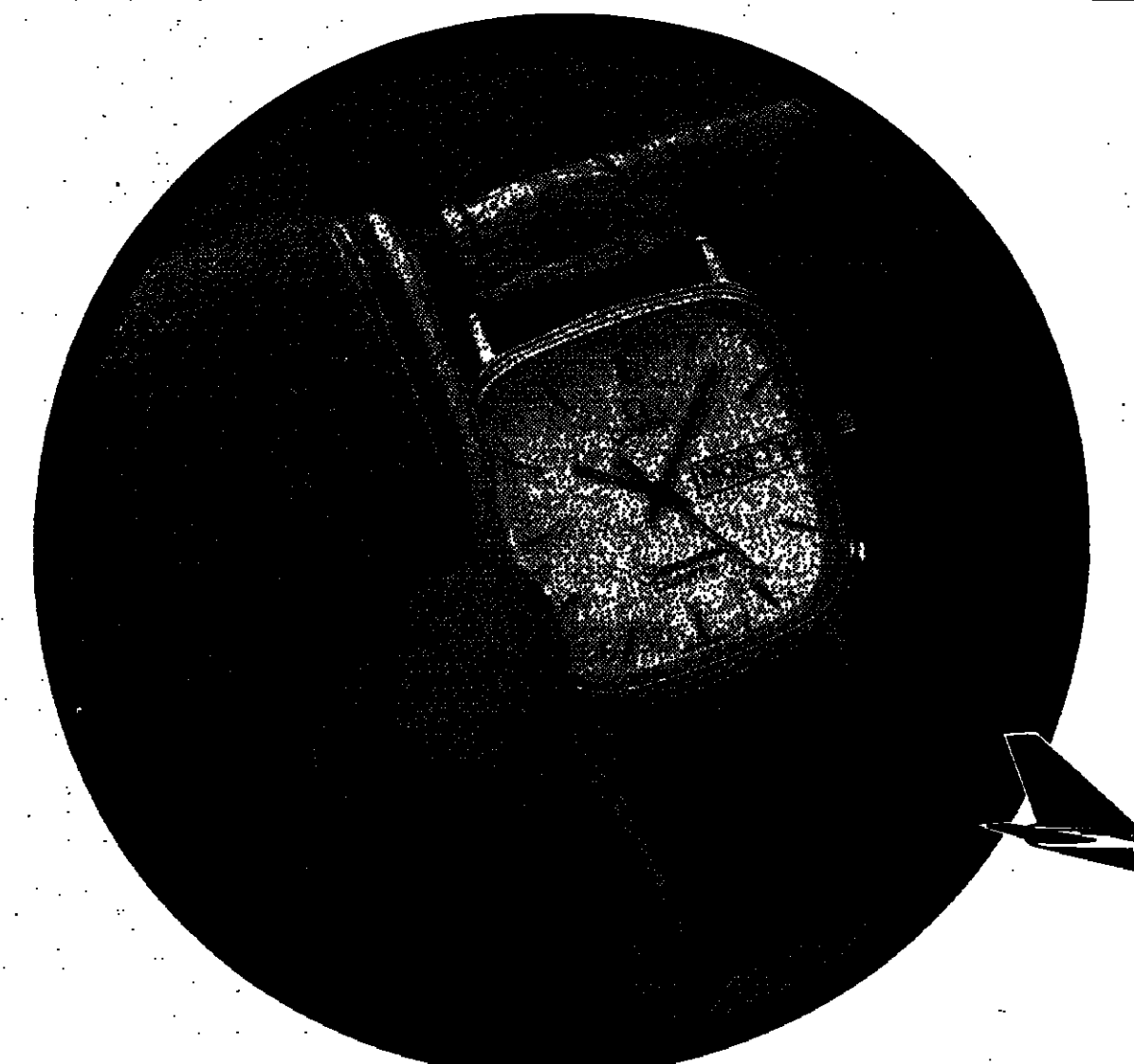
Ein ähnliches Schicksal erlitt der Pressesprecher des Präsidenten, Larry Speakes. Speakes, der in der ersten Amtszeit durch den damaligen Stabschef Baker von wichtigen Informationen und Entscheidungen im Weißen Haus abgekoppelt worden war, erlebte im Frühjahr durch den Baker-Nachfolger eine unerwartete Renaissance. Er wurde in den inneren Zirkel des Weißen Hauses aufgenommen und war unvorsichtig genug, diese Aufwertung öffentlich bekanntzugeben. Er lief damit direkt in eine Konfrontation mit den Journalisten des Weißen Hauses hinein, die versuchten, ihn wieder auf Normalmaß zurückzustutzen.

Das Eigenartige an dieser oft künstlich beschleunigten und ebenso künstlich gebremsten Berg- und Talfahrt der Karrieren: Die uramerikanische Faustregel, nach der nichts erfolgreicher ist als der Erfolg - sie scheint neutralisiert worden zu sein in diesem Washingtoner Treibhaus.

Einzige Ausnahme: Ronald Reagan. Denn alle Versuche, ihm das für Präsidenten der zweiten Amtsperiode gängige Etikett der „lahmen Ente“ anzuhängen, sind bisher gescheitert. Sein Image ist trotz Bitburg und Defizit-Fiasco weiterhin intakt. Jene, die versuchen, auch an ihn die Karrierebremse anzulegen, laufen direkt auf die Ergebnisse der letzten Meinungsumfragen auf, und die sagen: Dies ist zur Stunde der populärste Ronald Reagan, den es je gab.



Zu Gast bei Präsident Bongo: Franz Josef Strauß FOTO: RABANUS



## Für Leute, die sich auskennen

Mo. Di. Mi. Do. Fr. Sa. So.  
747-Service in die USA.

Täglich mit Northwest Orient Airlines 747-Service in die USA.  
Täglich zu über 30 Städten in den USA und Kanada via Boston (4 x wöchentlich) oder Minneapolis/St. Paul (nonstop 3 x wöchentlich).

People who know...



Weitere Informationen erhalten Sie von Ihrem Reisebüro oder direkt von Northwest Orient Airlines, 6000 Frankfurt/Main, Kaiserstr. 33, Tel. 069/23 43 44 u. 23 08 31 oder 2000 Hamburg 36, Esplanade 41, Tel. 040/3515 41.

Täglich die Gelegenheit, amerikanische Gastfreundschaft und echt amerikanischen Komfort kennenzulernen.  
Täglich Regal Imperial Service in der First- und Executive Class.

## NORTHWEST ORIENT

Nach... Anchorage • Atlanta • Baltimore • Bismarck • Boston • Buzama • Chicago • Cleveland • Dallas • Denver • Detroit • Edmonton • Fargo • Ft. Lauderdale • Ft. Myers • Ft. Worth • Grand Forks • Grand Rapids • Great Falls • Helena • Hollywood • Honolulu • Kansas City • Las Vegas • Los Angeles • Madison • Miami • Milwaukee • Minneapolis • Montreal • New York • Newark • Omaha • Orlando • Philadelphia • Phoenix • Portland • Rochester • St. Louis • St. Paul • St. Petersburg • San Diego • San Francisco • Seattle • Spokane • Tacoma • Tampa • Tucson • Washington D. C. • West Palm Beach • Winnipeg ...und Fernort





Ein Bild der Sonja Lüneburg aus dem Jahr 1982

### Rätsel um Sonja Lüneburg ungelöst

Der Vergleich von Fotos der beiden als Sonja Lüneburg aufgetretenen Frauen stand gestern im Mittelpunkt der kriminaltechnischen Untersuchung. Nach Angaben aus Sicherheitskreisen wurden genaue Messungen bestimmter unveränderlicher Merkmale der Gesichter vorgenommen. Um hier ganz sicherzugehen, sind Original-Fotos notwendig, die in zwischen bei den ermittelnden Spezialisten vorliegen. Zeugen hatten schon beim ersten Vergleich von Fotos der Sonja Lüneburg aus der Berlin-Zeit bis 1986 mit Aufnahmen von der verschwundenen Sekretärin erklärt, dies sei nicht dieselbe Frau.

Auch Schriftproben der Frau Lüneburg „alt“ und der Chefsekretärin Lüneburg „neu“ sollen genau überprüft werden. Mindestens die Unterschrift auf den polizeilichen Meldeunterlagen aus Berlin liegt von der 1986 nach Colmar abgemeldeten Sonja Lüneburg vor. Schriftproben von der verschwundenen Sekretärin sind reichlich vorhanden.

Sicherheitsexperten äußerten gestern Unverständnis, daß man bei den Sicherheitsüberprüfungen Sonja Lüneburg nicht schon früher die Unterschriften verglichen habe. „Dann wäre uns vielleicht viel erspart geblieben“, 1989/70, als die erste Überprüfung vorgenommen worden war, sei die Methode des Identitätswechsels und Einschleusung von Agenten über das westliche Ausland noch nicht bekannt gewesen. Wohl aber 1976, als Frau Lüneburg erneut überprüft worden sei.

Ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums erklärte gestern zu den Befürchtungen, Frau Lüneburg habe Zugang zu Informationen aus dem Bundesarchiv bekommen, Minister Bangemann habe der Frau niemals solche Informationen diktiert oder anders zugänglich gemacht.

### Kulturbudget des Bundes stieg um 6,4 Prozent

Die Bundesregierung hat die Kulturförderung im laufenden Jahr 1985 erheblich verstärkt. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, verwies darauf, daß die Mittel für Kulturausgaben von 216 Millionen 1984 in diesem Jahr um 6,4 Prozent auf rund 230 Millionen Mark gesteigert worden seien. Waffenschmidt nannte als konkrete Förderungsvorhaben in den nächsten Jahren:

- Mit einem Kostenaufwand von 90 Millionen Mark soll im Bonner Regierungsviertel das Haus der Geschichte entstehen.
- Gleichzeitig wird in Berlin als Geschenk der Bundesregierung nahe dem Reichstag ein historisches Museum für die Geschichte des deutschen Volkes mit einem Kostenaufwand von 250 Millionen Mark entstehen.
- Die Deutsche Bibliothek in Frankfurt/Main erhält ein neues Haus; Kosten: rund 200 Millionen Mark.
- Der Neubau für das Bundesarchiv in Koblenz (Kosten etwa 80 Millionen) kann 1986 bezogen werden.
- Der Bund beteiligt sich an den Kosten (500 Millionen Mark) für den Gesamtkomplex der Ausstellungen der Stiftung Preussischer Kulturbesitz in Berlin.
- Für die Luftfahrthalle im Deutschen Museum zu München wurden mehr als 21 Millionen Mark für das Deutsche Bergbaumuseum in Bochum 3,2 Millionen und für die Erweiterung des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg ein Drittel der Gesamtkosten von etwa 100 Millionen Mark aufgebracht.
- Der Bund trägt die Hälfte der Kosten (20 Millionen Mark) des Ausbaus des Deutschen Literaturarchivs in Marbach.
- Das Freie Deutsche Hochstift wird mit einem Kostenaufwand von 4,3 Millionen Mark ausgebaut und modernisiert.
- Für die sechs großen Forschungsmuseen, wie Deutsches Museum und Germanisches Nationalmuseum, hat der Bund in den vergangenen drei Jahren mehr als 30 Millionen Mark ausgegeben.

### FDP-Spitze entdeckt den schönen Süden wieder

Von PETER SCHMALZ  
Hans-Dietrich Genscher beehrt Bayern seit Wochen mit einer solchen Vielzahl von Blitzbesuchen, daß der Verdacht aufkommen könnte, der Freistaat sei ein fremdes und heikles Land, um dessen Freundschaft sich der Außenminister der Bundesrepublik mit besonderem Eifer kümmern hat. Er sprach vor den Delegierten des bayerischen FDP-Landeshauptrausschusses in Landsbut, lauschte zwei Tage zuvor den Wagner-Klängen in Bayreuth, wollte kürzlich mit dem FDP-Bundespräsident am Stamberg See und plauderte eine Woche zuvor mit dem bayerischen FDP-Landesvorstand über seine jüngste Asienreise, um tags darauf bei einem Polortur in der Nähe Münchens gesichtet zu werden.

### Landesbericht Bayern



Grenze mit dem weißblauen Wappenschild. Kürzlich hielt Wirtschaftsminister Martin Bangemann das Hauptreferat auf dem FDP-Landesparteitag in Bayreuth und gestand wenige Tage später seine Zuneigung zu Franz Josef Strauß. Ich mag ihn.

Der massierte Einsatz liberaler Prominenz zwischen Spessart und Alpenvorland dient allerdings weniger der Kontaktpflege, sondern vielmehr der frühen Wahlhilfe für die liberalen Parteifreunde im Freistaat. Dies ist schon deshalb klug, weil die FDP bei der letzten Landtagswahl im Oktober 1982 mit 3,5 Prozent auf der Strecke geblieben ist.

Da trifft es sich gut, daß als Nachfolger von Josef Ertl, der sich mehr um sein Landwirtschaftsministerium in Bonn als um die Landespartei zentral in München kümmern konnte, der erst 38jährige Münchner Stadtrat Manfred Brunner Vorsitzender der 7000 bayerischen Freidemokraten wurde, der frugs ins Präsidium der Bundespartei aufrückte und dort die Kontakthoffnungen zur Parteiprominenz eifrig nutzt. Er hat das Versprechen von Bangemann und Genscher in der Tasche, daß beide mehr als bisher in irgendeinem Landeswahlkampf die bayerischen Parteifreunde beim Versuch unterstützen werden, wieder in den Landtag einzuziehen.

Schon im Herbst präsentiert Brunner Bonner Köpfe wie Bangemann, Haussmann oder Adam-Schwartz über Land verstreut bei Zielgruppenreden, die dank intensiver Vorbereitung volle Säle garantieren sollen. Der junge Landesvorsitzende will dabei unter anderem Wähler ansprechen, die eigentlich am liebsten CDU ankreuzeln würden, sich in Bayern aber mit der CSU konfrontiert sehen und mit einer FDP, die in Bonn mit der Union koalitiert, als eine Alternative betrachten. Brunner will bei seinen Reisen durch den Freistaat solche Überlegungen häufig genug gehabt haben, um sie in seine Wahlkampfstrategie aufzunehmen.

### Riebschläger: Die SPD hat sich zu wichtig genommen

Ex-Finanzsenator geht mit Berliner Genossen ins Gericht

PETER PHILIPPS, Bonn  
Die vernichtende Wahlniederlage der SPD in Berlin liegt inzwischen knapp ein halbes Jahr zurück, doch die Wunden schmerzen immer noch. In der vorletzten Ausgabe der Partei-Theoriezeitschrift „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ hat sich jetzt der ehemalige Finanzsenator und Vordenker der Berliner Partei-Rechten, Klaus Riebschläger, zu Wort gemeldet. In schonungsloser Aufarbeitung der Vergangenheit brachte er die Selbstkritik auf den Punkt: „Erst jetzt wird eigentlich klar, warum die SPD die Macht verloren hat. Es war schlicht ihre Unfähigkeit, irgend etwas wichtiger zu nehmen als sich selbst. Die Stadt galt als Leben.“

Er begriff die „Entfernung von der Macht als Möglichkeit, Distanz zu bestimmten Vorwürfen herzustellen, die sich über die lange Zeit einer Regierungstätigkeit anhäufte“. Eines zumindest sei kristallklar geworden: „Das Wahlergebnis hat geadelt, diese wiederholt, daß Berlin strukturell eine sozialdemokratische Stadt und lediglich konjunkturell von den Christdemokraten übernommen worden sei.“ Die vordringliche Analyse über die seit 1975 in Serie folgenden Niederlagen mache „die Gruppenkämpfe und den Mißbrauch mit über Macht verantwortlich“. Doch während Riebschläger darauf verwies, daß „Flügelkämpfe in der Berliner SPD so alt sind wie die Berliner SPD selbst“, der „harte Gruppenkampf in der Nachkriegs-SPD“ mit regelrechten „Prätorianer-Garden

weist Brunner erwartungsgemäß zurück, sieht aber doch bei der CSU die Menge für die FDP zu mobilisierender Wähler, die ausreicht, um über die Hälfte von fünf Prozent zu kommen. Und so hörte er mit Vergnügen, als CSU-Generalsekretär Gerold Tandler den Liberalen mit den Worten den Wahlhandelschuh hinwarf, die Koalitionsgemeinschaft mit der FDP in Bonn bedeute „natürlich in keiner Weise ihre parteipolitische Schonung hier in Bayern“. Nun kann er hinter der Maske des biedereren und friedfertigen Koalitionserfinders die Waffen wetzen: „Wir suchen diese Auseinandersetzung nicht, aber wir werden ihr nicht ausweichen, wenn die CSU sie uns aufzwingt.“

Brunner geht in den Wahlkampf mit erheblichem persönlichem Risiko. Sein ursprünglicher Plan, den Landtagswahlkampf einem Team von sieben Leuten (entsprechend den sieben bayerischen Regierungsbezirken) zu überlassen und selbst als Spitzenkandidat zur Bundestagswahl anzutreten, mußte er aufgeben. Wozu nicht zuletzt Hildegard Hamm-Brücher, die mit Brunner eine nicht immer kaschierte gemeinsame Aversion verbindet, mit der weithin vernehmlichen Äußerung gesorgt hatte, die Aufgabe eines Landesvorsitzenden sei es, die Partei in den Landtag zu führen.

Schon bei seinem nächsten Treffen revidierte der Landesvorstand daraufhin sein Votum, das für Brunner die Fahrkarte nach Bonn war, und den Vorsitzenden mit zwölf gegen fünf Stimmen, für den Landtag zu kandidieren. Worauf dieser vor die Presse ging und den Beschluß mit einer Miene veränderte, als sei das Münchner Maximilianum tatsächlich sein heimliches Ziel gewesen.

Nun also steht er in der persönlichen Haftung. Erreicht er im Oktober nächsten Jahres nur 4,9 Prozent oder weniger, hat seine Karriere, in der bei einem Fortbestand der Bonner Koalition ein Minister- oder wenigstens Staatssekretärposten erreichbar erscheint, einen bösen Knick bekommen. Zieht er aber in Fraktionsstärke in den Landtag ein, dürfte seine Zeit, die er als Fraktionsvorsitzender auf der bayerischen Oppositionsbank verbringt, maximal vier Jahre betragen, ehe er dann endgültig zum Sprung an den Rhein ansetzt.

Die bayerische Bundestagsliste wird nach dem jetzigen Stand Bundesjustizminister Hans Engelhard anführen. Auf Platz zwei soll ihm Frau Hamm-Brücher zur Seite stehen, die sich zwar noch mit ihrer Familie über eine erneute Kandidatur beraten will, in der Partei wird aber allgemein mit einer positiven Entscheidung gerechnet.

Dagegen hat Josef Ertl endgültig seinen Rückzug aus der Bonner Politik angekündigt, seinem Nachfolger in bayerischen Parteivorsitz aber aktiven Wahlkampfeinsatz zugesagt. Bei seinen bisherigen Auftritten findet er allgemeine Zustimmung der bayerischen Zuhörer. „Eine Tragik“, meint Brunner, „früher haben ihn die Bauern gemocht und nicht gehäßt, weil er mit den Sozials koaliert. Jetzt wäre er in der richtigen Koalition, aber nun können sie ihn nicht mehr wählen.“ Ein paar Bauern-Stimmen wären Brunner gerade noch recht.

### Ermittlung gegen Versicherungen, aber nicht gegen Politiker

Keine Anhaltspunkte zur Beihilfe der Steuerhinterziehung / Kriminalisierung

p. p. Bonn  
Die Bonner Staatsanwaltschaft ermittelt nach eigenen Angaben gegen keinen der Bonner Politiker, die auf den Wahlkampf-Spendenlisten privater Versicherungen aufgeführt sind. Oberstaatsanwalt Johannes Wilhelm begründete dies damit, daß gegen keinen von ihnen Anhaltspunkte zur Beihilfe bei Steuerhinterziehung vorlägen. Und, so Wilhelm, Bestechung scheidet aus, da es im Gegensatz zu den Beamten bei den Politikern keine Bestechung als Delikt im Strafrechtsgesetz gebe.

Ermittelt wird laut Staatsanwaltschaft lediglich gegen verschiedene Gruppierungen der Versicherungswirtschaft wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung. Mehrere der genannten Spitzenpolitiker haben zu gleichem Zeitpunkt zurückgewiesen, direkte Zahlungen erhalten zu haben bzw. durch die Wahlkampfspenden zu einem „bestimmten Wohlverhalten“ bewegt worden zu sein. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des Fick-Untersuchungsausschusses, Friedrich Bohl, sagte: „Da ist nichts drin.“ Es handele sich „keineswegs um eine neue Affäre“, sondern um die „krampfhafte“ Suche nach Affären.

### Versteuertes Einkommen

Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Friedrich Vogel, der im Mittelpunkt eines Berichts des „Spiegels“ stand, weil er als „Kontaktperson“ 250 000 Mark Spendengelder für 15 namentlich aufgeführte Unions-Politiker vermittelt haben soll, sagte gestern im Saarländischen Rundfunk: „Als stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Westfalen-Lippe habe ich mich auch verpflichtet gefühlt, für meine Partei Spenden hereinzuholen. Dazu gehört eben auch diese Summe von 250 000 Mark, eine Summe, die für mich von vornehmer Größe ist.“

### „Personalabbau ist vordringlich“

Rehberger: Saar-Regierung soll für Arbed auf Gewerkschaft IG Metall einwirken

ULRICH REITZ, Bonn  
Der saarländische FDP-Vorsitzende Horst Rehberger fordert die sozialdemokratische Landesregierung auf, ihr positives Verhältnis zu der Gewerkschaft IG Metall zu nutzen, um einen Personalabbau in dem paritätisch bestimmten Unternehmen Arbed Saarstahl durchzusetzen.

Rehberger verwies in einem Gespräch mit der WELT auf die von der früheren Landesregierung unter Ministerpräsident Werner Zeyer (CDU) angeforderten Gutachten zur Lage des Unternehmens, in denen die Unternehmensberatungsfirma Berger und Mc Kinsey einen Personalabbau in der Größenordnung von 2000 bis 3000 Beschäftigten als Voraussetzung einer langfristigen Sanierung von Arbed bezeichnen. Gegenwärtig sind bei Saarstahl 14 000 Arbeitnehmer beschäftigt.

Rehberger kritisierte in diesem Zusammenhang Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD), der dem Problem der Entschuldung den Vorrang gebe, obwohl keineswegs sicher sei, daß Arbed ohne Schulden schwarze Zahlen schreiben würde. Die Voraussetzung für eine auch von Bonn geforderte langfristige Sanierung werde lediglich durch die „Realisierung betrieblicher Umstrukturierungsmaßnahmen geschaffen, zu denen vordringlich der Personalabbau gehört.“

Im saarländischen Wirtschaftsministerium sieht man einen Spielraum für die Reduzierung von Personal vor

daß sie aus versteuertem Einkommen gezahlt wird, daß wir keinerlei Probleme mit dem Steuerrecht bekommen, eine Summe, die von dem Spender auf das Konto der westfälischen Landespartei überwiesen worden ist, die dort ordnungsgemäß verbucht und bilanziert worden ist.“ Vogel betonte, daß die Summe im Gesamtumfang an die Landespartei gegangen und auch dort verbüßt sei, daß auch er persönlich „keinen einzigen Pfennig“ davon gesehen habe.

Der „Spiegel“ hatte in seinem Bericht einen Brief von Arbeitsminister Blinn nachgedruckt, in dem dieser aus grundsätzlichen Erwägungen eine Beteiligung an dieser Spendenaktion abgelehnt hatte. In seinem Sinne äußerte sich gestern auch die ebenfalls auf der Spendenliste stehende Bildungsministerin Wilmar. Sie habe zu keinem Zeitpunkt Gelder der Versicherungskasse erhalten.“ Soweit ihr Spendenangebote unterbreitet würden, verweise sie in allen Fällen an die Partei. Auch künftig werde sie auf diesen „legalen“ Weg verweisen.

Der ebenfalls aufgeführte stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Roth berichtete in RTL, daß der „von mir sehr verehrte Alex Möller eines Tages gesagt“ habe, aus der Versicherungswirtschaft wäre man bereit, für den Wahlkampf 1983 10 000 Mark zu spenden. Ich habe die Frage gestellt: Ist das ordentlich versteuert? Man hat mir das bejaht. Ich habe das Geld in ein Wahlkampfkonto im Wahlkreis für die SPD einbezogen. Ich habe das weitergemeldet. Die Abrechnung über die Wahlkampfkosten, sogar ausgeworfen, von wem das ist, ich fühle mich also da auch nicht belastet.“

Roth brachte die am Wochenende aufgekommene Debatte um die Spenden der Versicherer auf die Formel: „Weil alle Parteien in Bonn so restriktiv waren bei der Aufklärung, kommt

allen im Verwaltungsbereich. Offensichtlich will sich die Landesregierung hier auf die Verwaltung konzentrieren, um Auseinandersetzungen mit der IG Metall über den Abbau von Arbeitsplätzen zu vermeiden. Der Beschäftigungsstand bei Arbed soll bereits bis zum Ende dieses Jahres auf 12 000 verringert werden.

Bislang habe die SPD-Regierung nicht den politischen Willen aufgebracht, „das Unvermeidliche zu realisieren“, sagte Rehberger. Der FDP-Politiker äußerte sich in diesem Zusammenhang „enttäuscht“ über ein Spitzengespräch der saarländischen Parteivorsitzenden mit dem Ministerpräsidenten, das „keine neue Perspektive bei der Lösung der Arbed-Problematik“ aufgezeigt habe.

Besorgt registrierte Rehberger, daß in den vergangenen vier Monaten in der Saarstahlfrage noch keine positiven Ergebnisse erzielt worden seien. Dies sei um so unverständlicher, als die EC-Kommission praktisch einen Zeitplan für Umstrukturierungsmaßnahmen gesetzt habe. Im Juli hatte Brüssel weitere 350 Millionen Mark an Betriebsbeihilfen für Arbed genehmigt, an die Auszahlung der Summe jedoch die Bedingung geknüpft, daß die Völklinger Stahlwerke zusätzliche „Maßnahmen zur Verringerung der Produktionskosten“ beschließen. Spätestens bis Ende Oktober erwartet die Kommission den Nachweis, daß Arbed von 1986 an ohne weitere Subventionen auskommen kann. Die „Maßnahmen zur Verringerung der Produktionskosten“ sind nach Meinung Rehbergers eine Umschreibung für die Forderung nach einem deutlichen Personalabbau.

### Schwerpunkte Jugend und Alter

Ausblick auf die parlamentarische Arbeit / Volkszählung, Ausweis und Europa-Paß

GÜNTHER BADING, Bonn  
Bundeskanzler Helmut Kohl hat für die nächsten Monate „als konkrete Aufgaben, die seine Regierung in Angriff nehmen werde, in einem Interview der „Neuen Ostwäcker Zeitung“ an erster Stelle Maßnahmen für eine erhöhte berufliche Qualifizierung der Jugendlichen genannt. Weiter nannte der Kanzler die Verbesserung der sozialen Sicherung vor allem für ältere Arbeitslose. Er fügte hinzu: „Wir werden den Konsequenzen des Bevölkerungsrückgangs verstärkt Rechnung tragen und sie ins öffentliche Bewußtsein heben.“ Seit Jahren sei die Bundesrepublik Deutschland schuldhaft bei der Geburtenentwicklung. Diese Veränderung im Altersaufbau werde zu schwerwiegenden Belastungen für die soziale Sicherung, insbesondere die Altersversorgung, aber auch für die Wirtschaft führen, wenn nicht rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werde.

Auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Müller, nannte gestern Schwerpunkte in der parlamentarischen Arbeit nach der Sommerpause. Für den Bereich der Innenpolitik verwies Müller auf die geplante Verabschiedung des Gesetzes zur Durchführung der Volkszählung 1987. Die Akzeptanzprobleme seien bereits gelöst, wie sich im Juni dieses Jahres

### Tornado-Spion von Rebmann angeklagt

DW. Karlsruhe

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat gegen den sogenannten Tornado-Spion, den Maschinenbauingenieur Manfred Rotsch (61), von dem 3. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts in München wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit Anklage erhoben. Im April 1984 hatte sich nach Angaben der Bundesanwaltschaft der damals noch in der „DDR“ lebende Rotsch in Berlin-Ost beim sowjetischen Nachrichtendienst KGB zur geheimdienstlichen Mitarbeit verpflichtet. Nach eingehender Schulung wurde er im Mai 1984 in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust. Hier bewarb er sich auftragsgemäß bei Unternehmen des Flugzeugbaus.

Im Juni 1985 wurde Rotsch bei Heinkel in Stuttgart eingestellt. Hier war er beispielsweise an dem Umbau des französischen Düsenflugzeugs „Fouga Magister“ beteiligt. Im April 1989 wurde er zum Entwicklungsring Süd in München versetzt, von wo aus er im Dezember 1984 zur Firma Junker Flugzeug- und Motorenwerke AG wechselte.

Von August 1989 bis zu seiner Festnahme am 20. September 1984 war er bei Messerschmitt-Bölkow-Blomh (MBB) in München beschäftigt. Hier arbeitete er zunächst im Unternehmensbereich Raumfahrt und dann von Juli 1970 bis Ende 1971 als Leiter der für die Konstruktion des Rumpfmittelteils des MRCA-Tornado zuständigen Abteilung. Bei MBB war er noch mit verschiedenen Hilfs- und Sekundärkonstruktionen zum Tornado, mit den Raumfahrtprogrammen Spacelab und Spas-Ol (Plattform als Instrumententräger für die Durchführung von Experimenten außerhalb des amerikanischen Space Shuttle) und schließlich mit verschiedenen wehrtechnischen Entwicklungsvorhaben befaßt. Rotsch wird verdächtigt, auch aus diesen Tätigkeitsbereichen eine Vielzahl von - teils als geheim eingestuft - Unterlagen, darunter Datensätze und Handbücher zum Rumpf-Mittelteil des Tornado, verraten zu haben. Als Agentenlohn erhielt er mindestens 25 000 Mark.

Rotsch war nach Informationen der WELT nicht der einzige Spitzenelement des KGB, der auf den Tornado angezogen war. Das KGB hat auch Agenten bei Partnerfirmen von MBB in anderen Ländern, so in Frankreich und Großbritannien, in diese Konten bis jetzt nicht enttarnt werden.

### Moskau bedrängt deutsche Minderheit

dpa, Frankfurt

Die Verfolgung von Angehörigen der deutschen Minderheit in der Sowjetunion geht nach Informationen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) mit unverdrossener Intensität weiter. Die Frankfurter Menschenrechtsorganisation legte gestern drei Sammelpetitionen vor, die insgesamt 49 deutschstämmige Einzelpersonen und 31 Familien aus der Sowjetunion an Bundeskanzler Kohl und alle Regierungen der KSZE-Unterzeichnerstaaten gerichtet hatten. Darin sind angeblich zahlreiche Deutsche aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit oder ihrer Ausreiseverweigerungen Repressalien ausgesetzt. So komme es immer wieder zu Entlassungen, Kriminalisierungsverfahren und Verurteilungen von Deutschen. Auch würden Familien obdachlos gemacht, indem man sie zum Verkauf oder zur Aufgabe ihres Hauses zwingt, ohne ihnen jedoch eine neue Unterkunft bereitzustellen.

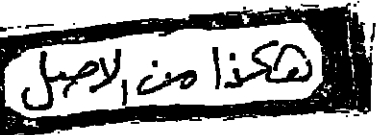
### Flick geht in die Berufung

AP, Düsseldorf

Der Flick-Konzern hat Berufung gegen das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts über die Zulässigkeit der Rücknahme einer Steuervergünstigung durch das Bundeswirtschaftsministerium eingeleitet. Der Sprecher des Konzerns, Manfred Kiesewetter, erklärte, das Unternehmen sei nach wie vor überzeugt, die Steuervergünstigung zu Recht erhalten zu haben.

Das Verwaltungsgericht hatte im Mai entschieden, daß das Wirtschaftsministerium eine Flick gewährte Steuervergünstigung für den Kauf eines Aktienpakets des US-Mischkonzerns Grace im Jahr 1976 in Höhe von 290 Millionen Mark zu Recht widerrufen habe. Flick habe, als er die notwendige Bescheinigung beantragte, in wesentlichen Teilen „unrichtige beziehungsweise unvollständige Angaben“ gemacht. Die nachträgliche Rücknahme einer weiteren Steuervergünstigung an Flick in Höhe von 500 Millionen Mark hatte das Gericht dagegen aufgehoben.

DIE WELT (ISSN 0259-9899) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage paid at Englewood Cliffs, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.





Von HEINZ BARTH

# Sozialismus im Sog bürgerlichen Wohlstands

Offt wird der rote Teppich ausgelegt. Ebenso oft ertönt die Königshymne und tritt die sozialistische Riege der Regierung Felipe Gonzalez in Reih und Glied auf dem Madrider Flughafen an, um König Juan Carlos und Königin Sofia gebührend zu verabschieden, wenn sie auf Staatsbesuch ins Ausland fliegen und von dort zurückkehren - Luxemburg und kleinere Bananen-Republiken nicht ausgenommen.

Die Sozialisten sind in der Wahlkampagne von 1982 versprochen hatte, wird er nicht ausweichen können.

Ob dies der Popularität des Charismatikers Felipe Gonzalez nicht schadet? Nächstes Jahr muß er sich Wahlen stellen. Auch einem Volksscheid über den Verbleib Spaniens in der NATO, den er seiner Gefolgschaft in der Wahlkampagne von 1982 versprochen hatte, wird er nicht ausweichen können.

Wohl kommt er dem Parteitag seiner PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei) mit dem Argument, anders sei die Aufnahme in den Gemeinsamen Markt nicht zu erreichen, der radikale Kurswechsel in der Frage der NATO-Mitgliedschaft sei unvermeidlich.

Aber das Unbehagen darüber sitzt tief bei den Massen, die häufig mit NATO-feindlichen Transparenten demonstrieren. Es ist ein Unbehagen, das sich auch auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik erstreckt. Der Sozialismus tritt im Dinner-Jacket auf und hat sich royalistische Allüren zugelegt - so protestieren nicht nur die

kommunistischen „Comisiones Obreras“, die stärkste Gewerkschaft.

Sogar die sozialistische Gewerkschaft UGT beghnt sich neuerdings von dem Pragmatiker Felipe Gonzalez zu distanzieren, der unter ihrem Druck seinen Wirtschaftsminister Boyer und Teile von dessen marktwirtschaftlichem Kurs opfern mußte.

## Auch die „Revolution der Nelken“ ist verwelkt

Einige Erfolge im Kampf gegen die Inflation gingen auf Kosten einer zunehmenden Arbeitslosigkeit, die bewirkte, daß die beiden großen Gewerkschaften nach Jahren bitterer Fehde einander näherrücken.

Selbst über den Versuch, die liberale Wirtschaftspolitik durch eine sozialistische Schulreform zu kompensieren, verlor die Regierung Stimmen, weil viele Frauen des linken Bürgertums gegen die Verstärkung des privaten Erziehungssystems auf die Straße gingen.

Der regierende Sozialismus hat sich von der Basis entfernt, die Revolutionäres von ihm erwartet hatte. Es ist so gut wie sicher, daß der RIR, der sich aufgetan hat, ihn bei der Wahl im

kommenden Jahr die absolute Mehrheit, wenn nicht mehr, kosten wird. Doch das ist keine ausschließlich spanische, es ist eine allgemeine Erscheinung im Bereich des latein-europäischen Sozialismus.

Nicht nur in Spanien ist Bewegung in die Politik der Linken geraten. Die „Revolution der Nelken“ ist verwelkt, die vor einem Jahrzehnt die Portugiesen berauschte. Seit im Juni die Koalition zwischen den Sozialisten und den eher als Gruppierung der Mitte einzustufenden Sozialdemokraten zerbrach, ist es fraglich geworden, ob die Partei von Ministerpräsident Mario Soares bei den vorgezogenen Wahlen im Oktober noch Aussichten besitzt, den nächsten Regierungschef zu stellen.

Soares will im Januar für das Amt des Staatsoberhauptes kandidieren. Almeida Santos, sein Nachfolger an der Spitze der Sozialisten, fand nicht die einmütige Unterstützung der Parteigremien. Das verbessert seine Chancen nicht, daß die Sozialisten im Oktober noch einmal mit 94 von 250 Sitzen als stärkste Partei in das Lissaboner Parlament zurückkehren werden.

Angesichts der Zersplitterung auf

der Linken, die ein Bündnis von Sozialisten und KP ausschließt, ist kaum damit zu rechnen, daß aus den Wahlen eine regierungsfähige Mehrheit hervorgeht. Ein Bündnis mit den Christdemokraten, das die meisten Sozialdemokraten anstreben, dürfte es nicht auf eine ausreichende Zahl der Mandate bringen.

So wird viel darauf ankommen, wie die junge Demokratische Erneuerungspartei des ausscheidenden Staatspräsidenten Ramalho Eanes abschneidet. Für diese noch unferne, der linken Mitte zuzurechnende Formation kommt die Wahl so früh, daß dem tiefverschuldeten Portugal, das sich mit den Kommunalwahlen in den nächsten Monaten drei Urnengänge leistet, vielleicht zur Mehrheitsbildung noch eine vierte Wahl abverlangt wird.

In jedem Fall ist der Sozialismus des 25. April, der die Zukunft des Landes auf lange Zeit zu bestimmen schien, in wenig mehr als einem Jahrzehnt in sich zerfallen.

Nicht um ein Haar verlockender präsentiert sich in Frankreich die Zukunft für François Mitterrand. Die Volksfront, die er im Mai 1981 als Stütze erkoren hatte, zerbrach vor über einem Jahr. Seine alte Fehde mit

der KPF steigerte sich zu unverwundlicher Feindschaft, als er den Technokraten Fabius und nicht den Links-Ideologen Jospin zu seinem Regierungschef machte.

Wie die Rivalität zwischen den beiden Erben Mitterrands zeigt, führte das Ausscheiden der KPF aus der Koalition nicht dazu, daß die französischen Sozialisten die Reihen fester schlossen.

## Mitterrand schließt eine neue Volksfront aus

Die Gefolgschaft Jospins wirft Fabius eine Öffnung zur bürgerlichen Mitte vor. Bisher hat Mitterrand zu dieser Kontroverse noch nicht das entscheidende Wort gesprochen. Es ist aber zu erkennen, daß er den Rückweg zur Volksfront für versperrt hält.

Wohl darum ist bei den Sozialisten, denen die Umfragen nur noch weniger als 30 Prozent der Stimmen zubilligen, eine Diskussion über die Wiedereinführung des Verhältniswahlrechtes entbrannt. Sie würde für Mitterrand, dessen Amtszeit erst 1988 ausläuft, nach einer sozialistischen

Niederlage bei der Parlamentswahl des nächsten Jahres die Möglichkeit offenhalten, sich auf die Kräfte der linken Mitte zu stützen.

Das Stichwort, das die Situation zwei Jahre vor Ende der Amtszeit Mitterrands kennzeichnet, heißt „Recentrage“. Der Staatspräsident hofft, durch eine Schein-Neutralität im Zwist Fabius-Jospin die Basis seiner Partei so breit zu halten, wie es unter den gegebenen Umständen eben noch möglich ist. Immerhin gibt es bei der französischen KP eine Gruppe, die sich von Marchais nicht in das post-stalinistische Getto einkerkern lassen möchte.

Bei den Sozialisten Frankreichs hat wie bei denen Spaniens und Portugals der Einbruch der verbürgerlichten Wohlstandsgesellschaft ins marxistische Lager seine Spuren hinterlassen.

Mehr als durch Zersplitterung ist diese Tendenz überall durch innere Zersetzung gekennzeichnet. Die einzige Ausnahme im latein-europäischen Bereich bildet der Sozialismus auf italienisch. Er ist unter der Führung des attraktiven Bettino Craxi zwischen den beiden Machtblöcken von christlicher Demokratie und Kommunismus so klein geblieben, daß er Vertrauen einflößt - nicht als Sammelbecken, aber als Magnet der politischen Mäßigung und Vernunft.

Kommen Sie nach vorn. Zur Mercedes-Kompaktklasse.

# Starke Anziehungskraft.



## Ein Vergnügen für Sie. Mit dem 190er.

Die ausgeprägte Dynamik ist es, die immer mehr Autofahrer zum 190er führt. Handliche Beweglichkeit, richtungweisende Fahreigenschaften, der Spaß am sicheren Fahren - und nicht zuletzt die Freude an der markanten Linie mit dem Strömungsheck, die zum Symbol für echten Fortschritt geworden ist. Aber wirkliche Kompetenz und langfristiger Erfolg kommen nicht von

allein. Die Kompaktklasse von Mercedes repräsentiert umfassende Spitzentechnik: Verbrauchswerte, die klar unter 10 Litern bleiben, auch wenn Sie engagiert gefahren sind. Vorbildliche Laufkultur auch bei den Dieseln durch die vollständige Triebwerk-Kapselung. Das hohe Maß an Sicherheit zum Beispiel durch Panoramawischer oder die elektronischen Gurtstraffer an den Vordersitzen. Und was kann attraktiver sein, als zum Fahrvergnügen auch noch die Gewisheit zu haben, sicherzugehen. Für

Jahre. Denn jeder 190er besitzt die volle Mercedes-Wertschubstanz und -Zuverlässigkeit. So ist auch der hohe Wiederverkaufswert Teil seiner Anziehungskraft - schon bevor man seine Anziehungskraft zum erstenmal testet. Eine Probefahrt ist der beste Weg zum Kennenlernen - auf lange intensive Partnerschaft.

Ich bin an einer Probefahrt interessiert und erwarte einen Terminvorschlag.  
Senden Sie mir vorab Prospektmaterial. Informieren Sie mich über Mercedes-Leasing.  
Name: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_  
Bitte senden Sie diesen Coupon an:  
Daimler-Benz AG, Abteilung VOL/VP-F  
Postfach 202, 7000 Stuttgart 60



Mercedes-Benz.  
Ihr guter Stern auf allen Straßen.





Mehr als zwei Millionen Dollar wollen amerikanische Techniker jetzt investieren, um herauszufinden, wie sich Kohlenstaub

zum Betrieb von Dieselmotoren verwenden läßt. Die energiepolitische Bedeutung des neuen Forschungsprojekts ist enorm:

Wer die Materialprobleme als erster in den Griff bekommt, kann sich weltweit eine „goldene Nase“ verdienen.

# Wenn Heizer „flüssige Kohle“ bunkern

In den Vereinigten Staaten unternimmt die Maschinenbauindustrie einen neuen Anlauf zur Einsparung von Dieselöl

Von ARNO NÖLDECHEN

Die Entwicklungsgenieure von General Electric, die vom US-Energieministerium (Department of Energy) unterstützt werden, bleiben nun zwei Jahre, um anhand von Voruntersuchungen und Tests die Durchführbarkeit des Verfahrens nachzuweisen. Ob dieser relativ hohe Forschungsaufwand sich rentiert, wagt heute noch niemand vorzusagen.

Dollar. Mit der heimischen Kohle errechneten die Techniker Kostenreduzierungen um die Hälfte. Langfristig, bei steigenden Rohölpreisen, können die Einsparungen noch größer werden. Das beflügelt natürlich Maschinenbauer und Energiepolitiker, einen neuen Anlauf zur Nutzung von Kohle als Dieselmotor-Kraftstoff zu wagen. Die Reduzierung von Transportkosten dürfte erheblich sein, weil Kohle in großen Mengen und teilweise auch billiger als Öl zur Verfügung steht.

„flüssige Kohle“, also mit Wasser aufgeschlämmt, eingesetzt werden. Tenside oder andere Zusätze können die Flüssigmischung gleitfähig und auch weniger abrasiv machen, wobei das Wasser aber während des Verbrennungsvorgangs im Zylinder „beherzt“ werden muß. Die einzusetzenden Metalle müssen auch mit dem Wasseranteil fertig werden können.

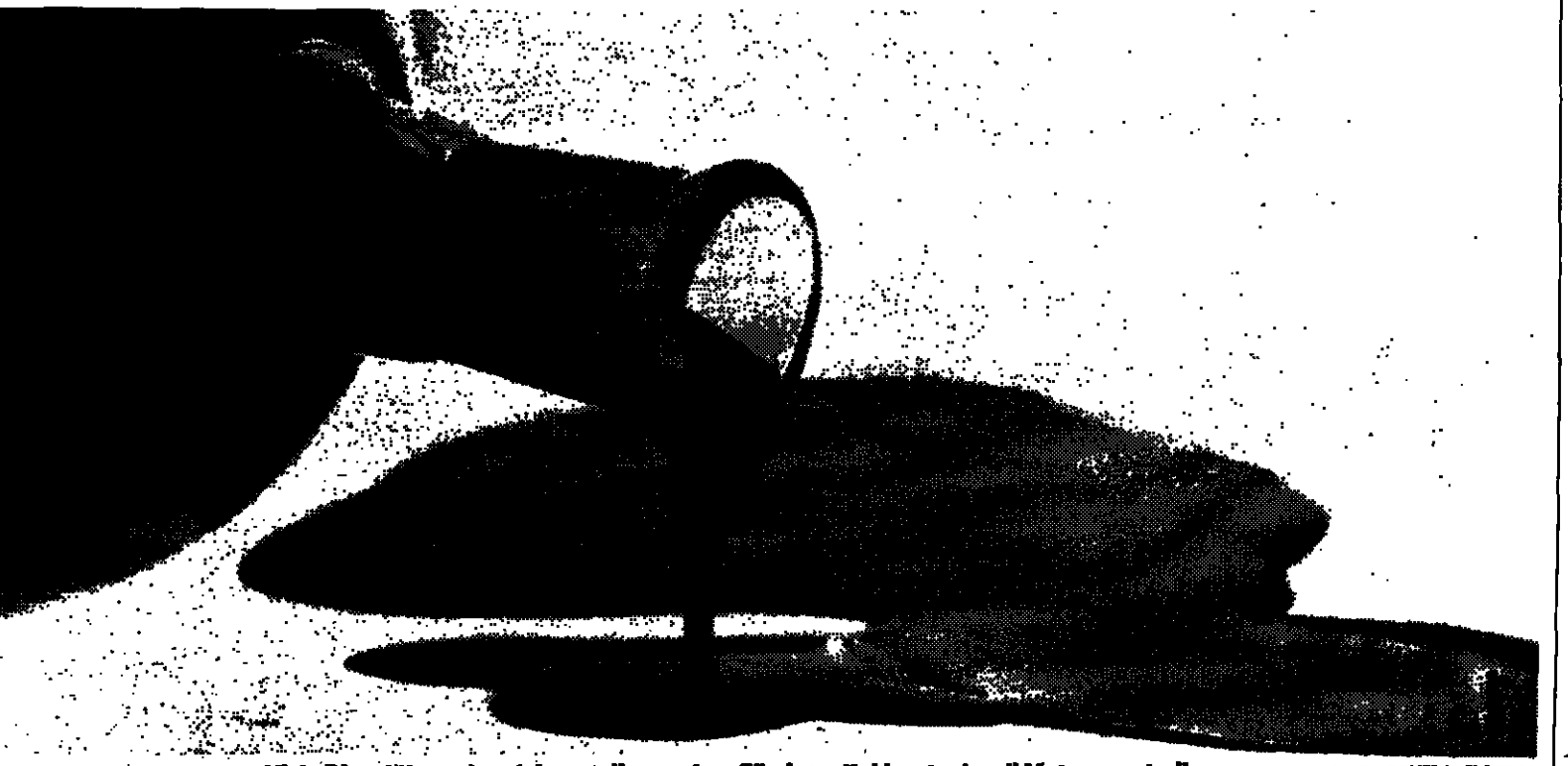
Temperaturen um 500° C auch sicher zündet. Je nach der Korngröße der Kohlenstoff-Partikel könnte es sogar nötig sein, zusätzlich Sauerstoff zuzugeben oder mit einem höheren Luftanteil zu operieren. An dieser Frage hängt damit auch die Ausgestaltung der Brennräume. Trotz vielfältiger Erfahrungen beim Bau verschiedener Dieselmotoren betreten die Entwicklungsgenieure hier Neuland.

Ähnliche Versuche vor gut achtzig Jahren scheiterten, weil sich die werkstoff- und verfahrenstechnischen Probleme nicht meistern ließen. Die Techniker hatten damals wegen der Probleme einen Umweg empfohlen: Vergasung oder Verflüssigung der Kohle. Dieser Weg hat aber noch nicht zu konkurrenzfähigen Kosten mit natürlichen Öl- oder Gasquellen geführt.

Die technologischen Hürden sind allerdings höher, als man gemeinhin annimmt. Das fängt bei der Kohle an und endet bei der Konstruktion von Motoren und Einspritz-Aggregaten. Kohlenstaub wirkt wegen seiner kristallinen Struktur, auch wenn er noch so fein vermahlen wird, wie Sand in einem Sandstrahlgebläse.

Ganz andere, konstruktive Lösungen sind jedoch wegen der kristallinen Kohle und des Wasseranteils bei den Pump- und Einspritzdüsen erforderlich. Sie dürfen nicht zu schnell verschleifen. Der Ersatzkraftstoff muß so fein in den Motorenraum gespritzt werden, daß er bei

Bei General Electric wird daher auch zugegeben, daß die Problemlösungen in erster Linie in den zu verwendenden Werkstoffen oder in den Metalllegierungen gesucht werden. Das können zum einen hochfeste Metalle mit Titanbeigaben oder aber auch keramische Werkstoffe sein, die gegenüber den abrasiven und korrosiven Eigenschaften von Kohlenstaub vielleicht beständiger sind.



Nicht Dieselöl, sondern feinverteilter und verflüssigter Kohlenstaub soll Motoren antreiben.

FOTO: GENERAL ELECTRIC

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/70 41, Telex 8 85 714

### Neue technische Lösungen

Sehr geehrte Damen und Herren, in Ihrer Ausgabe vom 14. Juni 1985 las ich den Bericht „In Moskau AN-124 nur westliche Technologie“ von C. Graf Brockdorff.

Der Verfasser erklärt, die AN-124 sei so etwas wie ein Spiegelbild der amerikanischen C-5 „Galaxy“. Das stimmt nicht. Tatsächlich wurden bei der AN-124 grundsätzlich neue technische Lösungen gefunden. Hier einige davon:

- Dicker superkritischer Tragflügel mit großer Streckung und originalem Profil (wurde am Schukowski-Zentralinstitut für Aerodynamik in Moskau entwickelt);
- vierkanaliges elektronisches Fernsteuersystem mit automatischer Sicherung der Flugzeugstabilität (durch dieses System wurde bereits die Aufgabe der automatischen Steuerung mit Seitensteuerknüppel gelöst. Im Westen wird ein ähnliches System erst entwickelt und soll bei dem französisch-deutschen Flugzeug A 320 verwendet werden);
- Mehrbein-Hauptfahrwerk und Zweibein-Bugfahrwerk mit hydromechanischem System, wodurch das Flugzeug beim Verladen und Ausladen „einen Knick machen“ kann. Wegfall des unbequemen „Krabbe-Systems“. Dem Amerikaner bereitet dieses Problem, wie der Chefkonstrukteur der C-5A, Robert Ormsby, erklärte, große Schwierigkeiten;
- hochleistungsfähige Bordanlage zum Verladen und Ausladen mit einer Tragfähigkeit von 20 Tonnen. So etwas hat kein einziger westlicher Transporter;
- Verwendung von Großmaß-Halbfabriken, 28 Meter langen Flügelplatten mit Randbogen, vollgepressten Spannten usw. Dadurch war es unter anderem möglich, auf einige hunderttausend Bolzen zu verzichten. Solche Teile werden mit Superpress hergestellt. Eine Presse dieser Art verkaufte übrigens die UdSSR vor nicht allzu langer Zeit an Frankreich;
- großtägige Verwendung von Verbundwerkstoffen: 5,5 Tonnen je Flugzeug. Das ist bedeutend mehr als bei den jüngsten westlichen Flugzeugen und fehlt ganz bei der C-5A;
- Hochleistungsfähige Mantelstromturbinen D18T des Konstrukteurs Lotarew mit Zweikreisgrad 5,7:1, wodurch sie sich sowohl von TG-93-Triebwerken, wie sie auf der C-5A stehen, als auch von den Triebwerken

moderner westlicher Airbuse unterscheiden.

Unsere AN-124 ist für den Transport sperriger Frachten in schwer zugängliche Gebiete Sibiriens und des hohen Nordens im Stadium ihrer Erschließung bestimmt. Sie soll vor allem auf provisorischen Flugplätzen landen. Wir waren deshalb der Meinung, daß für eine Zwei-Mann-Besatzung die Bedienung eines solchen Flugzeugs fern von gut ausgebauten Flughäfen mit zu großen Schwierigkeiten verbunden sein wird.

In unserer neuen Maschine gibt es rein nichts von westlicher Technologie. In bezug auf Aerodynamik, Konstruktion, Systeme und Ausstattungen ist die AN-124 ein Originalmuster der sowjetischen Technik. Und nach der Tragfähigkeit, Flugweite, Wirtschaftlichkeit und ihren Abmessungen übertrifft sie alle Flugzeuge der Welt.

Hochachtungsvoll Viktor Tolmatschow, stellvertretender Chefkonstrukteur des Konstruktionsbüros O. K. Antonow, UdSSR, 252115, Kiew 115.

Die WELT befindet sich in Übereinstimmung mit der westlichen Fachwelt, die bemerkt, daß die AN-124 der Lockheed C-5 „Galaxy“ nachempfunden (WELT Nr. 136, 14. 6. 1985) sei. Darin scheint System zu liegen. Die sowjetische Überschallmaschine TU-144 wurde wegen ihrer verblüffenden Ähnlichkeit mit der britisch-französischen „Concorde“ als „Concordsky“ bekannt.

Automatische Flugstabilität wurde im Westen vor mehr als einem Jahrzehnt entwickelt, z. B. für die Kampfzeuge Tornado und F-16. Letztere besitzt einen Seitensteuerknüppel mit dem die AN-124 nicht ausgerüstet ist, jedenfalls nicht die auf dem Pariser Salon vorgeführte Maschine. Der Generalbundesanwalt ermittelt in einem Fall, in dem der Verdacht besteht, daß die elektronische Avionik-Elemente des Tornado durch Industriespionage der Sowjetunion bekannt geworden sind.

Die Entwicklung hochleistungsfähiger Fan-Triebwerke dauert viele Jahre, wie Viktor Tolmatschow zutreffend feststellt. Rolls-Royce ging wegen der Entwicklung des RB-311-Triebwerks, wie die WELT erörterte, beinahe in die Knie. Die Sowjetunion bemühte sich vergeblich, Münster-

### Inskription

„Die Leserschaft von Moskau werden informiert“: WELT vom 8. August

Sehr geehrter Herr Strüben, zu Ihrem bemerkenswerten Aufsatz hier eine bemerkenswerte Inskription an der Mauer am Griebnitzsee (nicht weit von der sogenannten „Friedensbrücke“ am Glienicker See): Sehr nur immer richtig hin. Dank Brandt, Bahr und Co. sind wir bald alle drin.

Ich wundere mich eigentlich sehr, daß die Journalisten solche Stellen nicht aufsuchen und sie fotografieren. Aber da müßten diese Herren ja ein paar Schritte laufen, noch dazu durch unebenen Wald und Gestrüpp.

C. Bergmann, St. Georgen

### Tierversuche

„Tierversuche unangenehm“: WELT vom 12. August

Sehr geehrte Damen und Herren, jetzt geht es wieder los: diesmal schlägt die Industrie zurück. Ich bin im wahrsten Sinn des Wortes entsetzt über soviel Unverschämtheit. Um den Kranken zu helfen, sind Tierversuche nötig – so ein Schwindel!

Zu meinem Bekanntheitsgrad gehören ein Professor mit Lehrauftrag ein Internist und ein Arzt für Allgemeinmedizin. Alle drei sind der gleichen Meinung wie ich: Wir haben genug. Leider sind die „Roten Listen“ der Allgemeintheit nicht zugänglich. Dort würde auch ein Laie feststellen können, daß oft nur der Name anders ist.

### Wort des Tages

„Von allen Sorgen, die ich mir machte, sind die meisten nicht eingetroffen.“

Sven Hedin; schwed. Forschungsreisender (1863-1952)

während die Zusammensetzung gleich ist.

Ich nehme zum Beispiel Medikamente, die ich einmal, 1969 oder 1971, verordnet bekam. Sie helfen mir! Folgepräparate, die ich dann und wann einmal zum „Ausprobieren“ verordnet bekommen habe, brachten keine neuen Erkenntnisse. Der Erfolg in der Zusammenarbeit mit den o. g. Medizinern bezüglich des „Ausprobierens“ war der, das man im Herbst vergangenen Jahres die arztzeitigen Apotheken (ich meine, die zur Verfügung gestellten Medikamente der „Arztbesucher“) Kollegen oder dem Deutschen Roten Kreuz zur Weiterleitung nach Polen zur Verfügung stellte, um einmal die Schränke gründlich räumen zu können.

Mit freundlichen Grüßen J. F. Pivonka, Bodman-Ludwigshafen

### Es tut gut

Wie Friedensaktivitäten immer Unfrieden stiften“: WELT vom 8. August

Sehr geehrter Herr Bading, ich muß mich für Ihren Artikel vom 8. August herzlich bedanken. Ich bin Sprecher und Heimatreisungsvertrauensmann der Hindenburg- und Vorsitzender des Vertretungsausschusses Hindenburg OS, bei der Patentsatz Essen.

Wenn man täglich den übelsten Beschimpfungen ausgesetzt ist, wie „ewig Gestrige“, „Illusionisten“, „Un-einsichtige“, „Revanchisten“, „Friedensfeinde“, „laute Krieger“ und ähnliches mehr, und jetzt erst nach unserem 17. Hindenburg Patentschaftstreffen in der Patentsatz Essen, tut es gut, auch einmal armen-tend auf die Schulter geklopft zu werden!

Ein Bericht von dpa wurde von allen Zeitungen einfach übernommen.

Es ist einfach falsch, zu behaupten, der Protest sei durch die aus der Rede des Herrn Bundespräsidenten zitierte Gewaltverweigerung ausgelöst worden. Man erweckt hier den Eindruck, die Hindenburg sind für Gewalt.

Erst die Bemerkungen, Adenauers Versöhnungsbemühungen nach Westen seien von den Sozialdemokraten nach Osten in den 60er Jahren durch Brandt fortgesetzt worden, Bemerkungen über das Schlesieretreffen mit Kohl in Hannover und die Mtho-Auslegungen lösten Protest aus. Einigen wenigen Proteststernern brachten dann die Sicherungen durch. Was hat das alles mit unserer Patentschaft zu tun, mit unserer Feiertags- und unserer Wiedersehen? Eine Patentschaft ist kein Politikum,

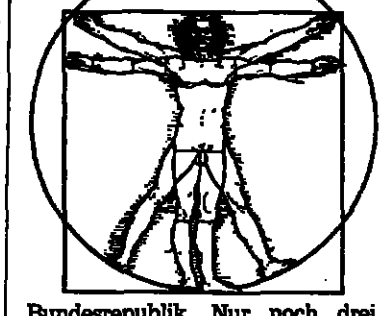
## NOTIZEN

### Umweltforschung

Stuttgart (dg) - Eine Bilanz gezielter Umweltforschung stellt das baden-württembergische Umweltministerium mit seinem „Forschungsreport II“ der Öffentlichkeit vor. Auf 220 Seiten werden Ergebnisse und Zwischenergebnisse von über 100 Forschungsprojekten dokumentiert, die das Land mit gegenwärtig rund 21 Milliarden Mark jährlich finanziert. Durch die Publikation sollen Informationsfluß und wissenschaftliche Diskussion gefördert wie auch Ämter und Dienststellen über die neuesten Forschungsergebnisse unterrichtet werden.

### Droht ein Artensterben?

München (DW) - Ein Massensterben von Arten befürchtet der Staatssekretär im Bayerischen Umweltministerium, Max Fischer, in den nächsten Jahrzehnten in der



Bundesrepublik. Nur noch drei Prozent der Gesamtfläche befinden sich in einem natürlichen oder naturnahen Zustand. Schon jetzt, so Fischer, sterben jährlich 80 bis 90 heimische Tierarten aus. Das Verschwinden einer einzigen Pflanzenart kann dabei wegen der ökologischen Zusammenhänge bis zu zehn Tierarten bedrohen.

### Naturnahe Wege

Nidda (dg) - Neue Methoden des landwirtschaftlichen Wirtschaftswegebau werden in Hessen erprobt. Anstatt einer geschlossenen Asphaltdecke wurden in ersten Pilotprojekten des Landwirtschaftsministeriums gespürte oder gittersteinbefestigte Wirtschaftswege angelegt, mit denen der Umfang der versiegelten Fläche auf 60 Prozent gesenkt und die Versickerungsfähigkeit des Wassers erhöht werden konnte. Die Befestigung mit gelochten Betonsteinen erwies sich als die zwar teuerste, aber auch belastbarste Wegebefestigung unter den landschaftschonenden Methoden.



Heizkraftwerk mit Kühltürmen im Kanton Wollis. FOTO: ROLAND SCHNEIDER

## Anreize für Verursacher

Wie die Schweizer ihre Luftqualität verbessern wollen

Von AXEL LOHR

Eine wohl durchdachte Initiative der Schweizer Arbeitsgruppe PLENAR (Planung-Energie-Architektur) läßt aufhorchen: Die Aktion schlägt eine „Mobilmachung für saubere Luft“ vor mit dem Ziel, Sofortmaßnahmen zur Reduktion der Luftbelastung aus Schadstoffen auf Werte von 1950 einzuleiten.

Aus der Erkenntnis heraus, daß sich mit einfachen, normativen Festlegungen zur Erzeugung einer bestimmten Luftqualität (z. B. durch die obere Begrenzung eines Emissionspegels) keinesfalls deren Optimierung erzielen läßt, sollen innerhalb der nächsten zehn Jahre die Zielwerte für die Luftqualität nach den technisch erreichbaren Tiefstwerten festgelegt und dem Stand der technischen Entwicklung fortlaufend angepaßt werden. Aus diesem Prinzip können wirtschaftliche Anreize entstehen, während das Vorschreiben von Höchstwerten stets nur als wirtschaftliche Belastung empfunden wird. Obwohl in der Schweiz seit Januar 1985 das Umweltschutzgesetz in Kraft ist, würden ohne Sofortmaßnahmen und nur im Vertrauen auf selbstregulierende Wirkungsmechanismen noch Jahre vergehen, bis die Umwelt spürbar von Schadstoffen entlastet wird.

### Kein staatlicher Eingriff

Dazu organisieren sich die Verursacher von Umweltbelastungen durch Schadstoffe und Wärme in drei Wirtschaftsbereichen: Wärme (Haus-, Gewerbe- und Industrieheizungen), Motoren (Verbrennungsmotoren von Luft-, Wasser- und Landfahrzeugen) und Elektrizität. Innerhalb der drei Bereiche werden analoge Mechanismen für Abgaben, Investitionsförderung und Abgabebefreiung geschaffen. Jeder Bereich bildet und verwaltet deshalb einen eigenen Fonds, wobei Mittel aus den Abgaben eines Bereichs nur zur Förderung im gleichen Bereich verwendet werden dürfen.

Der Staat garantiert die drei Fonds, damit sie zusätzlich am Kapitalmarkt Anleihen zu günstigen Konditionen aufnehmen können. Von der Abgabepflicht wird befreit, wer beweisen kann, daß er die technisch erreichbaren Tiefstwerte erfüllt. Luftverschmutzer können sich somit nicht mehr durch Abgaben freikaufen.

Die Broschüre „Mobilmachung für saubere Luft“ kann gegen Einsendung von vier DM in Briefmarken bei dem PLENAR-Mitglied Prof. Peter Steiger, Petersenstraße 15, 6100 Darmstadt, angefordert werden.

### Einsicht wird belohnt

Ziel der Aktion ist es, „diesen Prozeß mit marktwirtschaftlichen Anreizen und unter Berücksichtigung der sozialen Kosten weitgehend teuerneutral, ohne Vergrößerung des staatlichen Verwaltungsapparates, aber unter Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Gang zu bringen“. Nach dem Verursacherprinzip soll der Prozeß durch ein Finanzie-

## Personalien

### GEBURTSTAGE

Professor Arthur Grüber, von 1963 bis 1976 Generalmusikdirektor am Badischen Staatstheater und (bis 1978) Lehrer der Dirigentenklasse an der Badischen Hochschule für Musik in Karlsruhe, feiert morgen in Waldbrunn (Baden-Württemberg) seinen 75. Geburtstag.

Lehrer des besonders zeitgenössischer Musik gegenüber aufgeschlossenem gebürtigen Essener waren Ludwig Weber, Hermann Abendroth und Walter Brannfels, dessen Oper „Die Vögel“ er 1971 in Karlsruhe für die Bühne neu entdeckte. Seine Dirigentenlaufbahn führte Grüber zunächst von Frankfurt am Main über Wuppertal zum Deutschen Opernhaus in Berlin (1939-1944). Nach der Kriegsgefangenschaft betraf Günter Remmert den damals 36-jährigen Dirigenten 1947 zum musikalischen Oberleiter der Staatsoper Hamburg. Dort wurde 1948 Grübers musikalische Komödie „Trotz wider Trotz“ uraufgeführt. Danach ging er an die Komische Oper in Ost-Berlin und nach Braunschweig, wo er bis 1963 als Generalmusikdirektor tätig war, ehe er ins Badische überwechselte. In der Oper ebenso wie in Sinfoniekonzerten brachte Grüber mehrere Ur- und Erstaufführungen heraus: so „König Parnass“ von Michael Tippett (1963), „Die Heimkehr des Odysseus“ von Claudio Monteverdi, „Kaiser Jovian“ von Rudolf Kelterborn (1967), „Dybuk“ (1970) und „Celestina“ von Karlheinz Füssli (1975).

### AUSZEICHNUNG

Der Münchner Komponist Stephan Wunderlich erhält den 15000 Mark dotierten Karl-Schulka-Preis des Südwestfunks Baden-Baden für sein Hörspiel „Tagesproduktion“. Der Preis wird am 19. Oktober bei den Donauschinger Musiktagen übergeben. Wunderlich, 1952 in Nürnberg geboren, studierte Musik in Würzburg, Stuttgart und München, gab Klavierabende und Konzerte und beschäftigte sich mit Instrumentenbau. Seine seit 1970 entstandenen Kompositionen wurden bei zahlreichen Festivals aufgeführt.

### UNIVERSITÄT

Der außerplanmäßige Professor für Physikalische Chemie, Dr. Joachim Heitmann, hat einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Physikalische Chemie und gleichzeitig die Berufung zum Leiter des Instituts für Physikalische Chemie an der privaten Universität Witten/Herdecke erhalten. Heitmann, 1940 in Bingen geboren, studierte nach einem Instrumentenbau an der Bonner Universität Physik. 1968 erhielt er den Grad eines Diplom-Physikers und wechselte dann zur Physikalischen Chemie über und promovierte 1970 mit einem elektronischen Thema. In seine anschließende Assistenzzeit am Institut für Physikalische Chemie fiel auch 1976 ein Forschungsaufenthalt in Cleveland/USA. 1978 folgte die Habilitation im Fach Physikalische Chemie und 1981 wurde er zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Professor Dr. Gerhard Richter, außerplanmäßiger Professor für Theologie an der Universität Erlangen-Nürnberg, feierte seinen 70. Geburtstag. Von 1961 an war er zunächst Privatdozent, seit 1970 außerplanmäßiger Professor für Kirchengeschichte, insbesondere für Theologie des christlichen Ostens an der Erlanger Fakultät und hat in den Jahren vor der Errichtung des Lehrstuhls Geschichte und Theologie des christlichen Ostens (1966) ganz allein dieses Fach an der Fakultät vertreten. Professor Richter, in Kostau in Oberschlesien geboren, legte am zweiten September 1939 in Breslau das Erste Theologische Examen ab. Er promovierte dann 1942 ebenfalls in Breslau während eines Heimaturlaubes und legte drei Tage später das Zweite Theologische Examen ab. Von 1944 bis 1953 war Richter dann in russischer Kriegsgefangenschaft. Nach seiner



TENNIS

Steffi Graf ein bißchen enttäuscht

An das ganz große Geld kommt Steffi Graf immer noch nicht heran: Im Finale des Tennis-Grand-Prix-Turniers in Mahwah scheiterte die 16jährige nach über zwei Stunden mit 4:8, 6:3, 4:6 an Kathy Rinaldi (USA). Ihr Trostpflaster: 13 000 Dollar. Die Siegerin kassierte immerhin das Doppelte. Aber nicht nur die Heidelbergerin verlor. Auch Claudia Kohde (Saarbrücken) an der Seite von Helena Sukova (CSSR) ging als 6:7, 3:6-Verliererin gegen die Wimbledonsegerin Jordan Smylie (USA/Australien) vom Platz.

„Es war ein langes und kraftraubendes Spiel, das schließlich die Glücklichere gewonnen hat“, meinte Steffi Graf nach dem Spiel. Die Entscheidung fiel, als sie beim Stand von 4:5 des letzten Satzes den eigenen Aufschlag nicht durchbringen konnte. Zwar klagte sie über einen Krampf im Oberschenkel, „aber das war letztlich nicht ausschlaggebend“.

„Ein wenig enttäuscht bin ich im Moment schon, denn ich war kurz vor dem Sieg“, sagte Steffi Graf. Dann aber fügt sie hinzu: „Insgesamt muß ich doch sehr zufrieden sein. Denn nach der langen Verletzungspause habe ich nicht damit gerechnet, so schnell wieder in Schwung zu kommen.“ Beim Urlaub auf Mallorca habe sie sich bei einem Sturz vom Moped eine Verletzung an der rechten Schlaghand zugezogen und sich anschließend beim Konditionstraining bei einem Waldlauf erneut den bereits zuvor lädierten linken Fuß umgeschlagen.

Für die in einer Woche beginnenden US-Open in Flushing Meadows ist der Titelverteidiger John McEnroe bestens gerüstet. Der Weltrennstärke erste besiegte bei den Offenen Meisterschaften von Kanada in Montreal Ivan Lendl (CSSR) mit 7:5, 6:3 ganz souverän. McEnroe: „Ich hatte niemals das Gefühl, verlieren zu können.“ Der Amerikaner verhielt sich diesmal vorbildlich, während Lendl eine Verwundung einstecken mußte. Im Schlüsselspiel des ersten Satzes protestierte Lendl lautstark gegen eine Entscheidung, drei Spiele später wählte er sich sogar weiterzuspielen, bevor ein an den Amerikaner gegebener Punkt nicht wiederholt würde. Die Folge für Lendl war: 500-Dollar Strafe.

LEICHTATHLETIK / Staffelläufer retteten das deutsche Team - vor hatten sie es eigentlich nicht

Sie dachten nicht an die Kollegen, sondern vielmehr an das eigene angekratzte Image

KLAUS BLUME, Moskau Sie hatten sich um die schwarze-goldene Fahne geschart und bildeten den Rest der deutschen Mannschaft beim Abschluß des Europacup-Finales in Moskau: Erwin Skamrah, Klaus Just, Harald Schmid, Ralf Lübke und Hartmut Weber. Vier von ihnen - Skamrah, Just, Schmid und Lübke - hatten mit ihrem Sieg in der abschließenden 4 x 400-m-Staffel den dritten Platz für die deutsche Herrenmannschaft gerettet. Denn bis zum letzten Wettbewerb lagen die deutschen Leichtathleten mit nur einem Punkt vor den Engländern auf dem dritten Rang. Es kam also mal wieder auf die 400-m-Läufer an.

„Dabei ging es uns weniger um den dritten Platz der Mannschaft, als um unser eigenes, angekratztes Image“, sagt Bundestrainer Manfred Kinder. Und Klaus Just aus Kornwestheim, der Hallen- und Vizeeuropameister über 400 m, meinte: „Ich habe erst zwei Minuten, bevor ich ins Stadion ging, erfahren, wie es um die Mannschaft stand, wie der Punktstand wirklich war. Aber da mußte ich schon an andere Dinge denken.“

Und so siegten sie denn in der deutschen Rekordzeit von 3:00,33 Minuten (zuvor: 3:00,51 1982 in Athen), bezwangen die „DDR“, die Engländer und auch Weltmeister Sowjetunion.

„Ich rechne es Lübke hoch an, sich gleich ohne Wenn und Aber für diese schwere Position zur Verfügung gestellt zu haben.“ Aber Lübke hatte freilich Angst vor diesem Rennen, vor allem vor der hektik der Stabübergabe im Start- und Zielraum. Und es kam, wie es bei einem großen Finale eben kommen kann: Harald Schmid, der Erfahrene, kam nach 45,10 Sekunden zu Fall. „Ich mußte mich ducken, ihr ahnt nicht, wer dann alles über mich gesegelt ist.“ Lübke blieb stehen, um dann - mit dem Stab in der Hand - endlich anzulaufen. 44,62 Sekunden wurden für ihn dennoch als Schlussläufer gestoppt. Zum Vergleich: Schönlebes Jahresweltbestzeit steht bei 44,62 Sekunden.

Harald Schmid, der sich die Schulter lädierte, sagte nur: „Ach was, der Erwin hat doch die Grundlage für den Sieg gelegt. Denn endlich hat er in der Staffel mal richtig hingelangt.“ Erwin Skamrah war als Startläufer eingesetzt worden und hatte nach 45,64 Sekunden als Erster den Stab an Klaus Just übergeben. Kinder: „Daß Skamrah in Moskau in der Staffel laufen würde, war nach seinem Stuttgarter Ergebnis nie die Frage. Als ich ihn aber in Moskau im Einzellauf sah und feststellte, wie ängstlich, zögernd er sich verhielt

SPORT-NACHRICHTEN

Becker und Kohde?

München (DW) - Vermutlich noch in diesem Jahr wollen Claudia Kohde und Wimbledonsteiger Boris Becker als Partner im Mixed-Doppel spielen. Das sagte Claudia Kohde in einem Interview mit der Illustrierten „Quick“.

Wechsel von Piquet

Düsseldorf (sid) - Durch den angekündigten Rücktritt von Niki Lauda kommt das Formel-1-Karussell in Schwung. Nelson Piquet aus Brasilien wechselt von Brabham-BMW zu Williams-Honda und ersetzt dort den Finnen Keke Rosberg, der wahrscheinlich Laudas Nachfolger bei McLaren wird.

Langer auf Platz 18

York (sid) - Golf-Profi Bernhard Langer (Anhausen) belegte beim internationalen Turnier im englischen York mit 282 Schlägen (71+73+65+78) nur den 18. Rang. Sieger wurde mit 274 Schlägen der Brit Sandy Lyle.

Heute Fußball-Bundesliga

Bonn (DW) - Bereits heute finden zwei Spiele des dritten Spieltages der Fußball-Bundesliga statt. Fortuna Düsseldorf - Eintracht Frankfurt und Waldhof Mannheim - VfL Bochum. Die Spiele beginnen um 20.00 Uhr.

Bein fällt lange aus

Köln (sid) - Uwe Bein, Mittelfeld-

spieler vom Fußball-Bundesligaklub 1. FC Köln, erlitt beim Spiel in Kaiserslautern eine schwere Knieverletzung und fällt für den Rest des Jahres aus. Er wird heute operiert.

Acatenango vor Abary

Gelsenkirchen (sg) - Derby-Sieger Acatenango mit Jockey Andrasz Tyclicki gewann auf der Galopprennbahn in Gelsenkirchen den Amal-Pokal vor seinem Stallgefährten Abary. Dritter wurde Mangelano vor Ordo. Acatenango steigerte seine Gesamtgewinnsumme auf 563 126 Mark.

ZAHLEN

GOLF Deutsche Mannschaftsmeisterschaft um den „Clubpokal“ von Deutschland: Klasse 1 in Stuttgart-Mönsheim: Endspiel Hubbehrath gegen Hamburg-Waldhöfer 9-3 Punkte (Vierer: 2:3, Einzel: 7:1). Spiel um den dritten Platz Brunschwiler - Hannover 10:2 (4:3). Absteiger Kronberg und Krefeld - Klasse II in Hubbehrath: Aufsteiger Hannu und Georghausen, Absteiger Berthel-Warmsee und München - Klasse III in Elmstedt: Aufsteiger Hamburg-Altenburg und Bad Nauheim, Absteiger Guttsch und Mannheim.

TENNIS

Bundesliga, vierter Spieltag, Gruppe A: Ravensburg - Neuss 1:8, Hamburg 6:4, Emswiler - Garmisch 8:4, Absteiger Kronberg und Krefeld - Klasse II in Hubbehrath: Aufsteiger Hannu und Georghausen, Absteiger Berthel-Warmsee und München - Klasse III in Elmstedt: Aufsteiger Hamburg-Altenburg und Bad Nauheim, Absteiger Guttsch und Mannheim.

GESCHWINDIGKEITEN

„a von 45“: 17, 21, 23, 30, 42, Zusatzzahl 14. (Ottone Gerwiltz)

FUSSBALL / Mit Rummenigge und Briegel?

Beckenbauer holt Meier

dpa, Düsseldorf „In Schweden schlagen wir zu, und in Moskau schauen wir mal.“ Getreu seiner Devise, wonach Freundschaftsspiele Aufschlüsse geben und Wettbewerbspiele zählen, sieht Franz Beckenbauer den Saisonstart der Fußball-Nationalmannschaft. Sein Augenmerk gilt dem 25. September, an dem die WM-Qualifikation für Mexiko in Stockholm endgültig perfekt gemacht werden soll.

Um am 28. August (17.00 Uhr MEZ) auch über den Testgegner im Bild zu sein, ließ Beckenbauer die UdSSR-Auswahl zuletzt beim 20. August Rumänien von Detmar Cramer beobachten. Da in der UdSSR die Saison auf vollen Touren läuft, glaubt Beckenbauer, wird es in Moskau „unheimlich schwer“.

reduziert wird, stehen erstmals seit dem 6:0 gegen Malta (im März in Saarbrücken) auch die bei italienischen Klubs spielenden Briegel und Rummenigge. Ob sie mitfliegen, steht noch nicht fest, da Verona und Inter Mailand am 28. August im Pokal beschäftigt sind. Auf den ersten Einsatz unter Beckenbauer darf der Bremer Norbert Meier hoffen, den der Teamchef bei seinem Amtsantritt „zu weckelig“ nannte. Meier: „Im Vergleich zum Vorjahr, als ich damals verletzt war, fühle ich mich jetzt völlig fit und voller Selbstvertrauen.“

Das Aufgebot: Tor: Schumacher, Stein - Abwehr: Augenthaler, Berthold, Brehme, Briegel, Förster, Hergel, Jacobs - Mittelfeld: Magath, Matthäus, Meier, Rahn, Thon - Angriff: Allofs, Litnarski, Mill, Rummenigge, Völler, Waas.

STANDPUNKT / Half der Heimvorteil - oder doch das Doping?

Auf der Haupttribüne schwang jemand tapfer eine „DDR“-Fahne. Um ihm herum saßen fast 60 000 Zuschauer im Moskauer Leninstadion untrübsinnig die sowjetische Nationalhymne. Das war, als die Europacup-Trophäe übergeben wurde - an die Damen- und auch an die Herrenmannschaft der Sowjetunion. Die „DDR“ als Titelverteidiger war geschlagen, sogar bei den Frauen. Die Bundesrepublik hatte bei den Herren den dritten Platz im letzten Wettbewerb retten können, die Frauen wurden nur Vorletzte.

Drei Tage vor dem Beginn der Serie der internationalen Sportfeste konnten sich dafür nur wenige deutsche Athleten empfehlen: Hindemiss-Sieger Patriz Ig, Hürdenlauf-Gewinner Harald Schmid, die 400-m-Läufer, die Langstreckler Thomas Wessinghage und Christoph Herle sowie Sprinter Ralf Lübke. Doch die Stars des Europacups kamen hauptsächlich aus anderen Ländern. Da war die bulgarische Hochspringerin Stefka Kostadinowa, die in nun 19 aufeinanderfolgenden Wettkämpfen jeweils eine große Leistung bot. In Moskau siegte sie mit 2,06 - das war nur ein Zentimeter weniger als die Weltrekordhöhe.

Rennen von der ersten bis zur letzten Runde durchstehen. Ein idealer Star für die großen internationalen Sportfeste.

Das gilt bei den Frauen auch für die in Südafrika geborene und für England laufende Zola Budd, die in Moskau über 3000 m das couragierte Rennen ihrer Laufbahn bot. Die Sowjetunion gewann den Europacup. Der Heimvorteil half. Denn wenn es mal nicht so klappte, gab es ein gnadenloses Pfeifenkonzert. So beim Dreisprung, als der frühere Europarekordler Igor Protosenko übertrafen von dem Engländer John Herbert geschlagen wurde.

Überhaupt die Engländer. Ihre Mannschaften bestehen längst nicht mehr aus brillanten Mittel- und Langstreckenläufern und aus dem Zehnkampfolympiasieger Daley Thompson. Die finanzielle Aufrüstung der

englischen Leichtathletik, vor einigen Jahren in die Wege geleitet, zählt sich. In Italien ist ähnliches zu beobachten. Man stützt sich nicht nur auf Alberto Tomba und die ebensolange Hochsprung-Weltrekordlerin Sara Simeoni.

Die Zeiten haben sich geändert. Die Wege zum Erfolg auch. Oder für die UdSSR doch nicht? Die Deutsche Presse Agentur (dpa) schrieb gestern: Je länger der 10. Europacup dauerte, desto heftiger kam die Mannschaft von Gastgeber UdSSR ins Gerede. Bis unter die Haarspitzen gedopt, aber fast nicht kontrolliert. Um diesen Verdacht kreisten viele Gespräche. Die Agentur zitiert dazu noch zwei Bundestrainer. Was ist doch mehr das Doping, das half, und nicht der Heimvorteil? Wer vermag das zu beweisen. KLAUS BLUME

Von Anfang an dabei (S): Bernhard Grzimek mit animalischen Gästen im Studio

Der Intendant, der den Terrier badete

Der Übergang zum Fernsehen war für mich nicht gerade aufregend. Mein - schwer aussprechender - Name war schon vorher in ganz Deutschland bekannt. Ich hatte in der zweitgrößten Illustrierten Deutschlands jede Woche seit Jahren einen Aufsatz über Tiere geschrieben. Auch seit Anfang der 30er Jahre kam regelmäßig der „Reichs Rundfunk“ in mein Haus in Berlin Ostern, wo ich mit Wölfen, einer Affenfamilie, Hunden Verhaltensforschung betrieb und wo nach der Zerstörung des Berliner Zoos auch einige der großen Menschenaffen lebten.

Im April 1945 entzog ich mich der Gefangenschaft. Ich vergrub meine Offiziersuniform und fuhr auf einem alten Fahrrad bis nach Frankfurt. Dabei kam ich immer wieder sehr gut bei Bauern unter, sobald sie merkten, daß ich „der Grzimek“ war.

Aber ich hatte dann in den 50er Jahren zunächst gar keine Lust, zum Fernsehen überzuwechseln. Ich hatte es schon bei meiner Rundreise durch amerikanische Zoos Anfang der 50er Jahre erlebt und war ganz und gar nicht davon begeistert. Der Zoodirektor von Chicago z. B. hatte wohl mit mir in seiner Wohnung Abendbrot gegessen, dann aber einfach das Zimmer verdundelt und das Fernsehen angestellt, ohne sich weiter mit mir zu unterhalten. Ich mußte zwei Stunden

lang amerikanisches Fernsehen über mich ergehen lassen. Ein anderer Zoodirektor führte bei einer Tagung aller Leiter von Tiergärten in Neapel einen Film vor, den er selbst für das Fernsehen in den USA hergestellt hatte. Er zeigte die Entwicklung des Kükens im Ei und nach dem Ausschlüpfen. Der Zoodirektor hatte sich aber nicht die Mühe gemacht, die Reklameunterbrechungen für Schulwische, Zigaretten, Autos und dergleichen herauszuschneiden, so selbstverständlich schienen ihm diese wohl. Wir waren alle recht peinlich berührt.

Auch der damalige Fernsehintendant war, so vermutete ich, nicht so gut auf mich zu sprechen. Als ich mit meinem Fahrrad auf der Flucht in Frankfurt ankam, hatten die Amerikaner gerade einen guten Freund von mir, einen Journalisten, zum Oberbürgermeister ernannt. Da ich gut Englisch sprach, mußte ich ihm helfen. Sie wollten mich sogar zum Polizeipräsidenten ernennen, was ich aber ablehnte.

In mein Geschäftszimmer kamen nun immer wieder Frankfurter, die um Beschäftigung baten. Als Schleisier und Berliner kannte ich sie nicht. Einem dieser Herren trug ich eine Beschäftigung auf, die ihn wohl ein wenig verblüffte: einen Foxterrier, den ich gerade dem amerikanischen Kommandanten mühsam beschafft



Wolfe vom Fernsehen gar nichts wissen: Bernhard Grzimek. FOTO: DPA

hätte, zu baden und zu entlausen. Dieser Herr war der spätere Fernsehintendant. Ich hatte auf meinen Reisen schon in Afrika, in den Vereinigten Staaten, in Japan, Moskau, Warschau, der Schweiz im Fernsehen reden müssen, und so tat ich es auch dann Mitte der 50er Jahre in Frankfurt. Die ersten Sendungen waren noch im alten, bescheidenen Funkhaus. Erst später siedelte das hessische Fernsehen in das riesige Parlamentsgebäude über, welches für den Bundestag gebaut worden war. Adenauer erreichte ja dann, daß die Bundesregierung sich statt dessen in Bonn auftrat.

Als Tierfreund und Zoodirektor brachte ich von Anfang an immer Tiere mit ins Fernsehen. Das gab oft unübliche Aufregung. Als mir Ratten entlaufen, sprangen die anwesenden Damen auf die Tiere. Einen zahnlosen, fast erwachsenen Löwen, den ich öfter im Auto mitnahm, ließ ich im Huthpark überraschend hinter einem Busch hervor unbewaffneten amerikanischen Soldaten entgegenlaufen, um deren Verhalten zu beobachten. Was tut man nicht alles der Forschung zuliebe. Ich habe von Anfang an bis heute meine Sendungen nicht nur gemacht, um die Tierfreunde zu unterhalten, sondern auch immer wieder das Ausrotten der Natur und der Tiere dargelegt. Dadurch habe ich mir bei Geschäftsleuten und Politikern manche Feinde gemacht, bin wütend angegriffen, beschimpft und vor Gericht verklagt worden.

Der „Spiegel“ hat einmal geschrieben, ich sei eine „Kassandra“, die immer wieder Betrübler verkinde. Damals habe ich geantwortet, die Redakteure hätten sich zu wenig über die griechische Sagenwelt unterrichtet. Kassandra ist eine Königstochter gewesen, der die Götter die Gabe verliehen hatten, die Zukunft richtig voraussagen zu können. Gleichzeitig hatten sie aber die junge Kassandra mit dem Fluch behaftet, daß für niemand glauben sollte. BERNHARD GRZIMEK Am 27. 8. erinnert sich Rudi Michel an seine erste bebilderte Fußballreportage

KRITIK

Schüsse auf den Eiermann

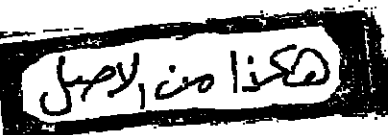
Schimanski ist wirklich nicht zu schelten: da bespricht er zu später Stunde mit dem Kollegen Thanner, wie entscheidend seine Zeugenaussage in einem Prozess am nächsten Morgen sein wird, als ihn eine Frauenstimme telefonisch um ein Treffen in einer Kneipe namens „Bumerang“ bittet. Namen es omen. Denn bald darauf sitzt der hilfsbereite Schimanski in einem einsamen „Haus im Wald“ fest, gemeinsam mit der hilfesuchenden Blondine, die ihn dorthin beschützt hat zwecks Nachforschungen über ihren verschwundenen Schriftsteller-Freund. Die beiden - so ja, und auch der nette Eiermann Franz, der gerade liefert - werden nämlich wüst beschossen, sobald sie die trügerische Idylle verlassen wollen. CORNELIA REISER

Bis zum Hafen und nicht weiter

Wenn Wolfgang Klein und Peter Mersberger neugierig durch die „andere Republik“ reisen, dann entdecken sie oft ein Stück Deutschland, das hierzulande kaum noch zu finden ist: Kopfsteinpflaster in Kleinstädten, Storchennester auf Bauernhöfen oder eben Hochzeitsbräuche in der Altmark, wie sie im letzten Beitrag der Sendung Deutsches aus der anderen Republik (ARD) vorgestellt wurden. Aber auch im Dorf Mieterhorst bei Magdeburg, wo einer der Lehren in einem jungen Schmied sozialistisch angehaucht wurde, spielte die Politik mit. Die dem Vater des Bräutigams gebührende Schmeichelei, so erhält man staunend, war schon einmal „volkseigener Betrieb“, wurde aber repräsentiert, weil überall Handwerker fehlen, und selbst der gemächlich mit den Schafen der Genossenschaft übers Land ziehende Schäfer sprach aus, daß man früher anders lebte, als die Bauern noch Eigentümer ihres Grund und Bodens waren. Daß man sich heute mit dem Sozialismus „abfinden“ müsse, das klingt, als würde von einem Unwetter gesprochen, das auch wieder abziehe. Für den Kapitän Gerd Peters in Rostock, der im ersten Beitrag zu Wort kam, stellte sich diese Frage nicht. Er erzählte voller Stolz von der Geschichte des größten „DDR“-Hafens, in dem auch der Nachschub für die 400 000 Sowjetsoldaten in der Republik angelandet und in dem sozialistische Fracht bevorzugt abgefertigt wird. Aufschlußreicher waren die Stimmen der Hafenbesucher aus der Provinz. Sie gaben zu erkennen, daß sie gerne in die weite Welt reisen würden, aber nicht dürfen. JÖRG BERNHARD BILCKE

III.

Table with TV program listings for ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM, WEST, NORD, HESSEN, SÜDWEST, and BAYERN.









# Liefen die USA moderne Waffen an Jordanien?

Murphy-Mission gescheitert / Arafat betrieb Doppelspiel

PETER M. RANKE, Tel Aviv  
Während seines Aufenthaltes in der jordanischen Hauptstadt Amman hat US-Unterstaatssekretär Richard Murphy auch eine lange Unterredung mit General Said Ben Shahr, dem Befehlshaber der jordanischen Streitkräfte, geführt. Dabei ging es um umfangreiche Waffenlieferungen an Jordanien und Saudi-Arabien, die von der US-Regierung dem Kongreß inzwischen angekündigt wurden.

Da Murphys Mission, den „Friedensprozeß“ wieder in Gang zu bringen, an der kompromißlosen Haltung König Husseins und des PLO-Chefs Yassir Arafat erst einmal gescheitert ist, wird der Kongreß beträchtliche Schwierigkeiten bei der Bewilligung der Waffenlieferungen machen. Washington wollte König Hussein als „Friedensengel“ vorführen, doch verzichtet Hussein nicht auf die von den USA abgelehnte internationale Nahost-Konferenz mit Einfluß der Sowjets und besteht auf einer gleichzeitigen Verhandlungsdelegation aus Vertretern Jordaniens und der PLO.

Arafat betrieb während der Gespräche Husseins mit Murphy in Amman ein Doppelspiel. Er lehnte die Änderung der Verhandlungsdelegation ab, der fünf Fatah-Mitglieder aus dem terroristischen Umfeld angehören sollten, und schickte gleichzeitig seinen Stellvertreter Abu Isad nach Moskau. Dieser bat dort um Gutwetter für die Arafat-PLO und versicherte, es gebe keinerlei Kursänderung, nachdem sich Moskau hinter die pro-syrischen Arafat-Gegner gestellt hatte. In Amman wurde über den „Friedensprozeß“ gesprochen, in Moskau über die Beibehaltung der starren PLO-Position, ihre sowjetfreundliche Orientierung und die weitere Ablehnung direkter Gespräche mit Israel oder den USA.

## Tigerhaie für Hussein

Für eine Waffenhilfe der USA an König Hussein ist das eine fatale Entwicklung. Da sich die Arafat-PLO in Amman einnistet, kann zwar Hussein weiter geltend machen, er brauche modernste Waffen aus den USA zur Verteidigung gegen einen möglichen Angriff Syriens, doch ist dies „Feindbild“ sehr unwahrscheinlich. Damaskus würde im Fall einer Offensive das Eingreifen Israels und Iraks in den Flanken befürchten müssen.

In Washington wurde angekündigt, daß Jordanien 54 Flugzeuge vom Typ F-20 (Tigershark) erhalten soll, von denen bisher noch nicht eine Maschine verkauft wurde. Die modernste Maschine von Northrop soll die F-5 ablösen. Außerdem sollen an Jordanien mobile Hawk-Luftabwehr-Batterien, Sidewinder- und Stinger-Rak-

ten geliefert werden, dazu auch neue M-60-Panzer. Über die normale Waffenhilfe von 115 Millionen Dollar hinaus soll der Kongreß 300 Millionen für Jordanien bereitstellen.

Die israelische Armee-Zeitung „Bamachane“ berichtet, daß mit dieser Ausrüstung Jordaniens Kampfkraft um 300 Prozent gesteigert wird, und daß jordanische Truppen nach wie vor gegen Israel und nicht gegen Syrien disloziert sind. Jedenfalls wird Israel seinen ganzen Einfluß aufleben, um das Waffengeschäft mit Amman zu verhindern.

## Konzentrierter Angriff

Das Hauptargument in Jerusalem: Mit der modernen Ausrüstung Jordaniens wird die „Südfreit“ Saudi-Arabien, Jordanien, Ägypten nun durchweg mit amerikanischen Waffen, unter ihnen Kampfflugzeuge, ausgerüstet, so daß ein gemeinsamer, konzentrierter Angriff oder der Austausch von Waffen und Truppenteilen möglich wird. Ägyptische und jordanische Truppen halten schon regelmäßig gemeinsame Manöver ab. Hinzu kommt: Israel kann weder so viel Truppen noch Kriegsmaterial aufleben, um dieser amerikanischen „Nachrüstung“ der drei arabischen Staaten standzuhalten.

Nur einen politischen Vorteil sähen israelische Regierungsvertreter in massiven amerikanischen Waffenlieferungen an Jordanien: Die Anflugzeit der F-20 gegen Israel wird so kurz und die Möglichkeit, daß israelische Kampfflugzeuge schon beim Start von den Hawk-Batterien abgeschossen werden können, wird so groß, daß eine Räumung der besetzten Gebiete nicht mehr militärisch zu verantworten wäre.

Die USA und Jordanien würden also Israel indirekt veranlassen, Judäa und Samaria als unräumbares Glas zu betrachten. Eine modern ausgerüstete Armee wie die jordanische würde aus Sicherheitsgründen niemals die besetzten Gebiete zurückerhalten, erklären israelische Generalstäbe. Der israelischen Siedlungsbewegung kann das nur recht sein.

In Jerusalem ist aufgefallen, daß sich der gleiche Richard Murphy als amerikanischer Vermittler in Amman und Jerusalem betätigt hat, der 1981 das große Waffengeschäft für Saudi-Arabien durch den Kongreß lotste. Damals war er Botschafter in Dschidda und beriet die Saudis, wie der Kongreß am besten für ein knappes Ja zu gewinnen wäre. Kronprinz Fahd veröffentlichte denn auch kurz vor den Kongreßberatungen seinen „Friedensplan“, so wie König Hussein von Jordanien jetzt seine „Friedensinitiative“.

# Kanzler würdigt die Haltung Moskaus in Genf

Fortsetzung von Seite 1

Form beantwortet worden sind. Der letzte Punkt erhielt noch dadurch zusätzliches Gewicht, daß Gorbatschow einen Brief des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt zum 15. Jahrestag des Moskauer Vertrages persönlich erwiderte.

Trotzdem meinte der Kanzler im ZDF, die Bundesregierung brauche sich keine Sorgen zu machen. Denn die Entwicklung in der Sowjetunion werde zeigen, „daß die sowjetischen Führer von heute sehr wohl wissen, daß das, was notwendig ist zur Sicherung des Friedens, zur Sicherung auch sowjetischer Interessen, nicht möglich sein wird, indem man die Bundesrepublik auskurvt“.

Dahinter verbirgt sich, wie verlautet, die Überzeugung Kohls, daß Gorbatschows Pläne zur Rationalisierung der sowjetischen Wirtschaft ohne Kooperation mit der Bundesrepublik nicht zu realisieren seien. Deshalb hat der Kanzler die Bereitschaft Bonn unterstrichen, „eine neue und bessere Qualität der Beziehungen zur Sowjetunion zu erreichen und die Gespräche auf allen Ebenen zu führen und zu vertiefen“. Auch die sowjetische Seite habe in ihren Verlautbarungen zum 15. Jahrestag, trotz kritischer Untertöne den grundsätzlichen Willen zur Entwicklung der Beziehungen betont.

Deutliche Distanz zu Moskau zeigte Kohl dagegen in der entschiedenen Zurückweisung aller Versuche West-Berlins als selbständige politische Einheit zu behandeln und damit das Vier-Mächte-Abkommen zu unterlaufen. Das Weltjugend-Festival in Moskau habe gezeigt, „wie wenig Rücksicht die Sowjetunion auf deutsche Teilnehmer nimmt, wenn es um die Propagierung ihrer Auffassungen und politischen Zielsetzungen in der Berlin-Frage geht“. Darum bestehe Bonn auf der „strikten Einhaltung und vollen Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens“, wie mit Moskau 1973 vereinbart.

Der Kanzler ließ auch keinen Zweifel daran, daß er seine „eindeutige und unmißverständliche“ Haltung zur amerikanischen Weltraumforschung ungeschert aller sowjetischen Pressionen nicht geändert habe. Das SDI-Forschungsprogramm stehe in voller Übereinstimmung mit dem ABM-Vertrag.

Begrenzt positiv beurteilte Kohl die innerdeutschen Aussichten: „Unsere Beziehungen zur DDR entwickeln sich in der richtigen Richtung, aber solange Deutschland durch Mauern und Grenzsperrn geteilt ist, solange unseren Landsleuten in der DDR Menschenrechte vorenthalten werden, können wir nicht von Normalität sprechen.“ Dennoch seien Erleichterungen, beispielsweise im Reiseverkehr, erreicht worden.

# Das Vorfeld zu Genf war für die USA nicht sehr ermutigend

„Die Sowjets haben ihre Position nicht verändert“ / Washington denkt nicht an Konzessionen

FRITZ WIRTH, Washington

Die Vorbereitung des Genfer Gipfels zwischen Reagan und Gorbatschow hat im Augenblick, neben dem Südafrika-Problem, außenpolitische Priorität in der amerikanischen Regierung. Die Positionspapiere zu diesem Gipfel sind die einzigen wichtigen Unterlagen, die Präsident Reagan mit in seinen Urlaubsort Santa Barbara genommen hat.

Die Erfolgseinschätzungen dieses Gipfels im verteidigungspolitischen Bereich basieren dabei vor allem auf der Bilanz der bisherigen zwei Gesprächsrunden der Abrüstungsverhandlungen in Genf, und die sind nach amerikanischer Auffassung nicht ermutigend gewesen. Fortschritte wurden nicht erzielt. Immerhin aber war in der zweiten Runde etwas aufgelockert und beweglicher Haltung der Sowjets im Vergleich zur ersten festzustellen.

Nach amerikanischer Auffassung gibt es zwei Hauptgründe für die harte Verhandlungsposition der Sowjets in der SDI-Frage. Sie sind gegenüber diesem Forschungsprogramm in die Offensive gegangen, um mit dieser Art „Vorwärtsverteidigung“ die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von ihren eigenen sehr intensiven Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im verteidigungsstrategischen Bereich abzulenken. Zum anderen sehen sie das SDI-Projekt als ein willkommenes und wirksames Instrument, Unruhe in der Allianz zu stiften.

Entsprechend vorsichtig beurteilt Paul Nitze die Erfolgsaussichten im verteidigungspolitischen Bereich beim bevorstehenden Reagan-Gorbatschow-Gipfel. „Das höchste, das bei diesem Gipfel erreicht werden kann“, sagte Nitze, „wäre das Ausräumen einiger Hindernisse, die fruchtbareren und nützlichen Verhandlungen im Wege stehen.“

Sicherheitsberater Robert McFarlane hält es für „unrealistisch“, dramatische Änderungen in der sowjetischen Haltung zu erwarten, solange Gorbatschow die Prioritäten seiner Politik im innenpolitischen Bereich sieht. Insgesamt erwartet deshalb die Reagan-Administration vom Gipfeltreffen mit Gorbatschow keinen Durchbruch, sondern bestenfalls grünes Licht für die Abrüstungsverhandlungen der beiden Delegationen in Genf.

Dabei haben sowohl Nitze wie McFarlane in den vergangenen Wochen wiederholt klargemacht, daß Präsident Reagan nicht bereit ist, irgendwelche Konzessionen in seiner Entschlossenheit zu machen, das Forschungsprogramm für das SDI-Projekt fortzusetzen. Genau das aber ist in den bisherigen Verhandlungen in Genf das Hauptangriffsziel der Sowjets gewesen.

Die Aufrechnung schließt aus, daß die Reagan-Administration vorläufig zu irgendwelchen Konzessionen im SDI-Bereich bereit ist, mit Sicherheit nicht, solange sich dieses System im Stadium der Forschung befindet. Die Reagan-Administration argumentiert: Forschungsarbeiten sind nicht zu verbieten, weil sie nicht kontrollierbar sind. Die Sowjets wissen es.

Ihre bisherige Verhandlungsposition in Genf, die darauf hinfiel, ein Verbot und eine Einstellung dieser Forschungsarbeiten zu erzielen, wird von der amerikanischen Administration deshalb auch vorwiegend als eine sowjetische Propaganda-Scharade verstanden.

Die amerikanische Verhandlungsposition für die nächsten Gesprächsrunden und für den Gipfel der beiden Regierungschefs bleibt deshalb unverändert: Die USA sind nach wie vor zu beiderseitigen Reduzierungen der nuklearen Offensivwaffen bereit. Das SDI-Forschungsprogramm jedoch ist kein Tauschobjekt, dies zu erreichen.

Die umstrittenen Zwischenprüfungen der Medizinstudenten vom März 1985, bei denen über 40 Prozent der Kandidaten durchfielen, sind nach Ansicht des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Gesundheitsministers Hermann Heinemann (SPD) rechtswidrig. In einem Schreiben an seine Amtskollegen in Bund und Ländern setzte sich Heinemann für eine „nochmalige Korrektur“ der Physicumprüfungen ein. Bereits im Juli war in einer Revision der Ergebnisse die Durchfallquote auf knapp 19 Prozent gesenkt worden.

Heinemann sei auf Grund „nochmaliger rechtlicher Wertung“ zu der Auffassung gelangt, daß es unzulässig sei, Medizinstudenten einen Prüfungsversuch anzurechnen, bei dem eine Gutachterkommission zehn Prozent der insgesamt 320 Fragen als ungeeignet eingestuft habe, heißt es in einer Erklärung des Ministeriums. Das Verfahren, jedem Prüfungsteilnehmer nachträglich 29 Punkte gutzuschreiben, halte er für unzureichend. Den dennoch durchgefallenen Studenten werde diese Prüfung „mit einem erheblichen Verfahrensmangel“ trotzdem als nicht bestandener Prüfungsversuch angerechnet.

Der Minister empfahl seinen Amtskollegen daher, die Prüfungsämter sollten durchgefallenen Studenten die Prüfung nicht als Versuch anrechnen. Er erinnerte an ein entsprechendes Verfahren im März 1981. Allein in Nordrhein-Westfalen käme eine solche Regelung 342 Studenten zugute.

Die amerikanische Verhandlungsposition für die nächsten Gesprächsrunden und für den Gipfel der beiden Regierungschefs bleibt deshalb unverändert: Die USA sind nach wie vor zu beiderseitigen Reduzierungen der nuklearen Offensivwaffen bereit. Das SDI-Forschungsprogramm jedoch ist kein Tauschobjekt, dies zu erreichen.

# Heinemann: Physicum 1985 rechtswidrig

dpa, Düsseldorf

Die umstrittenen Zwischenprüfungen der Medizinstudenten vom März 1985, bei denen über 40 Prozent der Kandidaten durchfielen, sind nach Ansicht des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Gesundheitsministers Hermann Heinemann (SPD) rechtswidrig. In einem Schreiben an seine Amtskollegen in Bund und Ländern setzte sich Heinemann für eine „nochmalige Korrektur“ der Physicumprüfungen ein. Bereits im Juli war in einer Revision der Ergebnisse die Durchfallquote auf knapp 19 Prozent gesenkt worden.

Heinemann sei auf Grund „nochmaliger rechtlicher Wertung“ zu der Auffassung gelangt, daß es unzulässig sei, Medizinstudenten einen Prüfungsversuch anzurechnen, bei dem eine Gutachterkommission zehn Prozent der insgesamt 320 Fragen als ungeeignet eingestuft habe, heißt es in einer Erklärung des Ministeriums. Das Verfahren, jedem Prüfungsteilnehmer nachträglich 29 Punkte gutzuschreiben, halte er für unzureichend. Den dennoch durchgefallenen Studenten werde diese Prüfung „mit einem erheblichen Verfahrensmangel“ trotzdem als nicht bestandener Prüfungsversuch angerechnet.

Der Minister empfahl seinen Amtskollegen daher, die Prüfungsämter sollten durchgefallenen Studenten die Prüfung nicht als Versuch anrechnen. Er erinnerte an ein entsprechendes Verfahren im März 1981. Allein in Nordrhein-Westfalen käme eine solche Regelung 342 Studenten zugute.

# Geißler wiederholt seine Kritik an SPD

gba, Bonn

In einem offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordnete Annerose Renger hat CDU-Generalsekretär Heiner Geißler seine Kritik wiederholt, daß die SPD dabei sei, den früher vorhandenen Konsens aller demokratischen Parteien in der Außenpolitik zu verlassen. Frau Renger hatte Geißler wegen dieser Analyse ebenfalls öffentlich heftig angegriffen. Geißler schrieb: „Nicht ich will die Bevölkerung in zwei Lager spalten, wie Sie behaupten, sondern Sie versuchen, davon abzulenken, daß ihre eigene Partei in der Außenpolitik tief gespalten ist.“

Er bewerte die Erklärung der SPD-Abgeordneten als „ein Zeichen der Resignation angesichts der gewandelten Mehrheitsverhältnisse in der SPD“. Für viele sei seine Analyse der außenpolitischen Vorstellungen in der SPD ein „Ärgernis“. Es sei jedoch „besser, es entsteht ein Ärgernis, als daß die Wahrheit unterdrückt wird.“

# SPD will Binnen-Nachfrage ankurbeln

Stoltenbergs Steuerreform wird abgelehnt: „Bei uns keine Chance“

PETER PHILIPPS, Bonn

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Apel, sieht „keine Chance, zur Stoltenbergschen Steuerreform ja zu sagen“. In einer „steuerpolitischen Halbzeitbilanz“ hat Apel gestern gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Dieter Spöri auch „das von der FDP erneut thematisierte Vorziehen der zweiten Stufe“ der Steuerreform grundsätzlich abgelehnt, weil sich „die konjunkturelle Wirkung der Tarifkorrektur nicht spürbar verbessern“ (Spöri) würde. Ganz im Sinne der sozialdemokratischen Grundlinie, die Binnen-Nachfrage anzukurbeln, machte Apel die Grenzen für die SPD deutlich: „Wir wollen nicht den armen, handlungsunfähigen Staat“, die

„über lange Zeit bei 24 Prozent eingependelte Steuerquote“ sei eine „verdrängte“ Größenordnung.

Als „Alternative“ zu den Steuerreform-Plänen der Bundesregierung schlugen Apel und Spöri unter anderem vor: doppelt so starke Erhöhung des Grundfreibetrages, Verlängerung der unteren Proportionalzone, Abflachung der Progression im unteren und mittleren Bereich, eine Erhöhung des Kindergeldes um 45 Mark. Die FDP-Vorschläge für eine weitere Steuerreform nach 1987, zu der es auch in der Union Überlegungen gibt, wurden als unbezahlbar und „Wahlspeck für 1987“ zurückgewiesen. Denn die von der SPD nachgerechneten Kosten würden bei 80 bis 100 Milliarden Mark liegen.

„über lange Zeit bei 24 Prozent eingependelte Steuerquote“ sei eine „verdrängte“ Größenordnung.

Als „Alternative“ zu den Steuerreform-Plänen der Bundesregierung schlugen Apel und Spöri unter anderem vor: doppelt so starke Erhöhung des Grundfreibetrages, Verlängerung der unteren Proportionalzone, Abflachung der Progression im unteren und mittleren Bereich, eine Erhöhung des Kindergeldes um 45 Mark. Die FDP-Vorschläge für eine weitere Steuerreform nach 1987, zu der es auch in der Union Überlegungen gibt, wurden als unbezahlbar und „Wahlspeck für 1987“ zurückgewiesen. Denn die von der SPD nachgerechneten Kosten würden bei 80 bis 100 Milliarden Mark liegen.

Was der Mensch auch baut, steht mit Zement auf festen Füßen. Zement ist das zuverlässige und dauerhafte Bindemittel für den Baustoff unserer Zeit, für Beton. Der Stoff, dem man vertrauen kann. Beton - Es kommt drauf an, was man draus macht. Beton ist preiswert und dabei durch Zement und seine natürlichen Grundstoffe so haltbar wie solide. Es gibt ihn in

jeder geforderten Ausführung überall. Kein anderer Baustoff ist so unendlich vielseitig: Beton schützt vor Hitze, Kälte, Lärm und vor Naturgewalten, und er ist formbar wie der Lehm, aus dem wir unsere ersten Hütten bauten. Aber er nimmt nur die Gestalt an, die der Mensch ihm gibt. Ist es nicht beruhigend, ein Material zu kennen, auf das man sich ein Leben lang verlassen kann? Die deutschen Zementhersteller



Es kommt drauf an, was man draus macht

Vertical text on the left margin: 2, C, A, e, d, UR, m, di, de, ab, M, 24, Gt, sc, se, wt, er, At, sp, na, Ju, Ty, ne, F, dt, St, Br, be, eu, te, re, Au, ch, If, de, At, fe, Dr, ka, le, br, al, Tr, ch, Re, zu, ne, w, ri, ge, A, u, hr, D, ch, Ir, ge, pl, st, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, Dr, Ba, An, MB, ha, -f, Ha



Die Zinsen sinken

Nach der Leitzinssenkung der Bundesbank zeichnet sich jetzt eine Kreditverbilligung bis um einen Prozentpunkt ab...

frist auf dem 'Normalsparbuch' auf 2,5 Prozent, nachdem die Zinsen aller anderen Anlagen mit weniger starrer Konditionsgestaltung...

Überzeugend

hlt - Ganze 1,5 Prozent der im Jahr 1984 bereitgestellten Ausbildungsplätze für Jugendliche entfielen im Bereich der Ostwestfälischen Industrie- und Handelskammer...

Autokäufer gehen fremd

Ohne Zweifel könnte die Automobilnachfrage in Großbritannien erheblich über der für dieses Jahr vorausgesetzten Zulassung von knapp 1,8 Millionen neuer Pkw liegen...

Die Talfrucht der britischen Autoindustrie setzte in den frühen siebziger Jahren ein, als die Stop-and-Go-Politik verschiedener Regierungen...

Erst vor etwa fünf Jahren kam es zur Wende. Doch bis dahin war die ausländische Konkurrenz längst davongefahren...

Einiges, was erreicht wurde, läßt sich in der Tat sehen. So konnte etwa der alarmierende Produktivitätsabstand zu Japan und Kontinentaleuropa verringert und in dem einen oder anderen Werk sogar weitgemacht werden...

Man ründ 1,6 Millionen Briten, deren Arbeitsplätze direkt und indirekt von der britischen Automobilindustrie abhängen, sollte dieses Wirtschaftszweig auch in Großbritannien jener Stellenwert eingeräumt werden...

ENTWICKLUNGSPOLITIK / Eine neue Studie des Instituts der Wirtschaft

Hilfe für ärmste Länder nur nach grundlegender Korrektur möglich

Für eine grundlegende Korrektur der Entwicklungspolitik plädiert das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer jetzt vorgelegten Studie...

Wer das 'unselige Syndrom aus Unterernährung, Seuchen und Arbeitslosigkeit' aufbrechen will, müsse sich auf die Agrarproduktion konzentrieren...

Es sei ein Märchen, daß sich die Entwicklungsländer nicht auf Dauer selbst ernähren könnten. In Schwarzafrika zum Beispiel liege mehr als die Hälfte des ungenutzten landwirtschaftlichen Bodens der Welt...

AUF EIN WORT



Zur Sicherung der Leistungsfähigkeit muß die Unternehmensleistung nicht nur Anlage- und Umlaufvermögen periodisch inventarisieren...

Agrarexport stieg um fünf Prozent

Der deutsche Agrarexport ist in den ersten sechs Monaten 1985 gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um 5,1 Prozent auf 12,3 Mrd. DM gestiegen...

WOHNUNGSPOLITIK

Schneider: Bauwillige sollten Entscheidung jetzt treffen

„Günstig wie nie zuvor“ sind nach Ansicht von Bundesbauminister Schneider die Voraussetzungen für den Bau oder den Erwerb von Wohneigentum...

SELBSTÄNDIGE

Kleinbetriebe sind mit der Bonner Politik unzufrieden

Die negative Einschätzung dieser Lage wird erhöht durch die Beantwortung der Frage nach der Umsatzentwicklung...

STRUKTURWANDEL

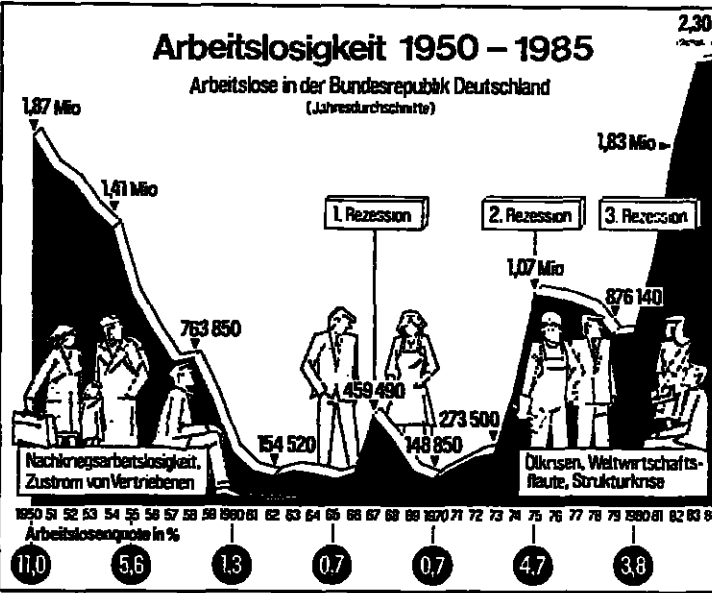
„Auch bedrohte Branchen haben eine gute Chance“

Auch bei den von Strukturwandel bedrohten Branchen ist eine Stabilisierung von Kapitalrentabilität, Produktion und Beschäftigung auf relativ niedrigem Niveau durchaus möglich...

Die Studie zufolge haben die Bereiche Ernährung, Textil, Feinkemik, Spielwaren und Schminke ihre Anpassungsleistung im wesentlichen erzielbar gemacht...

Die anhaltenden Anpassungsleistungen der Ost- und Westdeutschen sind ein Zeichen für die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft...

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Seit 1983 liegt die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik über 2,3 Millionen. Selbst in den Anfangsjahren der Bundesrepublik war die Erwerbslosigkeit nicht größer als heute...

Protest gegen Schließung der Esso-Raffinerie

Hamburg (dpa/WVD) - Gegen die mögliche Schließung der Esso-Raffinerie in Hamburg-Harburg haben am Montag rund 250 Beschäftigte...

Elfenbeinküste schuldet um

Abtjan (AFP) - Die Elfenbeinküste hat sich um ihren Gläubigern über eine Umschuldung von 203 Mrd. Franc-CFA (100 FCFA = 0,65 Mark) geeinigt...

Hypothekenzinsen gesenkt

Bonn (DW) - Die Deutsche Genossenschafts-Hypothekbank (DG HYP) Hamburg, Hypothekbank der Volksbanken und Raiffeisenbanken...

China bremst Einfuhr

Peking (AFP) - China wird die „übertriebene“ Einfuhr ausländischer Technologie einschränken...

Argentinien zahlte

New York (AFP) - Argentinien hat Ende vergangener Woche einen Teil des im Juni von zwölf Ländern gewährten Zwischenkredits von 480 Mill. Dollar zurückgezahlt...

FRANKFURTER MESSE

Aussteller aus dem Ausland zeigen großes Interesse

Zum 76. Mal nach Kriegsende startet am kommenden Samstag die Internationale Frankfurter Messe (24. bis 28. August)...

US-BANKEN / Business Week veröffentlicht Liste der 200 größten Geldinstitute

BankAmerica verliert Spitzenstellung

Die BankAmerica Corp., San Francisco, droht ihren Spitzenplatz in der US-Bankenhierarchie einzubüßen...



ENERGIEPOLITIK / Paris überprüft Kernkraftprogramm

Anlaß ist der Ölpreisverfall

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris Die französische Regierung will unmittelbar nach den Sommerferien die Energiepolitik einschließlich ihres ehrgeizigen Kernenergieprogramms überprüfen. Anlaß dafür ist die Verbilligung des Mineralöls. Bereits von April bis Juli waren die Ölimportpreise um 14 Prozent zurückgegangen. Dadurch wurden immerhin sieben Mrd. Franc oder ein Drittel des Jahresdefizits der Handelsbilanz an Devisen eingespart. Seitdem ist der Ölpreis - auch infolge der jüngsten Dollarbaiss - weiter gefallen.

Der Verbraucher hat davon bisher allerdings noch nicht viel gemerkt. Denn die Regierung erhöhte entsprechend die Ölproduktsteuer. Unter dem Vorwand des Energiesparens

nutzte sie die Gelegenheit, die Staatskasse zu füllen. So wagten es kürzlich selbst die staatlichen Ökonomen, ganzseitige Zeitungsanzeigen mit dem Wortspiel zu veröffentlichen: Die Baiss an der Pumpe pumpt die Steuer weg.

Inzwischen aber bedenkt man auch die Vorteile sinkender Ölpreiskosten für den Lebenshaltungskostenindex und für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. So wurde Anfang letzter Woche erstmals der behördlich reglementierte Heizölpreis deutlich (um 10 Franc je Hektoliter) gesenkt. Auch die freigegebenen Benzinpreise sind inzwischen selbst auf den Autobahnen ins Rutschen gekommen. Immerhin aber erreicht der Steueranteil am Benzin immer noch 61 Prozent gegenüber erst 52 Prozent Anfang 1983.

Andererseits will die Regierung die staatlichen Energiesparsubventionen kürzen. Die für diesen Zweck eingerichtete Staatsagentur soll im nächsten Jahr zur Förderung der Wohnungsisolierungen und des rationellen Heizens zwei Drittel weniger Mittel bereitstellen als in diesem Jahr.

Auch ist inzwischen der Grundsatz ins Wanken geraten, wonach der Strompreis um mindestens einen Prozentpunkt hinter der Inflationsrate zurückbleiben soll, während die Ölpreiskosten um mindestens zwei Prozent stärker steigen müssen. Denn bis 1988 sollen die staatlichen Elektrizitätswerke den privaten Haushalten progressive Winterschläge berechnen, was gegenüber den derzeitigen Einheitsstarifen eine wesentliche Verteuerung bedeutet.

Das französische Kernenergieprogramm wird dadurch allerdings noch nicht in Frage gestellt. Denn der Kostenvorteil der gerade hier in großen Serien gebauten Atomkraftwerke ist gegenüber den thermischen Zentren immer noch beträchtlich. Allerdings gibt es wegen der außerordentlich hohen Verschuldung der Electricité de France finanzielle Grenzen. Aus diesem Grunde waren schon im letzten Jahr einige Abstriche von den Auftragsmehrmengen für neue Atomkraftwerke gemacht worden.

ÖSTERREICH / Finanzminister rechnet mit weiterem Anstieg der Staatsverschuldung

Tilgungen blähen das Budgetdefizit auf

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien Einem weiterhin ungebremsten Anstieg der Staatsverschuldung dokumentiert der von Finanzminister Franz Vranitzky jetzt veröffentlichte Staatsschuldenbericht der Republik Österreich. Ende 1984 erreichte der Schuldenstand des Staates nach einer Zunahme um 13 Prozent 499,8 Mrd. Schilling (65,8 Mrd. DM). Bis zur Jahresmitte 1985 hat sich dieser Wert um weitere zehn Prozent erhöht. Inklusiv der Schulden von Ländern und Gemeinden sowie der aus dem Budget ausgegliederten Sondergesellschaften des Bundes - für Autobahnbauten und die Wiener UNO-City - erhöhte sich der Schuldenstand um rund zehn Prozent auf 657 Mrd. Schilling.

Seit 1980 sind die Schulden um 65 Prozent, seit 1970 auf das Achteinhalbfache gestiegen. In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) stieg die Verschuldung des Bundes seit 1980 von 26 auf 36 Prozent.

Besonders ins Gewicht fällt der rasche Anstieg der Schuldendienstquote von 3,6 Prozent 1980 auf heute 5,4 Prozent des BIP. 1980 mußten erst 25

Prozent der Nettoeinnahmen des Bundes dafür aufgewendet werden; dieses Jahr werden es bereits 36 Prozent sein. Allein der jährliche Zinsendienst erhöhte sich 1980 von 17 auf 39 Mrd. Schilling oder 19 Prozent der Nettoeinnahmen.

Aufgrund der guten Liquidität im Inland erhöhte der Finanzminister im Vorjahr den Anteil der Inlandsfinanzierung von 70 auf 75 Prozent. Durch vorzeitige Tilgungen, Umschuldung sowie Kurgewinne reduzierte sich die Fremdwährungsverschuldung (erstmal seit 1973) um 5,3 Prozent. Allerdings mußte wegen des unerwarteten Kapitalmarktes im Inland in erster Linie auf Banken- und Versicherungsdarlehen zurückgegriffen werden.

Im internationalen Vergleich nimmt sich die Verschuldung der Republik Österreich mit 62 200 Schilling je Kopf der Bevölkerung zwar nicht schlecht aus, doch sind nur Vergleichswerte von Ländern wirklich aussagekräftig. Deren Schulden ebenfalls durch den zweiten Weltkrieg gelöscht oder kräftig reduziert wurden.

Der Vergleichswert der Bundesrepublik liegt jedenfalls bei 43 900 Schilling, jener der Schweiz bei 36 500 und jener Japans bei 107 000 Schilling.

Finanzminister Vranitzky läßt derzeit keinen Zweifel daran, daß die von der Gewerkschaft geforderte Steueranpassung erst im Wahljahr 1987 Realität werden könne. Bis dahin müsse die Budgetkonsolidierung Vorrang haben. Vor allem während der nächsten beiden Jahre wird das Budgetdefizit infolge zusätzlich anfallender Tilgungen für früher eingegangene Schulden sprunghaft ansteigen.

Vranitzky errechnet nach 98 Mrd. Schilling brutto 1984 im nächsten Jahr mit rund 130 Mrd. Schilling Defizit, wenn nicht einschneidende Sparmaßnahmen eingeleitet würden. Das Nettodefizit (exklusive der Tilgungen) will der Finanzminister jedenfalls bei rund fünf Prozent des BIP (nach 4,4 Prozent 1985) halten. Werte darunter sind nicht zu erreichen. Allein das Hinusschieben der Tarifanpassung erspart dem Bund zwölf Budgetmilliarden.

FRANKREICH / Zweitgrößte Getreideernte erwartet

Verbesserte Exportchancen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris Die Verbesserung der französischen Handelsbilanz war in letzter Zeit vor allem dem Getreideexport zu verdanken. Die in diesem Agrarbereich erzielten Ausfuhrüberschüsse hatten sich, wie jetzt bekannt wird, im ersten Halbjahr 1985 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 31 Prozent auf 17,8 Mrd. Franc erhöht. Demgegenüber schrumpfte das Defizit im gesamten Außenhandel um zehn Prozent auf 18,2 Mrd. Franc. Frankreich hat damit seine Position als zweitgrößter Getreideexporteur der Welt (nach den USA) bestätigt.

Allerdings war die letzte französische Getreideernte besonders gut ausgefallen. Mit 54,4 Mill. Tonnen erreichte sie 1984 einen absoluten Rekord.

Die diesjährige Ernte wird nach jüngsten Schätzungen auf 49 Mill. Tonnen veranschlagt. Das wäre aber immer noch das zweitbeste Ergebnis, insbesondere für den Weizen, dessen Ertrag auf 28,4 (32,6) Mill. Tonnen geschätzt wird, und zwar bei exzellenten Hektarerträgen von bis zu 80 Doppelzentnern.

Außerdem dürften sich die französischen Exportchancen wegen der im Rahmen der EG beschlossenen Getreidepreissenkung verbessern. Sie können dank der guten Ernte und der hohen Rentabilität der französischen Großbetriebe besser verkraftet werden als etwa in der Bundesrepublik Deutschland.

In anderen Agrarbereichen sind die Produktions- und Exportaussichten allerdings weniger günstig. Vor allem der Wein, der im ersten Halbjahr einen Ausfuhrüberschuss von 5,4 Mrd. Franc (plus 14,3 Prozent) erzielte, hatte unter dem starken Frost des letzten Winters und der verregneten Blütezeit zu leiden.

Die Bundesrepublik rückte im ersten Halbjahr 1985 wieder an den ersten Platz der französischen Auslandskunden (vor Italien) des landwirtschaftlichen Sektors mit Bezügen von elf Milliarden Franc. Der gesamte französische Deutschausfuhrer betrug 65,6 Mrd. Franc. Bei Importen von 79,4 Mrd. Franc verblieb ein französischer Passivsaldo von 13,8 Mrd. Franc.

Ein Buch - wie der Blitz aus heiterem Himmel: Paul C. Marin Cash Strategie gegen den Crash (356 Seiten, DM 36,-) Die heute besten Argumente für Kapitalanleger und Anlageberater Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig Thomas-Wimmer-Ring 11 8000 München 22 Tel.: 089/2350080

UdSSR / Transportprobleme beeinträchtigen Produktion

Holzindustrie stark betroffen

AFP, Moskau Weil die sowjetischen Eisenbahnen nicht in der Lage sind, ausreichend Güterwagen zur Verfügung zu stellen, ist nach den Angaben des Zentralorgans der KPdSU „Pravda“ die Produktion in zahlreichen sowjetischen Industriezweigen, wie etwa der Holzindustrie, stark gestört, da die hergestellten Produkte nicht ausgeliefert werden können. So sind in der Region von Archangelsk im Norden der UdSSR die Lager der Holzindustrie völlig überfüllt, während die Möbelindustrie dringend Holz benötigt. In der Moldau-Region verfaulen Früchte, weil Verpackungsmaterial fehlt.

Nach Angaben des Zentralorgans der Kommunistischen Partei der UdSSR wurden seit Jahresbeginn

40 000 leere Güterwagen weniger in die Region von Archangelsk transportiert als vorgesehen. Die hier gestapelten Vorräte von Bauholz nahmen damit inzwischen auf über eine Million Kubikmeter zu. Auch die Papierindustrie wird von den ungenügenden Transportleistungen der Staatsbahnen hart betroffen. So mußte im Papierkombinat von Archangelsk seit Januar wiederholt die Arbeit unterbrochen werden, nachdem „ganze Berge“ von Kartonpapier seit dem vergangenen Winter vergeblich auf den Abtransport warten und verfaulen. Die „Pravda“ kritisiert in diesem Zusammenhang heftig Eisenbahnminister Nikolai Konarew, weil dieser weiterhin versichere, alle Bedingungen für einen normalen Gütertransport seien vorhanden.

Härtere Konditionen für Pakistan

WVD, Washington Die Weltbank bestehe gegenüber Pakistan auf härteren Kreditkonditionen als bisher, teilte ein pakistanischer Regierungsvertreter mit. Pakistan hat für das laufende Finanzjahr bei der Weltbank um einen Gesamtkredit über 800 (870) Mill. Dollar nachgesucht. Im Juli hatte eine hochrangige Delegation Pakistans mit der Weltbank über einen 300-Mill.-Dollar-Kredit für die Industrie und die Landwirtschaft verhandelt.

Dem Regierungsvertreter zufolge soll die Weltbank ihren pakistani- schen Gesprächspartnern ihre Zurückhaltung angesichts der Verwendung von früheren Krediten für Agrarprojekte deutlich gemacht haben. Mit dem Einsatz ihrer Kreditmittel in der Industrie sei sie aber offensichtlich zufrieden.

EG-MITTELMEERPOLITIK / Globalkonzept fehlt

Serie von Einzelabkommen

Der Argwohn, mit dem die südlichen Mittelmeerländer die siebenjährigen Erweiterungsverhandlungen der EG mit Spanien und Portugal verfolgt haben, ist mit dem vollzogen Beitrittsbeschluss nicht beseitigt. Die nicht zur EG gehörenden Staaten im Mittelmeerraum haben Grund, um ihre Exporte in die Gemeinschaft zu fürchten.

Einer der zahlreichen Schauplätze des „kalten Handelskrieges“ zwischen der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten ist der Agrarbereich. Als in letzter Zeit die Vereinigten Staaten Algerien und Ägypten Angebote zum Kauf von stark subventioniertem amerikanischen Getreide machten, wurde deutlich, daß die Zeit gegenseitiger Rücksichtnahme auf dem Weltmarkt vorüber ist. Denn die zwei nordafrikanischen Länder gehören aus europäischer Sicht zur traditionellen Handelsphäre der EG. Wie Marokko, Tunesien, Israel, Jordanien, Libanon, Syrien, Zypern und Malta sind sie in besonderer Weise mit der EG verbunden.

Grundlage für die besonderen Beziehungen ist ein Beschluß der Staats- und Regierungschefs von 1972, eine „wirksame globale Politik“ gegenüber den Drittländern im Mittelmeerraum zu verwirklichen. 13 Jahre später gestehen Gemeinschaftsexperten allerdings ein, daß die politischen und wirtschaftlichen Hindernisse unterschätzt wurden.

Die „globale“ Mittelmeerpolitik der EG gibt es kaum, dafür aber eine Serie von Einzelabkommen, die den zehn Staaten einen im Vergleich mit anderen Ländern privilegierten Zugang zum Gemeinschaftsmarkt garantieren. Dabei handelt es sich um landwirtschaftliche Produkte wie Frühkartoffeln, Tomaten, Orangen, getrocknete Trauben, Mandeln und Olivenöl. Bei vielen dieser Produkte erreicht die Gemeinschaft nach ihrer

Süderweiterung den Selbstversorgungsgrad.

Damit aber drohen nicht nur den betroffenen Staaten ein für sie in Teilbereichen existenzieller Exportverlust und der Zusammenbruch der gerade erst in Ansätzen existierenden EG-Mittelmeerpolitik. Die Gemeinschaft selbst muß um Märkte flüchten. Denn die Privilegien der südlichen Mittelmeerländer wurden größtenteils durch das Zugeständnis erkauf, daß EG-Produkte einen bevorzugten Zugang zu diesen Europa-unmittelbar benachbarten Märkten erhalten.

In der Praxis erwirtschaftet die Gemeinschaft gegenüber diesen Ländern einen - nach einer EG-Dokumentation aus dem Jahre 1983 - „besorgniserregenden“ Handelsbilanzüberschuss. Er liegt heute bei acht Milliarden Europäischen Währungseinheiten (Ecu: 2,25 Mark). Die südlichen Mittelmeerländer nehmen heute zehn Prozent des EG-Exports auf.

Vor diesem Hintergrund spielte sich auch der jüngste Konflikt zwischen der EG und den Vereinigten Staaten ab, deren Zitrusfrucht-Produzenten sich vom europäischen Markt zunehmend verdrängt glauben.

Die Gemeinschaft argumentierte vorwiegend mit dem Hinweis auf die entwicklungspolitische Bedeutung der Mittelmeerstaaten eingeräumten Vorteile. Immerhin wickeln diese Staaten zwischen 40 und 60 Prozent ihres Gesamtexports mit der Gemeinschaft ab, die damit einen stabilisierenden Effekt auf die Wirtschaft dieser Länder ausübt.

Im Herbst wird die EG-Kommission in Verhandlungen mit den betroffenen Staaten versuchen, die Mittelmeerpolitik am Leben zu erhalten. Nach Angaben des zuständigen Kommissars Claude Cheysson soll angestrebt werden, den Zugang der wichtigsten Mittelmeerprodukte auf dem durchschnittlichen Niveau der letzten vier Jahre zu halten.

NIGERIA / Schwierigkeiten mit Barter-Geschäften

Importe deutlich geschrumpft

WILHELM FURLER, London Nigerias jüngste Tauschhandelspolitik ist in Schwierigkeiten geraten. Der Grund hierfür ist der Preisverfall an den Ölmärkten für nigerianisches Rohöl. Damit geraten einige der Barter-Abkommen Öl gegen andere Waren, die Nigeria mit Ländern wie Brasilien, Frankreich, Italien oder Österreich geschlossen hat, in Verzug oder gar in Gefahr, ganz aufgehoben zu werden.

Die Barter-Politik (in diesem Fall Importe nur gegen die Lieferung von Öl) ist im vergangenen Jahr von Staatschef Buhari eingeführt worden, um der hohen Auslandsverschuldung Nigerias Herr zu werden. Allein die überfüllten Schulden werden von Offiziellen in Lagos auf fast zwölf Milliarden Mark beziffert. Durch die Tauschhandelspolitik werden die Importe drastisch reduziert. Entsprechend ist das nigerianische Importbudget für dieses Jahr auf magere 9,8

Milliarden Mark festgesetzt worden; das ist nicht einmal die Hälfte des Importvolumens vom vergangenen Jahr und gerade ein Viertel der Importe im Jahre 1982, als sie mit fast 38 Milliarden Mark ihren bisherigen Höchststand erreichten.

Nach Angaben der Financial Times ist von den zahlreichen Tauschhandelsabkommen Öl gegen Nahrungsmittel, Rohstoffe, Investitionsgüter und Autoteile zum Zusammenbau, die im vergangenen Jahr zwischen Lagos und einigen Ländern abgeschlossen wurden und deren Handelswert bei insgesamt fast 5,6 Mrd. DM liegen dürfte, bislang nur ein einziges tatsächlich in den Abwicklungsprozess eingetreten.

Alle anderen Barter-Abkommen, die alle von dem Preisverfall für Rohöl an den Spotmärkten abgeschlossen worden waren, haben sich entweder in ihrer Abwicklung verzögert oder sind ganz aufgehoben worden.

ITALIEN / Das Bahnsystem wird modernisiert - Seit Juni gibt es Intercity-Züge

Koordinierung des Schienenverkehrs

GÜNTHER DEPAS, Mailand Italien ist gegenwärtig dabei, sein Schienensystem von Grund auf zu modernisieren. Im Juni wurde in Norditalien erstmals der Intercity-Verkehr eingeführt. Weitere Verbesserungen sind geplant. Grundlage dafür ist der Modernisierungsplan der Staatsbahnen, der Anfang Februar 1981 vom Parlament verabschiedet wurde, sowie die institutionelle Reform der Staatsbahnen.

Es wurde ein Gesetz geschaffen, mit dem die Verwaltung der Staatsbahnen aus dem Verkehrsministerium gelöst und in ein selbständiges öffentliches Unternehmen umgewandelt werden wird.

Im Rahmen des Investitionsplans wurden den Staatsbahnen für die Modernisierung des rollenden Materials und der Infrastruktur 18 500 Milliarden Lire (rund 27 Mrd. DM) zur Verfügung gestellt. Weitere 6000 bis 7000 Milliarden Lire sind für den Auf-

Ausbau des U-Bahnetzes vorgesehen.

Mittelpunkt des Modernisierungsplanes ist die Umstrukturierung der fünf Haupt-Verkehrsknotenpunkte Turin, Mailand, Genua, Rom und Neapel. Ziel ist die Koordinierung des Schienenverkehrs zwischen S-Bahnen, U-Bahnen und Staatsbahnen nach bundesdeutschem Vorbild.

Am weitesten gediehen ist die Koordinierung bereits in Mailand, dem Hauptverkehrszentrum Norditaliens, wo das seit 1964 bestehende U-Bahnetzt gegenwärtig erweitert wird und ein S-Bahnetzt im Aufbau ist, das die ganze Region Lombardie erfassen soll. Unter anderem werden in Mailand die Flughäfen Malpensa und Linate an das S- und U-Bahnetzt angeschlossen.

Ein ähnliches Verkehrssystem mit dem Anschluß des Flughafens Fiumicino an das U-Bahnetzt ist in Rom im Aufbau. Eine Erweiterung des seit

1976 bestehenden U-Bahnetzes ist in Neapel im Gange. U-Bahnen erst in der Planung befinden sich dagegen in Turin und Genua.

Die Staatsbahnen wollen in den nächsten Jahren ihre Durchschnittsgeschwindigkeiten erhöhen. Gegenwärtig haben die italienischen Expreszüge eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 70 Kilometer je Stunde, gegenüber 90 Kilometer je Stunde der D-Züge vor zehn Jahren. Damit soll nicht nur der Anteil am Personen-, sondern auch am Güterverkehr wieder erweitert werden.

Im Jahre 1984 war die Schiene am inneritalienischen Güterverkehr nur noch mit neun Prozent beteiligt, gegenüber 17 Prozent im Jahre 1970. Der Anteil der Schiene am Personenverkehr belief sich auf 16 Prozent. Davon entfiel der größte Teil, 55 Prozent, auf den Berufsverkehr.

Technik, mit der man sich versteht.

Warum manches Ihrer Ferngespräche drahtlos übermittelt wird. Erst die Kombination unterschiedlicher nachrichtentechnischer Verfahren bietet größtmögliche Sicherheit und Flexibilität. So kommt bei der Übertragung von Telefongesprächen über weitere Strecken oder von Fernsehsendungen aus den Studios in den Sendeanlagen dem Richtfunk große Bedeutung zu. Bei dieser Methode der leitungslosen Nachrichtenübermittlung werden Antennen zur Bündelung der zu sendenden bzw. zu

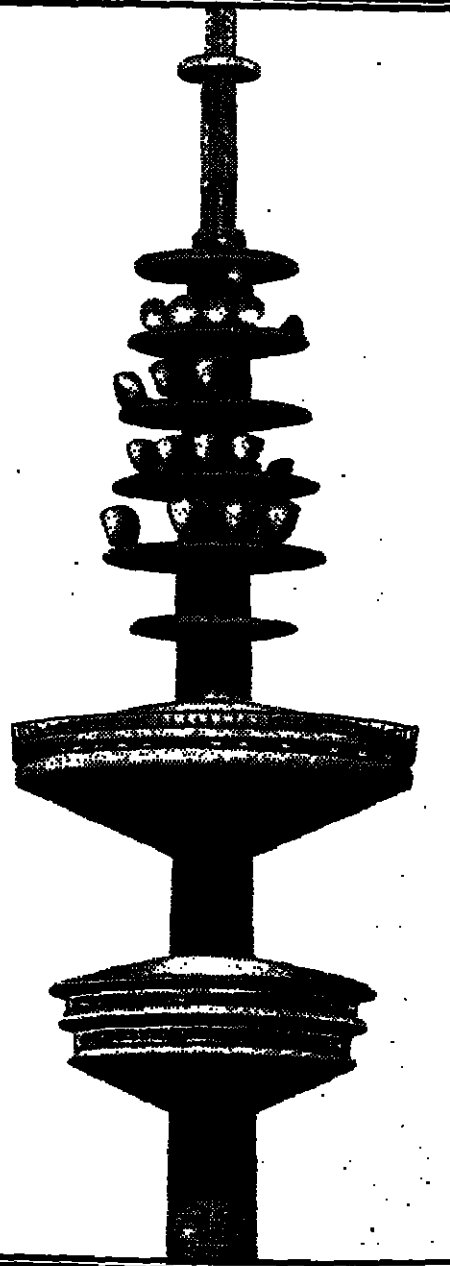
empfangenden elektromagnetischen Wellen eingesetzt. Dadurch ist es möglich, große Distanzen mit geringem Energieaufwand zu überbrücken. Auch können mehrere solche Sender, ohne einander zu stören, nebeneinander betrieben werden. Die Ingenieure der ANT Nachrichtentechnik waren von der ersten Stunde des Richtfunks an dabei. ANT ist maßgebend am Aufbau des gesamten, Tausende von Kilometern umfassenden Richtfunknetzes der Deutschen Bundes-

post beteiligt. Ebenso haben wir entscheidenden Anteil daran, daß ein einzelnes Richtfunksystem heute gleichzeitig bis zu 2.700 Telefongespräche übertragen kann. Und mit einem breiten Spektrum an Systemen ermöglichen wir den Aufbau zuverlässiger und wirtschaftlicher Richtfunkverbindungen.

So sorgen wir mit unserer Technik dafür, daß Menschen miteinander in Kontakt kommen, wann immer sie wollen, und einander immer besser verstehen.



ANT Nachrichtentechnik GmbH Gerberstraße 33, D-7150 Backnang Tel. (07191) 13-1, Telex 724406-0





VEBA. Faszinierende Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte.

# Super für Deutschland.

Über Kraftstoffversorgung.



**D**er erste, echte Super-Kraftstoff der Welt kam 1924 auf den deutschen Markt. Der Markenname dieses überlegenen Kraftstoffs: „BV ARAL“. Das Kürzel BV stand für „Benzol-Verband“ und gab einen Hinweis darauf, daß für diesen Kraftstoff nicht allein Benzin Verwendung fand. Zu 60 Teilen Benzin kamen 40 Teile Benzol – ein Nebenprodukt, das bei der Verkokung von Kohle anfiel. Aber nicht nur der erste Super-Kraftstoff, auch das erste bleifreie Benzin floß 1955 aus blau-weißen ARAL-Zapfsäulen.

Die Verbindung mit der Kohle bestimmte viele Jahrzehnte die ARAL-Geschichte. Kurz bevor Daimler und Maybach das erste „moderne Automobil“ mit dem Namen „Mercedes“ der Öffentlichkeit präsentierten, wurden 1898 die Weichen für die Geburt der heutigen ARAL AG gestellt. Dahinter stand der Gedanke, neue Absatzmöglichkeiten für Benzol zu finden.

Bis zum Ende des zweiten Weltkrieges wurde Benzol und später das Benzin aus der Hydrierung von Braun- und Steinkohle zum Betrieb von Motoren verwendet.

Schon als 1936 in Scholven das erste Benzin aus Steinkohle entstand, lieferte das Hydrierwerk seine Produkte an ARAL. Aus dem Hydrierwerk ist

die heutige VEBA OEL entstanden; sie ist mit 56% größter Aktionär der ARAL und vertreibt ihre Benzin- und Diesel-Produkte nach wie vor über diese Gesellschaft.

Und noch zu einem anderen VEBA-Unternehmen bestehen enge Beziehungen. RAAB KARCHER, eine Tochtergesellschaft von VEBA OEL, ist Hauptspediteur von ARAL und wartet etwa 80% aller ARAL-Tankstellen in der Bundesrepublik

Deutschland. ARAL besitzt das größte Tankstellen- und Servicenetz in der Bundesrepublik und ist eine nationale Marke von großer Bedeutung.

Darüber hinaus ist ARAL auch in benachbarten Ländern der Bundesrepublik vertreten.

Wenn Sie mehr über Kraftstoffversorgung und andere Leistungen der VEBA wissen möchten, schreiben Sie bitte an: VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3, 4000 Düsseldorf 30.

VEBA Heute.

ELEKTIZITÄT	CHEMIE	HANDELS-VERKEHR	MINERALÖL
Vebe Kraftwerke Ruhr AG Gelsenkirchen	Hils AG Mülheim	Stinnes AG Mülheim/Ruhr	Vebe Oel AG Gelsenkirchen
	Brauwerke Hils GmbH Mülheim	Brenntag AG & Co. Mülheim/Ruhr	Ruhr Oel GmbH Gelsenkirchen
Preussische Elektrizitäts-AG Hannover	Deutsche Hefewerke GmbH Hamburg	Rheine AG Dortmund	Raab Karcher AG Essen
Nordwestdeutsche Kraftwerke AG Hamburg	Röhren GmbH Chemische Fabrik Darmstadt	Mildgard Dt. Seeverkehrs-AG Nordenham	ARAL AG Bochum
Hamm-Braunschw. Stromversorgungs-AG Hannover	Phenolchemie GmbH Gladbeck	Stinnes-Treff AG & Co. Stuttgart	Demminer-Dt. Erdöl- versorgungs-ges. mbH Essen
Schleswig Aktiengesellschaft Rendsburg	Nuodax New Jersey		Mark Producing
Thüringer Gas Aktiengesellschaft München		SONSTIGE	
Braunschweigische Kohlen-Bergwerke Helmstedt	Vebe Wohnungs- wirtschaft	Vebe-Glas AG Essen	Ruhrkohle AG Essen

Die VEBA hat mit ihren 76.800 Mitarbeitern im Jahre 1984 einen Konzernumsatz von 49,6 Mrd. DM erzielt. Neben der Bundesrepublik Deutschland (30%) sind rund 600.000 Aktionäre am Kapital der Gesellschaft beteiligt. Durch ihre Größe und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ihrer Aktivitäten ist die VEBA ein Kernstück deutscher Volkswirtschaft.

# VEBA



HERRENBLENDUNG / Messe zeigte Exportkraft

Auch modisch attraktiver

THOMAS LINKE, Bonn
„Die deutsche Herrenbekleidung hat jetzt auch in puncto modischer Kreativität eine internationale Spitzenstellung errungen.“

Der Anteil der Lieferungen an das Ausland konnte im ersten Halbjahr 1985 um 8,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 29,8 Prozent des Umsatzes gesteigert werden.

Der hohe Anteil an Ländern ohne Dollarabrechnung zeigt, daß die deutschen Exporterfolge in der Herrenmode nicht auf die harte US-Währung zurückzuführen sind, sondern in

erster Linie auf Eigenanstrengungen beruhen. Neben der perfekten Verarbeitung und der Lieferpünktlichkeit deutscher Produzenten sei das modische Niveau Garant für den hohen Exportanteil, sagte Brinkmann.

Andererseits dürfe nicht unerwähnt bleiben, daß die Bundesrepublik der größte Importeur von Bekleidung aus lohnünstigeren Ländern ist.

Internationalität demonstrieren an drei Tagen auch die Kölner Herren-Mode-Woche und die gleichzeitig stattfindende „Inter-Jeans“.

Mehr Aufträge für Armaturenindustrie

Die deutsche Armaturenindustrie erzielte 1984 einen beachtlichen Produktionszuwachs von fünf Prozent auf 6,84 Mrd. DM.

Im laufenden Jahr zeichnet sich nach Angaben der Fachgemeinschaft für die Branche eine konjunkturelle Trendwende ab.

Rütgerswerke: Bau spielt nicht mit

Der Rütgerswerke AG, Frankfurt, ist im ersten Halbjahr 1985 wieder der konzerninterne Ausgleich gelungen.

Freiserhöhungen und die weitere Verlagerung hin zu höherwertigen Erzeugnissen ließen den Konzernumsatz um 6 Prozent auf 1,53 Mrd. DM steigen.

SONY / Verlagerung von der Unterhaltungselektronik zu Investitionsgütern

Telematik im Wachstumsmarkt Büro

HARALD POSNY, Düsseldorf

Zu den Begriffen Nachrichtentechnik und elektronische Datenverarbeitung gesellt sich unter dem gemeinsamen Dach der „Telematik“ ein immer stärker werdender neuer Produktbereich im Wachstumsmarkt Büro.

Ein Unternehmen, das sich in diesem Sektor profilieren und etablieren will, ist die japanische Sony Corp.

Die erfolgreiche Umschaltung von der Videoproduktion auf die Belieferung von Anwendern der Videoproduktion in Behörden, bei Banken und Versicherungen, in der Autoindustrie, bei Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben schlägt sich in der immer länger

Siemens oder im EDV-Sektor IBM ist.

In einem Gespräch mit der WELT berührt Sommer die vor Jahresfrist gemachte Prognose, etwa bis 1990 die Hälfte des Konzernumsatzes von zur Zeit 15 Mrd. DM mit Investitionsgütern statt mit Produkten der Unterhaltungselektronik zu bestreiten.

Sony hat vorgearbeitet. Nach dem Start vor zehn Jahren ist man inzwischen die Nummer eins unter den Video-Kameraherstellern, mit bedeutendem Marktanteil in Europa.

Die erfolgreiche Umschaltung von der Videoproduktion auf die Belieferung von Anwendern der Videoproduktion in Behörden, bei Banken und Versicherungen, in der Autoindustrie, bei Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben schlägt sich in der immer länger

HOLZMANN HV / Tief am Bau wird länger anhalten

Die Anpassung ist gelungen

INGE ADHAM, Frankfurt

„Alle Indikatoren deuten darauf hin, daß das Tief in der Bauwirtschaft länger anhalten wird“, sagte Herman Becker, Vorstandssprecher der Philipp Holzmann AG, Frankfurt.

Stützt für den Baubereich könne aus heutiger Sicht in erster Linie eine Steigerung der öffentlichen Bauaufträge wirken, es gebe noch genügend Aufgaben bei der Erhaltung und Modernisierung der Infrastruktur.

(USA) oder durch die Erschließung neuer Arbeitsgebiete (Dienstleistungen), hat sich der Holzmann-Konzern nach Beckers Einschätzung rechtzeitig auf den Strukturwandel eingestellt.

Für 1984 beschloß die Hauptversammlung zehn DM Dividenden je 50-DM-Aktie, für das Jahr zuvor war zusätzlich eine DM Bonus gezahlt worden.

MANNHEIMER VERSICHERUNG

Das Wachstum fortgesetzt

JOACHIM WEBER, Mannheim

Mit einer Erhöhung der Beitrags-einnahmen um 6 Prozent hat sich im selbstabgeschlossenen Geschäft für die Mannheimer Versicherung AG, Mannheim, das Wachstum des Vorjahres auch in den ersten sechs Monaten 1985 fortgesetzt.

Im vergangenen Jahr waren die Beiträge aus selbst abgeschlossenem Geschäft um 5 Prozent auf 385 Mill. DM gestiegen.

strophe für eine Erhöhung der Schaden-Quote auf 72,6 (71,6) Prozent der Beiträge für eigene Rechnung.

Der auf 12 (10) Mill. DM gestiegene versicherungstechnische Verlust wurde durch die um 8,1 Prozent auf 48 Mill. DM gestiegenen Erträge aus 504 (475) Mill. DM (plus 6,1 Prozent) Kapitalanlagen ausgeglichen.

Bei der Lebensversicherungtochter brachte das erste Halbjahr 1985 wieder eine Erhöhung des Neuzugangs um 6,5 Prozent, nachdem 1984 mit 418 Mill. DM 8,4 Prozent weniger an neuer Versicherungssumme herangeworben waren.

WOLDEMAR / Den Matjes aus seiner Saisonbindung befreit - Gesteuerte Reifung

Markenartikel mit speziellem Know-how

HANNA GIESKES, Bonn

„Von Ende Juni bis September sind sie richtig gut genährt.“ Artur Graichen, geschäftsführender Gesellschafter der Matjesreifei F. Wolde-mar in Emden, hat es fertiggebracht, dem zartesten aller Heringe seine Delikatesse auch in der übrigen Zeit zu erhalten.

Stolz ist Graichen vor allem auf sein Know-how, das ihn davon be-wahrt, sein Heil in Märkten ohne Kostendeckung suchen zu müssen.

Artur Graichen, dem es gelungen ist, mit Hilfe moderner Lebensmittel-Technologie den Matjes aus seiner Saisonbindung zu befreien, freut sich, daß „diese edelste Erscheinungsform des Heringes“ inzwischen Eingang in den Delikatessenbereich gefunden hat.

Graichen-Woldemar indes verkauft vor allem Qualität: Nur bei den Filets lasse sich der Reifeprozess steuern, nicht hingegen beim intakten Salzhering.

PHILIPP HOLZMANN Aktiengesellschaft
Jahresabschluß 1984 - Kurzfassung in Mio DM -
Bilanz 1984 1983
AKTIVA
Sachanlagen 180,8 211,7
Finanzanlagen 89,8 86,8
Vorräte 12,9 21,5
Nicht abgerechn. Bestellungen 5034,9 4145,9
abzgl. Abschlagszahlungen 74877,5 73822,1
Forderungen 1238,6 1089,2
Rücklagen 987,0 865,7
2566,5 2628,7
PASSIVA
Grundkapital 90,0 90,0
Rücklagen 298,5 270,7
Sonderposten mit Rücklagenanteil 56,2 64,0
Rückstellungen 894,6 902,8
Langfristige Verbindlichkeiten - 0,0
Verbindlichkeiten Bilanzgewinn 1208,3 1276,4
17,9 24,8
2666,5 2628,7
Konzernbilanz 1984 1983
AKTIVA
Sachanlagen 353,7 385,9
Finanzanlagen 78,2 78,2
Vorräte 61,9 75,7
Nicht abgerechn. Bauarbeiten 5164,0 4328,5
abzgl. Abschlagszahlungen 74880,3 73980,4
Forderungen 1305,2 1118,9
Rücklagen 1022,2 954,8
181,1 281,1
3004,9 2957,6
PASSIVA
Grundkapital 90,0 90,0
Rücklagen 298,5 270,7
Ausgleichsposten aus der Konsolidierung 57,0 54,0
Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbestitz 8,2 3,9
Sonderposten mit Rücklagenanteil 58,0 65,7
Rückstellungen 1102,4 983,9
Langfristige Verbindlichkeiten 46,2 46,8
Kurzfristige Verbindlichkeiten 1326,5 1402,1
18,1 28,1
3004,9 2957,6
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung 1984 1983
Außenumsatzerlöse (Nettoerlöse) 3871,3 4029,7
Bestandsveränderung und Eigenleistungen +820,9 +561,1
Gesamterlöse 4692,2 4590,8
Materialaufwand und Fremdleistungen 2874,4 2793,4
Rohertrag 1817,8 1797,4
Finanz- und sonstige Erträge 130,8 118,6
1948,6 1916,0
Personal aufwendungen 1320,4 1287,0
Abschreibungen 92,0 99,9
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen 96,8 131,5
Sonstige Steuern 1,7 1,8
Einstellung in Sonderposten mit Rücklagenanteil 2,0
Sonstige Aufwendungen 383,6 1906,5
347,3 1867,3
Jahresüberschuß 42,1 48,7
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr 0,5 1,4
42,6 50,1
23,4 24,8
19,2 25,3
auf konzerninterne Gesellschaften entfallender Gewinn (L.V. Verlust) - 1,1 + 2,8
Konzerngewinn 18,1 + 28,1
Vorstand:
Senator E. h. Dipl.-Ing. Hermann Becker
Senator E. h. Gerhard Kell
Dr.-Ing. Wilfried Krabbe
Dipl.-Ing. Peter Schmidt
Dipl.-Ing. Heinz Seifert
Die vollständigen Abschlüsse werden am 20. August 1985 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie tragen den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutschen Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt.

Unser Dankeschön für Sie
wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen
Die aktuelle WELT-Prämie
Sich einmal wieder ganz entspannt zu Hause zurücklehnen, die Augen schließen und klassische Musik hören...
Fünf Platten-Kassetten Ihrer Wahl aus der Reihe „Perlen Klassischer Musik“
1. Bach, Brandenburgische Konzerte, Violinkonzerte, Orgelwerke, Messen; 5 LP
2. Beethoven, Konzerte, Sonaten, Romane; 6 LP
3. Beethoven, Die neuen Symphonien, Philharmonia Orchestra London, Herbert von Karajan; 7 LP
4. Brahms, Violinkonzert in D-dur, Symphonien Nr. 1-4; 5 LP
5. Chopin, Klavierkonzert Nr. 1, Polonaisen, Träumerei, Minutetten, Walzer, Impromptu Nr. 4, Etüden, Balladen, Wälder, Mazurken u. a.; 5 LP
6. Hindemith, Konzerte, Sonaten, Feuerwerksmusik, Wassermusik, Alexanderfest; 5 LP
7. Haydn, Symphonien, Serenaden, Streichquartette, Cellokonzert, Deutsche Tänze; 5 LP
8. Liszt, Klavierkonzerte, Orgelwerke, Rhapsodien; 5 LP
9. Mahler, Symphonie Nr. 1, D-dur, „Der Titan“, Symphonie Nr. 5, cis-moll, Symphonie Nr. 9, D-dur; 5 LP
10. Mozart, Operntrien, Serenaden, Symphonien, Konzerte, Krönungs-messe; 5 LP
11. Schubert, Die Unvollendete, Deutsche Tänze, Deutsche Messe, Lieder, Impromptus, Streichquartett „Der Tod und das Mädchen“, Forellenquintett; 5 LP
12. Schumann, Klavierkonzerte, Symphonien, Fantasien; 5 LP
13. Wagner, Das Schöne aus Rienzi, Meistersinger, Götterdämmerung, Der Fliegende Holländer, Lohengrin, Parsifal, Die Walküre; 4 LP
14. Dvořák/Smetana, Symphonie „Aus der Neuen Welt“, Cellokonzert, Streicherserenade, Lieder, Streichquartett op. 96 (amerik./Die Moldau, Sárka (aus „Mein Vaterland“), Tanz der Komödianten (aus „Die verkaufte Braut“), Streichquartett „Aus meinem Leben“; 5 LP
15. Festliche Barock, Concerti grossi, Violinkonzerte, Flötenkonzerte, Hornkonzerte, Oboenkonzerte, Trompetenkonzerte; 5 LP
16. Festliche Chormusik, Orlando di Lasso, Monteverdi, Haßler, Mozart, Beethoven, Schubert, Mendelssohn-Bartholdy, Brahms, Süßer, Bruckner u. a.; 5 LP
An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Prämien-Gutschein
Ich bin der Vermittler
Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe untenstehenden Bestellschein).
Als Belohnung dafür erhalte ich die Platten-Kassetten Nr.
Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:
Datum:
Unterschrift des Vermittlers:
Der neue Abonnent ist nicht mit mir identisch.
Meine Dankeschön-Prämie erhalte ich nach Eingang des ersten Bezugsgeldes für das neue Abonnement.
Bestellschein
Ich bin der neue WELT-Abonnent.
Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate \*
Einsparung durch den monatlich DM 26,50
Abonnementspreis beträgt dem Einzelpreis jährlich DM 32,-
\*Einsparung durch den Abonnementpreis gegenüber dem Einzelpreis jährlich DM 32,-
Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:
Datum:
Unterschrift des neuen Abonnenten:
VERLAGSGARANTIE
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Unterschrift des neuen Abonnenten:
Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicher werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Der neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (Absende-Datum) schriftlich widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.











### Warum ist Otto groß?

bit - Die Helden, die unsere sommerlichen Filmleinwände bevölkern, sind heuer allesamt recht attraktiv. Da wären zunächst die Damen: die quirlig verrückte New Yorkerin Susan alias Madonna, die sich auf Manhattans Lower Eastside verweigert suchen läßt, oder das Mädchen China Blue, das nachts auf dem Strich seine schwülen Phantasien auslebt.

Eindrucksvoll auch die Herren der Schöpfung: Cusack der Schwergewichte, ein Chicago Cop und Karate-Weltmeister, den noch kein Gangster je aufs Kreuz legen konnte. Dann sein Kollege in Los Angeles, der Beverly Hills Cop, im Karate zwar nicht so gewandt, dafür aber im Redefuß verblüffend unerschlagbar. Und vergessen wir nicht den Superagenten 007, der dieses Mal „im Angesicht des Todes“ steht - auf alles weniger gefaßt, als von einem bleichgesichtigen, weißblonden, naiv höflichen fränsischen Irrenschwanz Platz gestellt zu werden. Gerade das jedoch ist ihm jetzt passiert.

Demgegenüber - der Film hat James Bond, wie auch alle anderen ausländischen Helden und Heldeninnen, keine Chance. Otto ist der Super-Knüller in den deutschen Kinos, und zwar gleichmäßig bei allen sozialen Schichten. Zusätzliche Vorstellungen müßten ausgesetzt werden, viele Freake haben das Spektakel schon zum vierten oder fünften Mal gesehen. Wenn nicht alles täuscht, dürfte sich der „Götterbote des reinen Unfalls“, zumindest vom Kassenerfolg her, zum erfolgreichsten deutschen Nachkriegsfilm mausern. Die fünf Millionen Produktionskosten sind längst wieder herein.

Die allgemeine Begeisterung wirft unabweisbar die Frage auf: ob Otto dem wirklich so gut ist. Oder hat er nur voll den Ton von Speißers Wunderbröckchen getroffen? Nun, auf jeden Fall ist er sehr komisch, ja, er verkörpert in seiner ganzen Erscheinung und seinem Gebärde geradezu die Kategorie des Komischen. Und genau darüber freuen sich die Leute. Bei Otto wird nicht irgend etwas (meist Politisches) kramphäufig auf Komik getrimmt, sondern die Komik strahlt von allein und in voller Tiefe. Gegenüber kommt eben auch kein James Bond an.

### Zu Jerzy Holzers großem Buch über „Solidarność“

## Niederlage ist nicht gleich Kapitulation

Am 31. August jährt sich zum fünfzigsten Mal der Abschluß des „Danziger Abkommens“ - jener denkwürdigen Vereinbarung also, in der die polnische Regierung den streikenden Arbeitern das Recht zugestand, freie, von Partei und Staat unabhängige Gewerkschaften zu gründen. Damals, im Sommer 1980, begann eine der wichtigsten Perioden polnischer Nachkriegsgeschichte; Danzig wurde zum Ausgangspunkt für die Entfaltung einer Millionenbewegung, die Polen zu „einem anderen Land“ (Adam Michnik) machte.

Hierzulande existiert bereits eine Vielzahl von Veröffentlichungen über „Solidarność“: wissenschaftliche Analysen, ein Dokumentenband, Aufsatzsammlungen, Milieubeschreibungen. Aber bei alledem handelt es sich um Veröffentlichungen westlicher Autoren für ein westliches Publikum. Jetzt sind wir zum ersten Mal mit einer Darstellung aus polnischer Sicht, geschrieben für das polnische Publikum, konfrontiert. Gemeint ist die Übersetzung des ausgezeichneten Bandes „Solidarność - Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen“ von dem polnischen Historiker Jerzy Holzer (C. H. Beck Verlag, München, 442 S., 39,90 Mark).

Das Buch war zum ersten Mal im Dezember 1983 im Warschauer Untergrundverlag „Krag“ erschienen. Holzer schreibt also in erster Linie für die zehn Millionen Polen, die sich mehr oder weniger aktiv am Kampf von „Solidarność“ beteiligten. Er ist Chronist und Analytiker, der gesellschaftliche Auseinandersetzungen beschreiben und zugleich Entscheidungshilfen für künftiges politisches und gewerkschaftliches Handeln in Polen geben will.

Aus dieser Zielsetzung des Buches ergeben sich Schwierigkeiten, mit denen westliche Leser rechnen müssen. Holzer setzt voraus, daß alle diejenigen, die sein Buch zur Hand nehmen, die polnische Geschichte zumindest seit Ausgange des 18. Jahrhunderts kennen und außerdem einen theoretischen - zumindest aber praktischen - Begriff davon haben, wie das Machtssystem in Polen funktioniert.

Für die deutsche Ausgabe war es deshalb unbedingt notwendig, in einem Vorwort diejenigen historischen, soziologischen und soziopsychologischen Kategorien und Begriffe zu erklären, die Holzer zwar verwendet, aber selbst nicht erklärt. Der Herausgeber Hans Henning Hahn leistet dies in einer Weise, die auf langjährige qualifizierte Beschäftigung mit polnischer Historie und Politik schließen läßt. Hahn verdeutlicht, wie sich das Verhältnis von Macht und Gesellschaft in Polen herausgebildet hat, wobei die spezifische „Selbstverteidigungs“-Mentalität der Polen kommt und welches kollektive Wertesystem das Denken der Menschen bestimmt.

Wenn Holzer mit seiner Darstellung im Jahre 1944 ansetzt, dann auf Grund der festen Überzeugung, daß weder das nach dem Zweiten Weltkrieg in Polen etablierte System noch dessen Repräsentanten dem weltanschaulichen und politischen Selbstverständnis der polnischen Gesellschaft entsprechen. Wie die meisten Polen vertritt Holzer die Auffassung, daß in jenen Jahren das authentische politische Leben des Landes erneut zerstört worden ist und seither Politik und Kultur nicht den Interessen der Bürger entsprechen, sondern vielmehr aus sowjetischem Machtkalkül erwachsen.

Daraus wird auch verständlich, warum all das, was in den 16 Monaten der „Solidarność“ an politischen und kulturellen Vorstellungen formuliert wurde, intensiv von jenen Ideen beeinflusst war, die das Bewußtsein der Polen bis 1944 geprägt hatten:

- „Solidarność“ praktizierte Unabhängigkeit, d. h. Selbstständigkeit gegenüber den staatlichen Strukturen;
- „Solidarność“ bemühte sich um Selbstverwaltung, d. h. um demokratisches Gebahren innerhalb der Massenbewegung in bewußter Abgrenzung von starren Zentralismus in Partei und Staat;
- die Mitglieder und Anhänger von „Solidarność“ dachten öffentlich in jenem System von Werten, das für sie das eigentliche Polen verkörpert, und handelten sich danach.

Bei der Analyse der Entstehungsbedingungen von „Solidarność“ setzt sich Holzer auch mit den jeweiligen Besonderheiten der polnischen Erbe von 1956, 1968, 1970 und 1976 auseinander und vergleicht diese mit den Spezifika der Revolten und Reformbestrebungen in anderen Ländern des sowjetischen Machtbereichs: in der DDR 1953, in Ungarn 1956, in der CSSR 1968. Holzer tut dies, um zu zeigen, wie sehr „Solidarność“ bemüht war, frühere Fehler zu vermeiden - etwa in der Frage: Beschränkung auf friedliche Kampfmethoden oder nicht? „Solidarność“ war eine gewaltfreie Bewegung.

Im Hauptteil des Buches wird Holzer im wesentlichen zum Chronisten. Mit Akribie beschreibt er in chronologischer Reihenfolge den Gang der Ereignisse: die Herausbildung der verschiedenen Oppositionsgruppen nach Radom und Ursus 1976, den Streik in Danzig, den Kampf um die Registrierung von „Solidarność“, das Bemühen um mehr Pressefreiheit, den Konflikt von Bydgoszcz (Bromberg), die Auseinandersetzungen um die Wirtschaftsreform und das neue Gewerkschaftsgesetz, schließlich die Verhängung des Kriegsrechts.

Holzer geht der Frage nach, wann und aufgrund welcher Faktoren sich in der Partei die Option für eine gewaltlose Lösung durchgesetzt haben mag. Damit im Zusammenhang steht seine Überlegung, ob sich der 13. Dezember 1981 hätte vermeiden lassen können, oder präziser: Welche Erfolgsaussichten die Revolution der „Solidarność“ überhaupt hatte.

Holzer vertritt die Auffassung, daß der Handlungsspielraum der Gewerkschaft sehr klein gewesen sei; die „Radikalisierung“ ihrer Ziele im Herbst 1981 sei nicht Ursache, sondern Folge davon gewesen, daß die Machthaber in den Monaten zuvor selbst ein Minimum an Systemveränderung abgelehnt hätten. Insgesamt, so Holzer, hätten die äußeren Umstände des revolutionären Prozesses nur eine Alternative zugelassen: Kapitulation oder Niederlage. Durch Verzicht auf Systemveränderungen hätte „Solidarność“ vielleicht kurzfristig eine dürftige Existenz sichern können, langfristig aber wäre durch die Wille der Gesellschaft, politisches Subjekt zu sein, wäre der Widerstand gegen den totalitären Anspruch des Systems gebrochen worden. Daß das nicht geschah, ist vielleicht das größte Verdienst von „Solidarność“.

REINHOLD VETTER



Ein ganzer Reigen großartiger Wandbilder: Malkats Madonna aus der Marienkirche zu Lübeck (links) und der „Trutshahn im Schleswiger Dom“

### Große Fälschungen in Kunst und Literatur (IX): Malkats Mauerblümchen

## Ein Trutshahn von den Wikingern

Die 700-Jahr-Feier von St. Marien am 2. September 1951 war für ganz Lübeck ein großer Tag, besonders aber für die anwesenden Kunstenthusiasten. Zum ersten Mal konnten sie die wiederhergestellten gotischen Fresken bewundern, die in der ausgebauten Kirche beim Wiederaufbau in den Nachkriegsjahren entdeckt worden waren: herrliche Wandmalereien, um 1300 entstanden, geschaffen von einem gottbegnadeten unbekanntem Künstler. Vollmundige Reden engagierter Kommunal- und Kirchenpolitiker lobten den mittelalterlichen Freskenmaler über den grünen Klee, vergaßen allerdings auch nicht, die hervorragende Leistung des Restaurators Dietrich Fey hervorzuheben.

Nach den rhetorischen Schlussakorden gab ein Teilnehmer der hochgemuten Veranstaltung - 88 Jahre alt, schmächtig, bescheiden, unauffällig - in einer nahen Altstadtkneipe einige Schnaps- und Biermarken in Zahlung, um seiner inneren Bewegung Herr zu werden. In dieser Stunde, so heißt es, habe Lothar Malskat den Plan gefaßt, den Schwindel aufzugeben, um seinen Arbeitgeber, besagte hochgeprägte Dietrich Fey, allerdings erst am 10. Mai 1962 in einem interessierten Stellen zu unterrichten, daß es sich bei den gefälschten Fresken „um Neumalungen, nicht aber um Freilegungen“ handelte.

Der Erfolg war zunächst gering. Man hielt ihn für einen Wichtigtuer und glaubte ihm nicht. Erst als der unbedarft Malskat am 7. Oktober 1962 durch seinen Anwalt Dr. Flottrung Strafanzeige gegen sich selber erstattete, kam der Stein ins Rollen.

Lothar Malskat war bis zu diesem Zeitpunkt ein unbeschriebenes Blatt, aber beliebte kein Anfänger. Am 3. Mai 1913 in Königsberg als Sohn eines Antiquitätenhändlers geboren, hatte er sich durch das Kopieren italienischer Meister bereits in jungen Jahren um den väterlichen Laden verdient gemacht, ehe er nach bestandener Prüfung als „Stubenmaler“ - als Kunstschlichter - nach Berlin und später nach Lübeck ging. Hier verdiente er sich 1937 beim Restaurator und Kirchenmaler Fey als Gehilfe.

Nachdem die Fey-Firma in verschiedenen schlesischen Kirchen alte Maleereien wieder aufgetischt hatte, wurde ihr der ehrenvolle Auftrag zuteil, die Fresken im Schleswiger Dom, 1888 durch Professor Wolbers schön übermalte, wiederherzustellen. Hier schlug Malskats große Stunde. Die gotischen Wandgemälde, die er im Auftrag seines Prinzipals an die geweihten Backsteinmauern des mächtigen Gotteshauses zauberte, animierten damals ganze Kohorten von Kunsthistorikern zu patriotischen Erbauungsreden.

Daß auf den „gotischen“ Fresken ein lebhafter Trutshahn erschien, der nachweislich erst Mitte des 16. Jahrhunderts von den Spaniern in Europa angestrichelt worden ist, störte die bescheidenen Kenner der Materie nicht im geringsten. Bestätigte der Hahn nicht vielmehr die These, daß Wikinger, Krieger nordischen Geblütes also, längst vor Columbus die Neue Welt entdeckt hätten?

Lothar Malskat, noch immer kärglich bezahlter Gehilfe der Firma Fey, der die Fresken entworfen und gemalt und dabei u. a. seinen Vater und die damals hochgeschätzte Filmschauspieler Hansi Knöckert verewigt hatte, erlebte damals zum ersten Mal, wie leicht die Welt, die Fachwelt nicht ausgenommen, bereit ist, sich leimen zu lassen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, den er als Kriegsmaler, vorzugsweise in Norwegen, unbeschadet an Leib und Seele hinter sich gebracht hatte, vertiefte er seine Erfahrung. Er erneuerte seine berufliche Ehe mit der Fey-Firma, in der nun Hansi Dietrich das Wort führte, ein alterer Geschäftsmacher, der sehr bald erkannte, daß ein kunstgründiger, musisch ausgetrockneter Markt nur darauf wartete, mit Bildern namhafter Größen beliefert zu werden. Malskat muß damals wie im Rausch gearbeitet haben. An die 600 Gemälde und Aquarelle erblickten in seiner Werkstatt das Licht der Welt, Bilder von Rembrandt und Utrillo, Renoir und Klee, Kokoschka und Beckmann; hervorragende „Blüten“, auf die auch versierte Kenner hereinfielen.

Nach der Währungsreform zog Fey einen neuen Fisch an die Angel: Er sicherte sich den Auftrag, die in einer Bombennacht schwer geschädigten Fresken in der Lübecker Marienkir-

### JOURNAL

#### Protest gegen Lautrec-Institut

AFF, Paris  
Gegen die Einrichtung eines kürzlich im Schloß Malromé im südwestfranzösischen Département Gironde eröffneten „Toulouse-Lautrec-Instituts“ haben die Nachkommen des Malers öffentlichen Protest erhoben. In einem Kommuniqué erklärten die Großneffen Lautrecs, dessen Geburtsort in Albi besitzend, das neue Institut sei von Personen geschaffen worden, die „den mit Leben und Werk des Künstlers vertrauten Autoritäten völlig fremd“ seien und die Namen Toulouse-Lautrecs „mißbrauchen“. In dem Text, der auch von dem Konservator des Toulouse-Lautrec-Museums in Albi unterzeichnet ist, heißt es ferner, das Schloß Malromé, in dem der Maler 1901 starb, enthalte „keinerlei Erinnerung“ an Toulouse-Lautrec und keine Arbeiten des Malers mehr. Die dort als Lautrec-Werke ausgestellten Zeichnungen seien niemals als authentisch anerkannt worden.

#### Streit um Friesse des Parthenon geht weiter

AFF, Athen  
Der Streit um die Friesse des Parthenon-Tempels, die die Regierung Papandreou von Großbritannien zurückfordern geht weiter. Die griechische Kulturministerin Melina Mercouri erklärte jetzt, daß die Maronierse nach zu ihren Lebzeiten nach Griechenland zurückkehren würden. Sie kündigte einen Besuch in Großbritannien für September an, wo sie auf einem Parteitag der Labour-Party zu diesem Thema sprechen würde. Die Ministerin hatte im Oktober 1983 von der britischen Regierung offiziell die Rückgabe der Friesse gefordert, die der einstige britische Botschafter in Konstantinopel, Lord Elgin, während der Besetzung Griechenlands durch die Osmanen erstanden hatte. London hatte das Ersuchen mit der Begründung abgelehnt, daß die später dem British Museum vermachene Reliefs zum britischen Nationaligentum gehörten.

#### Römischer Säulenbalken in der Adria entdeckt

dpa, Grado  
Ein vier Meter langer römischer Säulenbalken aus dem ersten oder zweiten vorchristlichen Jahrhundert ist etwa einen halben Kilometer vor der Küste von Grado in der Adria entdeckt worden. Am Fundort auf dem Meeressgrund fanden sich außerdem Reste eines Grabmals mit einer Inschrift aus der Zeit des Kaisers Augustus. Nach Ansicht der Archäologen gehörte der Balken vermutlich zu einem öffentlichen Gebäude in Aquileia. Das heute zur Provinz Udine gehörende Aquileia war in der Kaiserzeit eine der größten Städte Italiens. Es wurde im fünften Jahrhundert nach Christus durch den Hunnenführer Attila zerstört.

#### Mühlen-Museum wird in Glinde eingerichtet

dpa, Glinde  
Die fast fertig restaurierte, über dreihundert Jahre alte ehemalige Wassermühle von Glinde in Schleswig-Holstein wird jetzt zum Mühlen-Museum für Norddeutschland eingerichtet. Es fehlte bisher eine vergleichbare Institution im Museumsangebot in Schleswig-Holstein. Die von der Stadt im Jahre 1981 für 220 000 Mark erbaute und für insgesamt rund 1,5 Millionen Mark restaurierte und wieder funktionsfähig gemachte Mühle soll auch eine ortskundliche Sammlung beherbergen. Die Mühle war 1948 zunächst als „Walkmühle“ von Hamburger Weißgerbern betrieben und dreißig Jahre später auf Kupferhammer umgestellt und zum Kornmahlen genutzt worden. Bis 1952 war sie voll in Betrieb.

#### Wernicke inszeniert Lullys „Phaeton“

Reg. Kassel  
Seit dreihundert Jahren soll nach Meinung von Experten die Barockoper „Phaeton“ von Jean-Baptiste Lully nicht mehr aufgeführt worden sein. Jetzt will Herbert Wernicke, der zuletzt die „Florentinischen Intermedien“ für Kassel inszeniert hat, die Oper für das Staatstheater neu einrichten, einstudieren und ausstattet. Dirigent ist Christian Fröhlich, der das Werk musikalisch bearbeitet. Als Premieretermin ist ein feststehendes der 2. November vorgesehen.

#### Fünf Konzerte in Donaueschingen

dpa, Baden-Baden  
Die Donaueschinger Musiktage vom 18. bis 20. Oktober bringen in fünf Konzertveranstaltungen je fünf Ur- und deutsche Erstaufführungen. Das Programm enthält außerdem ein akustisches Environment von Rolf Gehlbauer, den Film „El Pueblo nunca muere“ von Mathias Krauser/Klaus Huber, eine SWF-Jazz-Session und „Akustische Spielformen“ im Zusammenhang mit dem Karl-Szczuka-Preis des Südwestfunks.

### Bad Hersfeld: „Fidelio“

## Um Gnade für Pizarro wird gebeten

Seit Jahren schon führt der wackere Siegfried Heinrich, Organist und musikalischer Leiter der Festspielkonzerte und Opernaufführungen in der Stiftsräume, einen zehnjährigen Kampf gegen die Knechtschaft der Stadt und den Alleinverbreitungsanspruch des Sprechtheaters bei den Hersfelder Festspielen. Doch über Monteverdi und Gluck hatte er sich nur selten hinausgewagt. Jetzt, mit dem Wagnis des „Fidelio“, ist wohl das Ende der Bescheidenheit angebrochen. Die sogenannte Bad Hersfelder Fassung „Leonore-Fidelio“ ist allerdings als andere als ein Geniestreich: Der Ouvertüre folgt gleich die Arie der Marcelline, und vor dem Finale ist eine musikalisch ziemlich belanglose Passage aus der „Leonore“-Version von 1805 eingeschoben, in der Leonore und der gerade befreite Florestan um Gnade für Pizarro bitten. Doch dieser dramaturgische Blackout hat den wohl zehnten Publikumsrückgang der letzten zehn Jahre kaum beeinträchtigt.

Schon nachdem bekannt wurde, daß man endlich ein namhaftes Orchester und einen professionellen Regisseur nach Bad Hersfeld in Marsch gesetzt hatte, stand fest, daß die Einstudierung von Beethovens „Fidelio“ mehr als eine redliche Sache werden würde. Aller Erwartungen wurden freilich noch nicht erfüllt: Das Radio Symphonic Orchester Warschau spielte unter Heinrichs unsichtbarer Leitung nicht immer exakt.

Brenda Roberts als Leonore war der sängerisch verblüffende Glücksfall des Abends. Mit präzise charakterisierendem Spiel und mächtigem Ton beherrschte sie die Szene. Paul Frey als Florestan demonstrierte einen bemerkenswert großen Tenor. Herbert G. Adams sang den Pizarro mit ein wenig eng donnerndem Furor, und Radislaus Zukrowski versteht den Rocco einstellweilen noch als Gelegenheits- zur Demonstration runder und williger Babüna.

Erhard Fischer stellt die grandiose Architektur der Stiftsräume in den Dienst der Theaterrealität und macht sie damit zum idealen Aufführungsort für Beethovens „Fidelio“. Beim Öffnen der unteren Schächte kriechen erschreckend identitätslose, aschgraue Kreaturen ans Licht, klammern sich an ein paar durch die Mauern hereinblühende Sonnenstrahlen. Das ist beklemmend eindrucksvoll und setzt einen verpflichtenden Maßstab für die kommenden Jahre.

HEINZ LUDWIG

### Theaterbrief aus London: Peter Barnes' „Red Noses“ uraufgeführt und David Edgars „Destiny“ in einer Neuinszenierung

## In einem Wald von Kruzifixen gerät die Welt aus allen Fugen

Der englische Dramatiker Peter Barnes pflegt eine Spielart der Komödie, die mit dem satirischen Scherz treibt. Einen solchen Drahtseilakt führte er in „Laughter“ vor, einem Stück über die Folterkammern Iwans des Schrecklichen und über Auschwitz. Nur ein jüdischer Autor, meinte damals sein Regisseur Terry Hands, habe Auschwitz als grimmigen Scherz, als satirischen Witz darstellen können. In seiner neuen Komödie „Red Noses“, wieder von Terry Hands, einem der künstlerischen Direktoren der Royal Shakespeare Company, in Szene gesetzt, wählte Barnes die Umbruchszeit des schwarzen Todes im Frankreich des 14. Jahrhunderts, um aus dem Morast des Zusammenbruchs religiöser und staatlicher Ordnung die Ehre des humanisierenden Humors ans Licht zu treiben.

Die Pest des 14. Jahrhunderts mit ihrem organischen Giftstern erscheint hier als Metapher für unsere eigene, umweltbedrohte Zeit. Barnes führt sein Thema, die Bewahrung des Menschen in einer gefährlichen Ausnahmesituation, in einem pikaresken Stationsdrama vor, in dem er Music Hall mit „Jedermann“-Allegorien, Slapstick mit barocker Haupt- und Staatsaktion mischt.

Auf der großen Barbican-Bühne in London baute Farrar eine aus den Fugen geratene Welt mit einem Wald von Kruzifixen, einer von Klüften und Gräbern aufgesetzten Erde, der dank reichlichem Gebrauch von Trockenheiß- und Nebelmaschinen entströmen.

In diesem irdischen Jammertal rekrutiert der kleine Priester Marcel Flote als ein heiliger Narr eine Schar von grotesken Spielern, als „Clowns Christi“ kennzeichnend an ihren „roten Nasen“.

Sie setzen dem Theater der Gruamsamkeit einer Gruppe von Flagellanten das Evangelium des Humors entgegen. Es ist ein Machtkampf, den die „Flottisten“ mit der Waffe des Humors nach der Devise führen: „Jeder Witz sollte eine kleine Revolution sein.“

Die „Clowns Christi“ sind absolute Meister ihres Metiers: Ein blinder Jongleur, ein stotternder Bauchredner, ein unwirsch-komisches Tanzduo Einbeiniger. Diese fahrenden Leute ziehen singend und tanzend durchs Land. Ihr Straßentheater ist ein Spiel von Jedermann, aber als Clownriege parodistisch fremder. Der Mönch Flote mimt bei einem Schachspiel um Menschen den Tod, dem in übermütiger Spielrauma die Hosen ausgezogen werden. Pestkranken wird die Medizin des Lachens mit dem Schöpflöffel verabreicht. Todkranken lachen sich über dieses Spiel im Spiel buchstäblich tot. Homo ludens erteilt die letzte Ölung.

Das geschieht zunächst mit dem Segen von Papst Clemens VI., der sich in ein gewaltiges, durchsichtiges Kondom geflüchtet hat, vor Infektion also geschützt. Doch die Flottisten erhalten für ihre praktische Mitmenschlichkeit Zutritt, der Humor wird zum politischen Faktor. Er kennt keine sozialen Rangunterschiede.

Doch als die Pest abflaut, geht's den Flottisten bei der einsetzenden „Normalisierung“ an den Kragen. Schließlich waren sie drauf und dran, ein irdisches Paradies zu schaffen. Ein aus dem Schmirboden in die Welt zurückkehrender Papst gibt die Parole aus: „Die Pest war eine Zeit trübseliger Unschuld, jetzt bricht eine größere Dunkelheit an, denn jetzt geht es wieder normal zu.“ Dazu baut der Pontifex wie ein Wolf. Natürlich werden Geißler und Flottisten allesamt als gefährliche Terroristen im Zuge der Restitution hingerichtet.

Humor als Garant für die Würde des Menschen in dunkler Zeit - sicher ein faszinierender Vorwurf. Doch das Versprechen müßte eingelöst wer-



Opfer der „Normalisierung“: Zwei der „Roten Nasen“ aus Terry Hands' Londoner Inszenierung im Barbican Center

FOTO: NAN KYNCL



Flüssigei-Skandal - Bundesgesundheitsminister ergreift Initiative bei EG - Niederländische Beamte signalisieren Einverständnis mit deutscher Haltung

# Bonn: Keine bebrüteten Eier mehr

GÜNTHER BADING/DW. Bonn. Bundesgesundheitsminister Heiner Geieler wird in einem Schreiben an die EG-Kommission erneut einen Vorstoß zur Änderung der Bestimmung über die Verwendung angebrüteter Eier zur Lebensmittelherstellung unternehmen. Nach geltenden EG-Bestimmungen können unbefruchtete Hühner- bis zum sechsten Tag der Bebrütung noch im Lebensmittelbereich Verwendung finden. Die Bundesregierung möchte erreichen, daß bebrütete Eier, unabhängig von der Bebrütungsdauer, grundsätzlich nicht mehr als Lebensmittel Verwendung finden.

In der Vergangenheit waren solche Vorstöße der deutschen Behörden stets gescheitert, auch, weil die Vertreter der Niederlande an der bisherigen Regelung festhalten wollten. Sie bedürft, daß der - billige als Rohstoff aufzukauende - Ausschuß der ersten sechs Tage aus Brutanlagen in der Lebensmittelherstellung Verwendung finden kann.

Jetzt haben die holländischen Behörden allerdings, vorerst noch auf Beamten-Ebene, „signalisiert“, daß sie sich den deutschen Vorstellungen anschließen wollen. Da die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande die beiden größten Eier-Produzenten in der Gemeinschaft sind, hat der neuerliche Vorstoß des Bundesgesundheitsministers erstmals eine reale Chance auf Erfolg.

Die niederländischen Behörden haben die Hersteller und Exporteure von Flüssig-Ei immer wieder über-

prüft - auch auf deutsche Bitten hin. Erst in der vorvergangenen Woche war das Unternehmen von Loon, das als Lieferant von billigen, nicht für die Lebensmittelherstellung zugelassenem Schleuder-Ei ins Gerede gekommen ist, überprüft worden. Diesmal wurde im Gegensatz zu früheren Überprüfungen dort nichts beanstandet.

Schleuder-Ei darf nicht für Lebensmittel Verwendung finden. Allerdings ist diese Methode naturgemäß billiger. Zusammen mit billig eingekauften Rohstoffen, also angebrüteten Eiern, ergeben sich erhebliche höhere Gewinnspannen als bei unbefruchteten Frischeiern, die nach der korrekten Aufschlag-Methode zu Flüssig-Ei zubereitet wurden.

In Baden-Württemberg, wo Nudelhersteller wegen der Verwendung angebrüteter Eier bestehende Schleuder-Eies angegriffen worden sind, haben sich die Teigwarenersteller mit Gesundheitsminister Gerhard Weiser (CDU) am Wochenende darauf verständigt, grundsätzlich keine Brüter mehr zu verwenden - also auch nicht nach der EG-Norm zulässige weniger als sechs Tage angebrütete Eier.

Der Geschäftsführer des Teigwarenerstellers Birkel (Weinstadt-Bendersbach), Klaus Birkel, hat dem Regierungspräsidium Stuttgart eine einstweilige Verfügung angeordnet. Birkel sagte gestern in Stuttgart, die Behörde habe Untersuchungsergebnisse von Teigwarenerzeugnissen „nicht objektiv“ wieder-

gegeben. Das Regierungspräsidium hatte in der vergangenen Woche mitgeteilt, daß im Jahr 1984 fünf Proben von Fertigprodukten der Firma Birkel als mikrobiell verunreinigt festgestellt worden seien. Laut Klaus Birkel geht jedoch aus den vollständigen Gutachten des zuständigen Untersuchungsamtes hervor, daß dort Zweifel an dem Befund bestanden hätten.

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) sieht in der Flüssig-Ei-Affäre vorerst keinen Anlaß zur Beunruhigung und überstürzten Aktionen. „Nach allem, was man bisher weiß, gibt es keinen Grund, auf irgendein Nudelprodukt zu verzichten“, sagte ihr Vertreter Thomas Schlier gegenüber der WELT.

Die bisher in der Presse genannten Details seien zu ungenau: Überbrütete Eier seien zwar unappetitlich, jedoch nicht gesundheitsschädlich; das gleiche gelte für Salmonellen in geringer Konzentration; bei den genannten „Mikroorganismen“ müsse erst geklärt werden, was genau darunter zu verstehen sei. Schlier forderte umgehend gründliche Untersuchungen der betroffenen Produkte und kritisierte die Kommunikation unter den Kontrollbehörden als „mit-teilbar“.

Die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), gewöhnlich bestrebt, den Ruf deutscher Landwirtschaftsprodukte hochzuhalten, hält sich beim Hühner-Produkt bedeckt.

# Auch mit Eiern wird die Pasta nicht al dente

ihh, Bonn

Mama mia. Für jede italienische Hausfrau ist alleine die Vorstellung, es könnte sich Ei in der Pasta, in den Nudeln, befinden, ein Graus. Der Gesetzgeber trägt dem Rechnung und schließt sie so ganz nebenbei auch von Hühnerfleisch im Teig. Das Gesetz 589 aus dem Jahre 1967 schreibt vor, daß der Teig für Spaghetti, Lasagne, Tortellini oder andere Kreationen nur aus Hartweizenmehl hergestellt werden darf. Dieser empfindliche Weizen wächst auf ausgesuchten Böden im Süden, in Apulien etwa und Sizilien.

Als im Gefolge von Gastarbeitern und Touristen italienische Lebensmittel auch in Deutschland Eingang fanden, fingen auch deutsche Produzenten an, im Pasta-Teig zu rühren. Doch der heimische Weizen verliert beim Kochen die Konsistenz, er muß gleichsam mit Eiern gestärkt werden. Erlaubt ist dies, dem die deutsche Teigwarenverordnung, die nicht nach Weizenarten unterscheidet, erlaubt 24 Eier pro Kilogramm Weizen. Trotzdem sind die so produzierten Spaghetti nicht „al dente“, nicht zahn- und damit mündgerecht.

Doch auch die Italiener produzieren inzwischen Tausende von Tonnen jährlich dieser verstärkten Nudelprodukte. Aber nur für den Export. Etwa 30 000 Tonnen überqueren jährlich den Brenner. Südlich davon geht da keiner dran.

# 90 Prozent unbefruchtet

DIETER THIERRACH, Bonn. Flüssigei ist in der Regel „was Gu-ter“, stellt Georg Lösch, Geschäftsführer des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft in einem Gespräch mit der WELT fest. „Man kann nur was Schlechtes draus machen...“

Flüssigei darf in der Bundesrepublik nur aus aufgeschlagenen Frischeiern der Handelsklasse A hergestellt werden. Die Schale wird entweder von Hand oder maschinell von der Eimasse getrennt. Die Herstellung von Schleuder-Ei ist bei uns verboten, so Georg Lösch, „da beim Produktionsvorgang Verunreinigungen von der Schale in die Eimasse gelangen können“. Bei der ins Gerede gekommenen holländischen Flüssigware handelt sich um billig eingekaufte Ausschußware, die „Brüterei“. Sie fallen ständig in den Nachwechschustanstalten für Hähnchenmästereien und Legebatterien an.

Um zur Güteklasse C zu gehören - die zehnjährige EG-Verordnung über Vermarktungsregeln für Eier schreibt das eindeutig vor - müßten sie eigentlich vor ihrem sechsten Aufbruchtag aus dem Brutschrank per Lampendurchleuchtung aussortiert werden. Diese Eier sind auch als „Schierei“ bekannt. Wurde in der Vergangenheit gleich zweimal „geschürt“ - am 6. Tag und am 18. Tag - wird heute nur noch am 18. Tag kontrolliert. Der größte Teil dieser 18-Tage-Eier - zwischen 85 bis 90 Prozent - ist unbefruchtet.

Georg Lösch: „Das ändert nichts

darin, daß diese Eier 18 Tage bei etwa 37° C gelagert werden sind. Eine Sauerei ist es somit in jedem Falle, diese Eier zu verwenden. Natürlich kann man diese mit einer roten Bandrolle als „ungeeignet“ eindeutig gekennzeichneten Eier für Tierfutter und andere technische Zwecke nehmen. Wer diese Eier bekommt und macht da etwas anderes draus, der weiß genau, was er tut.“

Bereits am zweiten Tag erkennt man beim befruchteten Brutschrank-Ei eine Veränderung. Nach dem fünften Tag bilden sich „Blutringe“, sprich Adernetze für den Keimling. Die Form des Embryos, ja sogar das Klüpfeln, werden im Laufe der Zeit sichtbar. Vom zwölften Tag an sieht man die Embryonen, wie sie im Fruchtwasser schwimmen. Bis das Klüpfeln schlüpft, sind genau 21 Tage vergangen.

Ein Ei, so das „Handbuch für Eierkunde“ kann nur in den ersten 14 Tagen „nach Verlassen des Hühners“ als frisch angesehen werden. Wie alt ein Ei wirklich ist, merkt man erst beim Aufschlagen. Frische zeigt sich am hochgewölbten Dotter. Beim Alt-Ei ist das Eiklar verlaufen, das Dotter flach.

Aus dem Frühstücksei kann kein Schnabel gucken“, beruhigt Georg Lösch, „denn in einem Laden wird man keine Eier finden, die schon mal im Brutschrank waren. Auch die Zellen, in denen man für angebrütete Eier teuer bezahlt hat, weil man meinte, man würde dadurch jünger, sind ein für alle Male vorbei...“

# Japan startete Satelliten zur Beobachtung des Kometen Halley

DW, Tokio

Vom Raumfahrtzentrum Kagami- ma auf der Insel Kyushu ist gestern die zweite japanische Raumsonde zur Beobachtung des Halley'schen Kometen gestartet. Der Satellit „Subaru“ (Komet) wurde mit der neu entwickelten, dreistufigen Träger Rakete MTS-SS II ins All geschickt und soll sich am 6. März 1986 bis auf eine Distanz von 200 000 Kilometern zum Kometen nähern haben. Dieser ist nur alle 76 Jahre auf seiner Bahn um die Sonne zu beobachten. Bereits im Januar hatte Japan den 158 Kilogramm schweren Satelliten MS-75 „Sakigake“ (Vorhut) ins All gebracht. Der Versuch ist Teil eines internationalen Programms, an dem sich Japan, die USA, die UdSSR sowie ost- und westeuropäische Staaten beteiligen.

**Fährunglück in China**

Bei einem Fährunglück in China sind, wie die „Peking Evening News“ gestern berichtete, rund 300 Menschen ums Leben gekommen. Das Unglück habe sich auf dem Songhua-Fluß in der Provinz Heilongjiang ereignet, hieß es. Auf der Fähr sei ein Streit ausgebrochen, dabei habe sich das Gewicht auf dem überfüllten Boot versenkt, es sei umgekippt und gesunken.

**Trennungsgeld**

Die Gewährung von Trennungsgeld unterliegt im öffentlichen Dienst einer Ermessensentscheidung. Ein wissenschaftlicher Angestellter der Gesamthochschule Kassel scheiterte jetzt mit einer entsprechenden Klage vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel. Das Trennungsgeld ist nach den Vorschriften des Bundesangestelltenarbeitsvertrags (BAT) in Verbindung mit der Hessischen Trennungsgeldverordnung eine Kassa-Leistung, stellen die Richter fest. Der Kläger, der aus Nordrhein-Westfalen kam und dort seine Familie zurückließ, vertrat die Auffassung, Trennungsgeld sei in jedem Fall zu gewähren (Az. 7 AZR 270/83).

**An den Pranger gestellt**

Erbohte Händler haben in der belgischen Enklave Barle-Nassau in der niederländischen Provinz Nordbrabant einen Ladendieb eine halbe Stunde lang an den Pranger gestellt. Wie die Zeitung „Algemeen Dagblad“ gestern berichtete, wurde der Dieb auf frischer Tat erwischt, als er einige Pullover stehlen wollte. Um eine Flucht zu verhindern, wurde er für jedermann sichtbar an einen Laternenpfahl gebunden.

**Tomaten nicht giftig**

Die im neapolitanischen Hinterland angebauten und mit dem Pflanzenschutzmittel „Temik“ behandelten Tomaten sind vermutlich nicht giftig. Dies verlautete gestern in Neapel aus Kreisen der Regionalverwaltung von Kampanien, die eine Untersuchung der Tomaten angeordnet hatte. Die italienischen Konservhersteller hatten sich geweigert, zwei Millionen Doppelzentner Tomaten aus der Provinz von Neapel abzunehmen, weil sie mit „Temik“ behandelt worden waren. Die Chemikalie darf in Italien nur beim Anbau von Zuckerrüben verwendet werden.

**Mann am Haken**

Ein taiwanischer Angler hat am Sonntag ein merkwürdiges Ergebnis geahnd: Von einem großen Fisch ins Meer herausgezogen, verdankt er seine Rettung einem beherzten anderen Pefänger, der ihn durch einen geschickten Wurf an seinen Angelhaken bekam und wieder an Land zog. Dies berichtete gestern eine Zeitung in Hsinchu (Nordwesttaiwan).

**Größter Heroinfund**

Polizei und Zollfahndung haben im Auto eines Ehepaares mit 16,5 Kilogramm Heroin die bislang größte in der Bundesrepublik Deutschland beschlagnahmte Menge Heroin beschlagnahmt. Der Wert wird auf mehrere Millionen geschätzt. Ein Polizeibeamter sagte gestern, ein dienstlicher Hinweis habe vor drei Wochen auf die Spur des 40 und 44 Jahre alten Paares geführt. Seitdem sei dessen Wohnung in Frechen bei Köln rund um die Uhr beobachtet worden. Am Donnerstag vergangener Woche sei das Paar zurückgekehrt - eine Deutsche und ihr aus der Türkei stammender Mann mit deutscher Staatsangehörigkeit. Das Heroin habe sich in 17 Säcken befunden, die in den Koffern ihres Autos eingeschweißt worden seien. Gegen das Paar erging nach Angaben der Polizei Haftbefehl.

**ZU GUTER LETZT**

„Das Huhn mit dem goldenen Ei wurde jetzt im Indianer-Reservat Standing Rock Sioux in North Dakota entdeckt. Lorraine Left Hand entdeckte im Hals des Tieres einen kleinen Goldklumpen, als sie es für den Sonntagsbraten anrichtete.“ Dies meldete AFP.

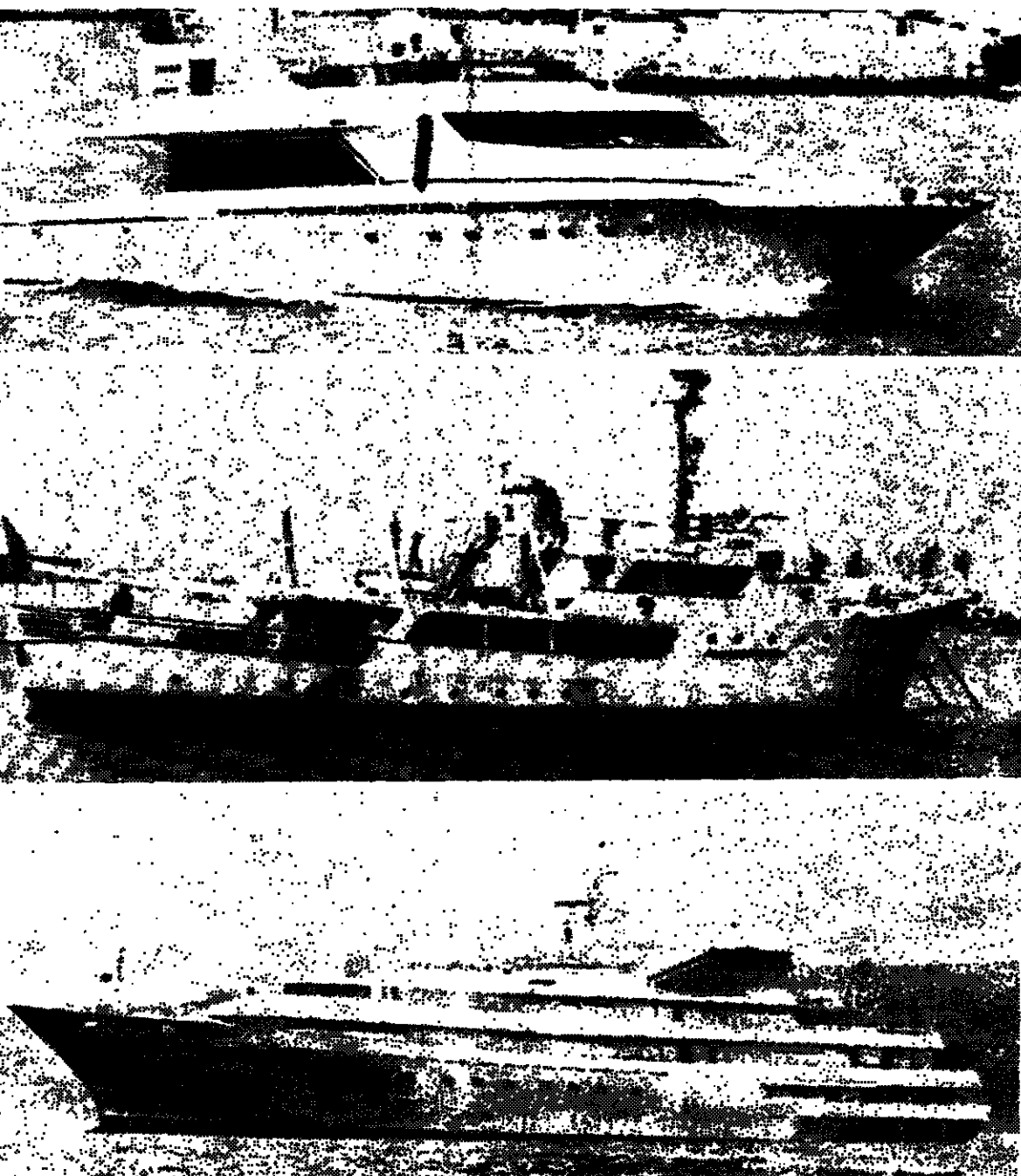
# Der Name Tyrell bürgte einst für allerbeste Qualitäten

**Ehemaliger Präsident des Weinbauverbandes vor Gericht**

A. KOLLECKER, Mainz

Für die Wein-Strafammer beim Mainzer Landgericht wäre der Pancher-Prozess, der gestern zu verhandeln war, von keiner nennenswerten Dimension, wenn es sich bei dem Hauptangeklagten nicht um den früheren Präsidenten des Deutschen Weinbauverbandes, Werner Tyrell (Trier-Eitzelsbach), handelte. Auch die Menge des unzulässig gezuckerten Weines - laut Anklage etwa 106 000 Liter - macht nicht das Besondere des Verfahrens aus. Es ist die Manipulation von Spitzenqualitäten.

Der Kellermeister, der den Wein direkt oder über die Süß-Reserve gezuckert und in Tagesberichten hierüber falsche Angaben machte, belastet Tyrell. Dieser habe ihm Anweisungen hierzu erteilt. Tyrell, der inzwischen auch nicht mehr Ehrenpräsident des Deutschen Weinbauverbandes ist, fügte den Aussagen nichts hinzu: „Möglicherweise habe ich es angeordnet.“ Doch als Staatsanwalt



Ihre Gasturbine macht sie zur schnellsten Yacht des Mittelmeeres: die „Fortuna“ des spanischen Königs Juan Carlos (oben). Die „Azor“ (Mitte) wurde einst für General Franco gebaut. An Procht übertrifft die „Nabilla“, Luxusyacht des kuwaitischen Kaufmanns Kaschoggi (unten), alle anderen

# Die Seepferdchen von der Costa del Sol

Von ROLF GÖRTZ

Eine Stunde lag die „Azor“ mit gestoppter Maschine in der Bucht von Andraitx an der Westspitze Mallorcas. Unbemerkt kletterte Spaniens Ministerpräsident Felipe Gonzalez im Feriendress an Bord der Staatsyacht. Begleitet von einem alten Mallorquiner Fischer, der schon General Franco das Hochseefischangeln beibrachte, hockte sich Gonzalez auf den an Deck festgeschraubten Sitz, auf dem der Caudillo einst Thunfische und Haie an Deck zog.

Daß Spaniens Regierungschef zum zweiten Mal die „Azor“ nutzte, nennen Wohlwollende einen konsequenten Versuch, Tabus zu brechen und die Vergangenheit hinter sich zu lassen. Andere sehen darin aber den Trotz eines gestreiften Politikers, der es leid ist, sich von Ideologen bevorzugen zu lassen. Die „Azor“ (Häblich) wurde wie alles im Spanien der Franco-Ära auf den Caudillo zugeschnitten. 1949 gebaut, 42 Tonnen, 42 Meter lang, 10 Meter breit, läuft sie nicht einmal 12 Knoten, etwa 23 Kilometer in der Stunde. Während Frau Franco in ihrer Kammer mit der Seekrankheit kämpfte, saß der Generalissimo mit sich und der Welt zufriedener hinter der gewaltigen Angetriebe. Ganz anders die Turbinenyacht des Königs, die „Fortuna“. Noch als Kronprinz hatte König Fahd von Saudi-Arabien seinem Freund Don Juan Carlos von Spanien dieses schnellste

# Legionär als mordender Lebenshelfer?

SABINE KOBES, Hamburg

An Gicht leidet er seit langer Zeit, und zur Ruhe kommen wollte er für ein paar Tage. Ein Kururlaub in Bad Bramstedt erschien Gerd Riesele (49) im März dieses Jahres hilfreich. Hier in Schleswig-Holstein fällt dem Hannoveraner eine Hamburger Morgenzeitung in die Hände. Kleinanzeigen wurden gerade zu einem Vorzugspreis angeboten. Der Diplom-Ingenieur nutzte die Gelegenheit und inserierte: „Fremdenlegionär o. ä. ges., der Sonderauftrag gegen beste Bezahlung durchführt. Chiffre 8602.“

Der Sonderauftrag, eine „spontane Idee“, wie Gerd Riesele es nennt, betrautete er seinem Schwager, dem Hamburger Landgericht. Er habe „Killer“ anheuern wollen, die in seiner Ehefrau Margareta entledigen sollten, wirt ihm die Staatsanwaltschaft vor. „Vielleicht eine Art Lebenshilfe“ nennt Riesele, was er sich von der Anzeige erhoffte.

# Lange schwarze Haare

Der Diplom-Ingenieur ist ein Self-made-man. Als Hauschlosser sparte er jahrelang für ein Studium. 1964, mit 29 Jahren, bestand er sein Examen in Hildesheim.

Bald war er Bauleiter einer Firma aus Salzgitter, verbrachte Jahre auf Baustellen im Ausland. Zu Hause in Hannover warteten nur die heute 73jährige Mutter und die 45 Jahre alte Schwester auf ihn. Für eine Lebensgefährtin hatte der vielgeleitete Riesele sich noch nicht entscheiden können. Bis es 1978 in Moskau funkte: Margarita, 15 Jahre jüngere Sowjetrussin wurde ein dreiviertel Jahr später Ehefrau des Deutschen von der Flughafen-Baustelle. „Sie sieht sehr gut aus, hat lange schwarze Haare“, beschreibt der Ingenieur mit den wasserblauen, umherirrenden Augen dem vermittelnden Fremdenlegionären seine Frau.

Zu dieser Zeit ist die Ehe zerrüttet. Margarita kommt mit ihrer Schwiegermutter nicht zurecht. Sohn Robert, 1981 geboren, bringt die Eltern nicht mehr zusammen.

# „Dem KGB zugearbeitet“

„Der enghirnige Vertrauensbruch kam, als ich merkte, daß meine Frau dem KGB zuarbeitet“, sagt Gerd Riesele am ersten Verhandlungstag. „Ein Vorwurf, den wir hier nicht erörtern können“, schränkt der Vorsitzende Richter Schenck gleich ein. In Iran hatte Riesele Fremdenlegionäre kennengelernt, „durchsetzungsfähige Männer“, die ihn faszinierten. Von solchen Kerlen erhoffte er sich „Lebenshilfe“.

Zwei junge Hamburger, ein 21 Jahre alter Lagerarbeiter und ein 23jähriger Keller, beide arbeitslos und der Fremdenlegion unbekannt, interessierten sich für das Angebot. Der Jüngere, groß, hager, rotbarig, wurde vorgeschickt und traf sich mit dem Ingenieur. Er soll den Mordauftrag bekommen haben. Der Ingenieur habe sich als Mittelsmann ausgegeben.

Den beiden Hamburgern sei es mulmig geworden - zumal Riesele bereits ausgedehnte Pläne vorlag haben soll: Erwürgen im Keller, Überfahrten auf der Straße, Eindringen in die Wohnung als verkleidete Klempner. Beim nächsten Treff habe der Lagerarbeiter einen Polizeibeamten mitgebracht, ihn als „Kumpel“ vorgestellt, der den 10 000-Mark-Auftrag erledigen könnte. Das Mordkomplott - so es eines werden sollte - war vereitelt.

# LEUTE HEUTE

**Dreist**

Um den ersten westeuropäischen Firmenchef der Volksrepublik China, den pensionierten deutschen Ingenieur Werner Gerlich, ist wegen energischer Führung der Motorenfabrik von Wuhan, eine Kontroverse entbrannt. Schon am ersten Tag beschloß er, daß das Produktionsoll auch mit drei Viertel der Belegschaft zu schaffen sei. Wegen Beschwerden über undichte Motoren rief Gerlich seine Prüfstellung zusammen und fand heraus, daß zwei Kontrollreife Meßgeräte nicht zu bedienen wußten. Als er ihnen kurz mitteilte, „sie gehören der Belegschaft nicht mehr an“, war es mit dem Betriebsfrieden dahin. Er verhängte Geldbußen gegen Arbeiter, die ständig zu spät erschienen, und verbot das Zeitunglesen während der Arbeitszeit. Dieses Vorgehen machte einige Leute über

die „Dreistigkeit des Ausländers fuchsteufelswild“.

**Faustdick**

Einen ungewöhnlichen Brief erhielt Josef „Jupp“ Demzer, Präsident des nordrhein-westfälischen Landtages. Fritz Schanmann, Geschäftsführer der neu ins Parlament gegangenen FDP, macht sich darin mit einer faustdicken Beschwerde Luft. Zitat: „Eigentlich wollte ich schreiben: Verdammte noch mal, lieber Herr Demzer, ist es dieser Landtagsverwaltung mit 250 Mitarbeitern nicht möglich, der kleinen FDP-Fraktion in acht Wochen, wenn schon keine feine, so doch wenigstens funktionierende Ausstattung zu verschaffen?“ Und weiter: „Man hat mir aber gesagt, dies könne ich, der Usancen des hohen Hauses wegen, auf keinen Fall so formulieren.“

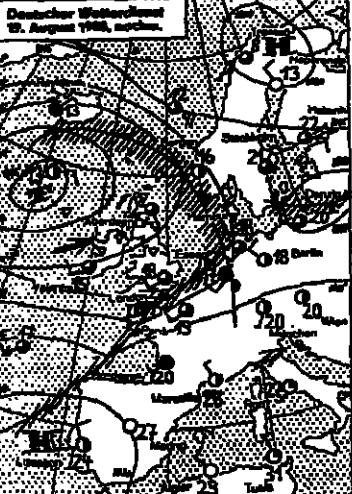
# WETTER: Regen

**Vorhersage für Dienstag:** Im Norden und Westen anfangs noch bedeckt, im Tagesverlauf Übergang zu auflockernder Bewölkung. Temperaturen bis 20 Grad ansteigend, nachts um 12 Grad. Mäßiger Südwestwind. Im Süden stark bewölkt und Regen. Temperaturen bei 22, nachts um 12 Grad, mäßiger Wind aus Süd bis West.

**Weitere Aussichten:** Am Mittwoch anfangs noch heiter, im weiteren Verlauf von Westen erneut aufkommender Regen, etwas ansteigende Temperaturen.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:			
Berlin	16°	Kairo	32°
Bonn	17°	Köpenh.	19°
Dresden	18°	Las Palmas	24°
Essen	17°	London	18°
Frankfurt	20°	Madrid	27°
Hamburg	18°	Mallorca	28°
Liss/Syrl	19°	Mallorca	29°
München	20°	Moskau	27°
Stuttgart	22°	Nizza	28°
Altgar	25°	Oslo	18°
Amsterdam	19°	Paris	19°
Athen	29°	Frag	16°
Barcelona	28°	Rom	27°
Brüssel	17°	Stockholm	21°
Budapest	21°	Tei Aviv	31°
Bukarest	29°	Tunis	31°
Helsinki	22°	Wien	20°
Istanbul	28°	Zürich	20°

**Sonnenaufgang\* am Mittwoch: 6.17 Uhr, Untergang: 20.33 Uhr. Monatsaufgang: 12.42 Uhr, Untergang: 22.57 Uhr**  
\*in MEZ, zentraler Ort Kassel



Wetterlage: Der Ausläufer eines Tiefs bei Island überquert heute Deutschland von Westen nach Osten. Hinter ihm setzt sich kurzer Zwischenhoch einfluß durch.